

Demokratie
ohne
PolitikerSituation der Linken
nach dem Putsch

Der Putsch vom 12. September letzten Jahres hat in seinem Gefolge schwere Schläge für die Linke in der Türkei mit sich gebracht. Wichtige Führungskader wurden nach der militärischen Machtübernahme im ganzen Land verhaftet, gefoltert und erschossen. Alle entscheidenden Organisationen des Widerstandes haben bis auf kleine Reste ihre Führung verloren. In den Gefängnissen sind die Kämpfer voneinander getrennt und von der Außenwelt komplett abgeschnitten. Eine Analyse der neuen Periode und die zukünftige Anleitung des Befreiungskampfes sind von diesen Kräften auf Jahre hinaus nicht zu leisten.

Der Widerstand im Lande ist aber nicht vollständig zerschlagen, d.h. es gibt in einigen Landstrichen durchaus noch intakte Organisationsstrukturen, deren Mitglieder allerdings derzeit um das nackte Überleben kämpfen müssen. Wenn sie den militärischen Operationen mit Hubschraubern und Bomben entgehen wollen, so haben sie keine andere Wahl, als vorläufig Abstriche von den vielfältigen Aktionsformen vor dem Putsch zu machen (schon Parolen oder Flugblätter hinterlassen Spuren). Teilweise ist man auch gezwungen, bestimmte Einheiten vorsorglich aufzulösen. Alles in allem ist eine Pha-

se des systematischen Rückzuges eingetreten. Wie weit dieser Rückzug gehen wird, läßt sich augenblicklich nicht konkret sagen. Oberstes Gebot ist das Überleben der Kämpfer, die auch in Zukunft wieder gebraucht werden. Denn Rückzug bedeutet nicht Kapitulation. Diese Phase ist gleichzeitig die Vorbereitung des neuen Aufbaues. Auf die Besonderheiten dieses Aufbaus werden wir unten noch einmal eingehen. Zunächst gilt es erst einmal, das Besondere der neuen Periode zu begreifen, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und eine neue Perspektive zu entwickeln

Fortsetzung Seite 2



Nach dem Verhör beim Kriegsrechtskommandanten antwortete Ecevit (seit 19.11 in Gefängnis) auf die Frage, ob er noch etwas zu sagen habe: "Können Sie das dann auch schreiben?" (Foto: T.I.)

Kurz nachdem die Mitglieder der 'beratenden Versammlung' bekanntgegeben worden waren, wurde in den türkischen Medien frohlockt, daß dies nun der erste wesentliche Schritt in Richtung auf 'Demokratisierung' sei. Jetzt habe man Europa bewiesen, daß die Militärs ihr Wort halten würden. Man erinnert sich an ihre Worte Mitte Januar 1981. Hier hatte General Kenan Evren angekündigt, daß zwischen Mitte August und Ende Oktober 1981 die verfassungsgebende Versammlung zusammentreten werde. Nur ein Drittel werde der Nationale Sicherheitsrat benennen, die übrigen Mitglieder kämen aus den Provinzen.

Nun ja, wenn man kräftig die Augen zudrückt, so haben die Generäle Wort gehalten. Aber so ganz stimmt es nun doch nicht. Erstens, kommen zwar 3/4 der Kandidaten für die 'beratende Versammlung' aus den Provinzen. Sie haben sich aber lediglich dort beworben. Sie sind genauso wie die anderen 40 Kandidaten von den 5 Generälen ernannt worden. Außerdem bilden diese 160 Leute ja nicht die verfassungsgebende Versammlung, das entscheidende Teil der Versammlung bleiben die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates, der bekannten 5-köpfigen Junta unter Führung des Generalstabschefs und Staatspräsidenten von eigenen Gnaden, Pascha Kenan Evren.

Fortsetzung Seite 4

Türkei-Solidarität
am Ende?

...In einem Jahr Militärdiktatur hat sich in Bezug auf die Türkei nicht einmal ansatzweise eine Solidarität entwickelt, wie sie einst für Chile, aber auch für Vietnam, Nicaragua oder aber El Salvador zu beobachten war. Selbst der Widerstand gegen die Obristenjunta in Griechenland war einst wesentlich stärker.

Es gibt sicherlich viele Beobachtungen, die alle ihre Bedeutung für diese Schwächung haben. Erst zusammengenommen, liefern sie vielleicht eine Erklärung für die desolote Situation der Solidaritätsbewegung. ...

Seite 8-9

NATO-LAND TÜRKEI:
Vorposten im Nahen Osten

SEITE 12

● Wann folgt
die nächste Hinrichtung?

SEITE 3

● Genscher:
Retter in höchster Not

SEITE 14

● Europa —
weiter unentschlossen

SEITE 14

● Situation der Universitäten

SEITE 7

● Politische Prozesse

SEITE 5

● »Tragödie« in zwei Akten

SEITE 6

● Die Lage der Arbeiter
ein Jahr nach dem Putsch

LETZTE SEITE

● Politisches Asyl in der BRD —
Ein Grundrecht
wird zu Grabe getragen

SEITE 10

Situation der Linken nach dem Putsch

Fortsetzung von voriger Seite

Wo lagen die Fehler der Vergangenheit?

Hier lassen sich eine ganze Menge von Mängeln der noch recht jungen Strömungen in der Türkei aufzählen. Wir wollen uns jedoch auf die wesentlichen (teilweise bekannten) Faktoren beschränken. Dies sind überdies keine endgültigen Feststellungen, da auch dieser Punkt derzeit noch diskutiert wird.

Zunächst einmal war keine der Organisationen ausreichend auf eine militärische Intervention vorbereitet. Bei der Organisation des Widerstandes hatten sich praktisch alle Gruppierungen auf die Bekämpfung der zivilen Faschisten konzentriert. Die Verbindung von faschistischem Terror und Staatsterror wurde in der Theorie zwar ständig propagiert, schlug sich in der alltäglichen Praxis und bei der Mobilisierung der Massen aber nicht nieder.

Ein entsprechendes Programm zur Erreichung der Macht und Sieg gegen die Staatsgewalt wurde von kaum einer Seite entwickelt. Obwohl die Entwicklung auf eine militärische Machtübernahme hin von einigen Gruppen richtig analysiert wurde, gelang es nicht, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und mit einer dieser Entwicklung entsprechenden Organisation schon vor dem Putsch zu beginnen. Spontane Aktionseinheiten waren kein Ersatz für notwendige Bündnisse und Einigungen, um als Befreiungsbewegung die herrschende Oligarchie zu stürzen.

Unbeantwortet blieben in diesem Zusammenhang Probleme wie die Völkerfrage und der Aufbau einer gemeinsamen Widerstandsfront. Für viele Organisationen hatte der eigene Aufbau gerade erst begonnen, als der entscheidende Schlag durch die Militärs erfolgte.

Darüber hinaus wies die Linke eine Reihe unverzeihbarer Mängel auf, die nicht nur das diktatorische Eingreifen erleichterte, sondern auch für die Zeit nach dem Putsch ein nur schwer zu korrigierendes Erbe darstellt. Gemeint ist hier in erster Linie das Konkurrenzdenken bei Gruppen, die sich häufig nur durch die Kritik anderer linker Gruppierungen profilieren konnten. Auch bei den Aktionen wurde dieser Wettkampfcharakter sichtbar. Spektakuläre Unternehmungen sollten der Reklame für die eigene Organisation dienen. Aktionen wie Erpressung und Raub bei Kleinhändlern oder aber erzwungene Protesthandlungen, wie das Schließen der Läden, ließen den Unterschied zur faschistischen Gewaltanwendung verschwinden und dienten ebenso die faschistischen Überfälle lediglich zur Verbreitung von Angst und Schrecken.

Jetzt bedrohten die 'Revolutionäre' genau so wie die 'Kommandos' der 'Grauen Wölfe' Leben und Besitz der Bürger. Solche Unternehmungen übersahen völlig, daß es für den Erfolg einer Befreiungsbewegung unerlässlich war, ein Grundbedürfnis der Bevölkerung, den Schutz des Lebens, zu organisieren. Die Propaganda vom neutralen Staat, der als einzige Kraft den Bürger schützen könne, fand auch deshalb ein starkes Echo in der Bevölkerung.

Die gegenseitige Abgrenzung ging in vielen Fällen so weit, daß der Kampf gegen die Faschisten in den Hintergrund trat und der Hauptfeind nun

im andersdenkenden sozialistischen Lager als 'Sozialfaschist' oder maoistischer 'Grauer Wolf' bekämpft wurde. Solche Differenzen führten nicht selten sogar zu gegenseitigen Morden, die vollends ein Vertrauen in die Schutzfunktion selbstorganisierter Verteidigung unter Führung der Revolutionäre vernichtete. Revisionistische und reformistische Strömungen taten ein Übriges zur Schwächung des Widerstandes. Insbesondere CHP und TKP-orientierte Kreise vertrauten ausschließlich auf den starken Staat, wenn es um die Abwehr faschistischer Aggression ging. Beide Strömungen waren durch ihre Gewerkschaftsfunktionäre stark in den Arbeiterorganisationen vertreten und es gelang ihnen, die Arbeiterklasse lange Zeit in dieser Richtung zu beeinflussen. Die ständig wiederholte These von der Gefahr des Links- und Rechtsextremismus und den terroristischen Aktivitäten von links und rechts behinderte eine aktive Parteinahme der Arbeiter für die Sache der Antifaschisten.

Erst als der faschistische Terror immer wütender wurde und auch etliche Sozialdemokraten umgebracht wurden, bröckelte die Front der 'Neutralen' ab und die Basis war im Begriff, den aktiven Widerstand aufzunehmen. Ohne Zweifel hätte die Militanz der Arbeiterbewegung schon bald die Machtfraße auf die Tagesordnung gebracht. Auch aus diesem Grunde durften die Generäle mit ihrem Putsch nicht länger warten.

Welche Reaktionen erfolgten auf den Putsch?

Viele Organisationen sind sich darüber einig, daß nach dem Militärputsch eine neue Periode angebrochen ist, in der man sich neu formieren muß. Bei der Bewertung dieser veränderten Lage tun sich allerdings die meisten Gruppen sehr schwer.

Zunächst einmal änderte sich das Verhalten der Linken nach dem Putsch nicht schlagartig. Aus dem oben erwähnten Konkurrenzdenken heraus äußerte sich bei vielen absoluten Schadensfreude, wenn Kräfte anderer Organisationen verhaftet wurden. Als es zu Beginn erst einmal PKK und DEV-YOL am härtesten traf, da frohlockten nicht wenige, weil sie irrigerweise annahmen, nun 'konkurrenzlos' agieren zu können. Obwohl die Stärke des Gegners schon nach wenigen Tagen klar zu erkennen war, sind auch heute noch gruppenegoistische Tendenzen zu spüren. Einzelaktionen, wie der illegale Druck von Pamphleten wird als Beweis der eigenen Stärke herausgestrichen, ohne daß man auch nur einen Augenblick lang sich die Frage stellt, wie man denn mit diesen 'exklusiven' Aktivitäten die Junta irgendwann einmal stürzen will.

Aus der Sicht von DEV-YOL müssen außerdem andere Fehler kritisiert werden, die der Machterhaltung der faschistischen Militärjunta dienen. Etliche Gruppen haben - ihrer eigenen Militanz verpflichtet - sofort die Fortführung des bewaffneten Kampfes gefordert.

In den Augen der Bevölkerung gibt dies der Junta nun endgültig das Recht auf Brutalität gegen die Opposition, denn man verlangt, daß der grausame 'Terror' mit allen Mitteln beseitigt wird. Somit bekommt der Staatsterror (bis hin zu den Folterungen in den Gefängnissen) eine stillschweigende Billigung durch die Öffentlichkeit. Die Junta wird hierdurch in die Lage versetzt, ihre stärkste Trumpfkarte auch nach über einem Jahr der faschistischen Macht noch auszuspielen. Sie rühmen sich nach wie vor, den 'Schutz des Lebens' organisiert zu haben und kön-

nen es sich sogar leisten, für dieses Ziel Leben zu vernichten.

Die bewaffneten Aktionen nach dem Putsch haben keine Mobilisierung der Bevölkerung bewirkt, selbst wenn der Unmut über eine fortschreitende Verarmung und eine allgegenwärtige Kontrolle ständig wächst. Um diese Kritik an der Führung in systemverändernde Bahnen zu lenken sind langfristige Perspektiven vorzuziehen, die über eine einfache Parole wie 'DER KAMPF GEHT WEITER' hinausgehen.

Auch die unreflektierte Fortführung anderer Aktionsformen aus der Zeit vor dem Putsch muß als Fehler bezeichnet werden. So organisierte DEV-YOL Ende 1980 eine Kampagne gegen die Hinrichtungen in der Türkei und gab dadurch sehr viel von der eigenen Organisationsform zu erkennen. Konsequenterweise hätte die Art der Organisation eben auch mit verändert werden müssen. In anderen Organisationen war zu beobachten, daß nach der Verhaftung des Zentralkomitees sich gleich ein neues ZK bildete, das postwendend verhaftet wurde, damit wieder ein neues ZK gegründet werden konnte, usw. Innerhalb eines systematischen Rückzuges ist es aber auch notwendig, bestimmte Einheiten vorübergehend aufzulösen.

Es gab aber auch die vollkommen konträre Reaktion. Auf einmal wurden nun die Aktionsformen vor dem Putsch, der Widerstand gegen den faschistischen Terror und der bewaffnete Kampf gegen den Staatsterror grundsätzlich als Individualterror abgetan. In der Interpretation dieser Gruppen sollten die Aktionsformen durch die Massen bestimmt werden. Erst wenn die Massen zu den Waffen griffen, so hieß es, dürften die Revolutionäre sich diesem Aufstand anschließen und den bewaffneten Kampf praktizieren. Diese spontaneistische und ökonomistische Haltung, die hauptsächlich durch eine albanienorientierte Gruppe vertreten wird, stellt eine deutliche Überreaktion auf die Fehler der Linken dar und wird in Zukunft hoffentlich noch korrigiert werden.

Absolut kläglich ist die Reaktion von revisionistischen Strömungen, wie der 'TKP' ausgefallen. Obwohl auch ihre Kader im Inland nicht von der Verfolgung verschont blieben, so konnten sie sich dennoch nicht für eine absolute Verurteilung der Militärjunta entscheiden. Neben einem faschistischen Flügel im Militär haben sie eben auch einen fortschrittlichen Flügel entdeckt, der sich hoffentlich einmal durchsetzen wird. Die ganze Kraft der TKP-Kreise ist deshalb darauf gerichtet, diesen fortschrittlichen Flügel zu unterstützen. Hier ist der Prozeß gegen Türkes & Co. ein wesentlicher Erfolg der Progressiven in der Armee, die ermutigt werden müssen, diesen 'Kampf' gegen die Faschisten fortzuführen. Es gehört schon einiges an Blindheit dazu, eine solche Analyse bei den täglichen Ereignissen beizubehalten. Erst kürzlich zeigten die Militärs durch ein Verbot der Parteien und in der Folge davon Anklage von Ecevit und Verbot der 'rechtsgerichteten' Zeitung 'Tercüman', daß man keine zivile (bürgerliche) Alternative zur eigenen Herrschaft duldet.

Während also auf diese Weise eine Einflußnahme der Reformkräfte strikt zurückgewiesen wird, glauben die staatsfernen Anhänger der TKP und CHP immer noch, für ihre Wünsche nach mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheiten Zuhörer bei den Generälen zu finden. Ohne irgendeine Alternative zur herrschenden Junta haben sich sowohl revisionistische als auch reformistische

Strömungen von allein überholt.

Ein ähnlicher Fehler ist es, die Junta einfach als kapitalistisch zu bezeichnen und nun alle Kräfte darauf zu konzentrieren, daß diese Militärdiktatur nicht faschistisch wird. Auch hier erfolgt keine grundsätzliche Kritik an der Junta, sondern man verlangt von ihr die Wiedereinführung demokratischer Rechte und Freiheiten. Diese Einschätzung herrscht gerade bei einer Gruppe vor, die vor dem Putsch durchaus revolutionäre Tendenzen unterstützt und nun in dieses reformistische Fahrwasser geraten ist, während es für CHP und TKP eigentlich die logische Folge ihrer Politik vor dem Putsch ist, solche Erwartungen zu haben.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß inzwischen die Überreste der politischen Führungskader zumindestens den Ernst der Lage zu begreifen beginnen. Reformistische und revisionistische Strömungen haben sich durch den Putsch selber überholt, da das Militär ihre Positionen mit übernommen hat. Es wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein, mit der verbleibenden Opposition die Möglichkeiten für den Kampf gegen die faschistische Herrschaft zu prüfen.

Die Perspektive für die neue Periode

Wie schon gesagt, wird von praktisch allen Gruppierungen die Tatsache anerkannt, daß es sich bei der Zeit nach dem Putsch um eine neue Periode handelt. An die Stelle des faschistischen Terrors ist der Staatsterror getreten, der vorher den ersten unterstützte. Das Großkapital hat sich durch die Machtbefugnisse der Generäle einen größeren Spielraum geschaffen und muß nicht ständig neue Bündnisse mit anderen Kapitalfraktionen eingehen. Für die Bevölkerung bedeuten die Rezepte des Internationalen Währungsfonds, der Monetarismus eines Friedmann, die Enteignung der Mittelschicht und Verarmung der unteren Schichten. Der Widerspruch zwischen den Besitzenden und Besitzlosen verschärft sich weiter und schon jetzt ist ein ständig wachsendes Potential der Unzufriedenheit zu entdecken.

Für die oppositionellen Kräfte ist es in dieser Situation wichtig, der umfassenden Unterdrückung den umfassenden Widerstand entgegenzusetzen. Dies wird keine der existierenden Organisationen im Alleingang schaffen. Deswegen ist die Einheitssfrage das derzeit dringlichste Problem der Linken in der Türkei.

Dieses Problem wird von verschiedenen Gruppierungen in durchaus unterschiedlicher Weise angegangen. Die hier dargelegten Positionen stellen allerdings lediglich den Diskussionsstand innerhalb der Organisation DEV-YOL und die Ergebnisse der Gespräche, an denen sie beteiligt war, dar. Gleichzeitig versuchen wir abzuschätzen, welche Aussichten auf Erfolg bei einem solchen Konzept bestehen.

Zunächst können wir positiv feststellen, daß bei praktisch allen Gruppen die Bereitschaft zu Gesprächen vorhanden ist. Selbst in der Bundesrepublik, wo sich solche Entwicklungen erst mit einiger Verzögerung niederschlagen, kann man beobachten, daß alle Organisationen sich untereinander als Antifaschisten respektieren, selbst wenn dadurch nicht gleich das sektiererische Verhalten der Vergangenheit abgelegt worden ist. Das deutet darauf hin, daß eine neue Art von Beziehungen unter den Linken sich breitmacht,

die uns für die Zukunft durchaus hoffnungsvoll stimmen kann.

Es reicht aber nicht, lediglich alte Feindschaften zu begraben, und sich in Zukunft nicht mehr anzugreifen. Unsere Aufgabe als Antifaschisten ist es, eine Widerstandsfront aufzubauen, an der möglichst breiter Kreis der Opposition beteiligt sein müssen. Das geht nur über ein gemeinsames Programm, das umgehend entwickelt werden muß.

Punktuale Aktionseinheiten reichen also nicht mehr aus. Die Zusammenarbeit der Zukunft muß über die Organisation gemeinsamer Demos hinausgehen. Für den Kampf werden alle Kräfte gebraucht. In einer solchen

Widerstandsfront geht es auch nicht um das Problem der Führung, denn alle beteiligten Kräfte werden sich auf dem Boden und der Anleitung durch das Programm bewegen. Grundlage ist dabei, daß dieses Programm eine revolutionäre Perspektive hat. Selbst wenn es nicht in absehbarer Zeit zu verwirklichen ist, so muß schon jetzt der Kampf um die Macht, die Herrschaftsfrage angegangen werden. Die Widerstandsfront wird sich dabei auf einen langfristigen bewaffneten Kampf einstellen müssen. Das heißt natürlich nicht, daß die Befreiungsbewegung nur auf militärischem Gebiet arbeiten muß. Auch die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Bereiche der Systemveränderung müssen neu entwickelt werden. Dabei müssen die Fehler der Vergangenheit sorgfältig aufgearbeitet werden, damit die Klassenkämpfe der Zukunft nicht erneut einen so schwerwiegenden Schlag erleben, wie durch den Militärputsch am 12. September 1980.

Es ist leider nicht möglich, hier schon auf Einzelheiten des Programms einzugehen, da hierzu momentan die entsprechenden Verhandlungen geführt werden und wir keine Resultate vorweg nehmen wollen. Dieser Prozeß wird noch einige Monate dauern, aber es scheint möglich zu sein, daß die wichtigsten Organisationen in der solchen Front zusammenkommen.

Bislang hat es bei den Gesprächen zwei Hauptschwierigkeiten gegeben. Das Problem der Führung hat insbesondere einer Seite besondere Kopfschmerzen bereitet. Ausgehend von einer für die Türkei einfach nicht realistischen Konstellation wird behauptet, daß zunächst die revolutionäre Parteigeschaffen werden müsse, die sich dann für die Widerstandsfront die richtigen Partner aussuchen werde. Hier herrschen noch überkommene Vorstellungen von einer alten dogmatischen Organisationsform vor, die für Volksbewegungen wie denen in Mittelamerika z.B. nichts gelernt haben.

Der andere schwierige Punkt wird sich in der Frage der Methoden für die Machtergreifung ergeben. Wir hatten oben schon beschrieben, daß eine Gruppe die Meinung vertritt, daß die Aktionsformen durch die Massen vorgegeben werden müssen. Hiermit würde man die bewaffnete Aktion auf den St. Nimmerleinstag verschieben und nie ernsthaft den Kampf um die Macht betreiben.

Wir sind aber sicher, daß diese Schwierigkeiten überwindbar sind und werden unsere Bemühungen für ein gemeinsames Programm mit der gleichen Entschlossenheit fortführen. Diese Diskussion wird sich in der nächsten Zeit ganz sicher auch auf bisher unbeteiligte Gruppen ausweiten. Die Widerstandsfront, die sich am Ende dieses Prozesses bilden wird, ist sodann eine starke Herausforderung an die außenstehenden Teile der Linken, die dadurch in Richtung auf aktiven Widerstand bewegt werden. ●

Wann folgt die nächste Hinrichtung??

9 Jahre lang gab es keine Hinrichtungen mehr in der Türkei (genauer gesagt, seit der letzten Militärdiktatur nicht mehr). Dafür haben die Generäle, die sich selbst zum Parlament ernannt haben, in einem Jahr gleich 10 junge Menschen durch den Strang hinrichten lassen. Die militärischen Staatsanwälte haben in dieser Zeit fast 2.700 Mal die Todesstrafe gefordert, 88 Mal ist sie verhängt worden und nach den letzten Zeitungs-meldungen sind 16 Todesurteile durch das oberste militärische Revisionsgericht bestätigt, so daß die Junta jederzeit wieder vollstrecken lassen kann.

Sie hat aber seit dem 20.8.1981 (das sind nun drei Monate) auf die Vollstreckung weiterer Todesurteile verzichtet. Die Gründe dafür sind sicherlich rein spekulativ. Zum einen hätten weitere Hinrichtungen kaum noch abschreckende Wirkung gehabt, da sich die Öffentlichkeit praktisch an den Zustand gewöhnt hat. Zum anderen hat man derzeit mit dem europäischen Ausland Schwierigkeiten genug, beunruhigte Gemüter wieder zu befrieden. Neben den Protesten gegen das Verbot der Parteien, Konfiszierung ihres Besitzes und Maulkorb für alte Politiker wäre dann evtl. noch eine Kampagne gegen die Todesurteile dazugekommen. All dies wird der Junta zuviel gewesen sein.

Nun haben sie aber wieder durch gezielte Zeitungsnachrichten wieder auf eine neue Hinrichtungswelle hingedeutet. Zunächst ließen sie in den Bilanzen zum Jahrestag des Putsches mit weiteren 41 Todesstrafen, die sie durch das Revisionsgericht bestätigen lassen wollen (darunter 22 Todeskandidaten wegen der Vorfälle in Kahramanmaraş), die gleiche Problematik wieder aufblitzen. Später folgten dann gezielte Nachrichten.

Am 31.10.1981 war zu lesen, daß die Todesurteile gegen die 3 'Militanten' von TKEP (Kommunistische Arbeiterpartei der Türkei) nach der Bestätigung durch das Revisionsgericht jetzt zum Nationalen Sicherheitsrat (5-köpfige Junta) geschickt worden sei. Die Todeskandidaten Seyit Konuk, Ibrahim Etem Coskun, und Necati Vardar werden beschuldigt, im Jahre 1980 den Kreissekretär der MHP in Izmir, den Apotheker Turan Ibrim und den Architekten Nuri Yapiçi getötet zu haben. Bei den bisherigen Todesurteilen, die zur Vollstreckung kamen, haben die Generäle peinlich darauf geachtet, daß das 'Vergehen' gegen irgendeinen Sicherheitsbeamten erfolgt war. Dies wäre nun das erste Mal, daß Personen aufgeknapft werden, die Zivilisten umgebracht haben.

Dabei sind allerdings die Todeskandidaten gar nicht einmal das Symbol für den 'terroristischen' Bruderkrieg, wie er von den Generälen immer wieder dargestellt wird. Demnach müssen zunächst die Verantwortlichen des Massakers in Kahramanmaraş Ende 1978 bestraft werden. Dieses Verfahren, in dem bei mehr als 900 Angeklagten 22 Mal die Todesstrafe verhängt worden war, hat sich nun aber um Monate verzögert. Obwohl die begründeten Urteile in Buchform (1330 Seiten) verschickt worden sind, will das Revisionsgericht nicht zu einer Entscheidung kommen.

Sollten also doch die Mitglieder der TKEP (im übrigen eine Organisation, die nicht allzu weit verbreitet war) 'dran glauben müssen'? Oder aber wird den Kämpfern für die Arbeiterrechte der Vortritt gelassen? Denn auch im Verfahren wegen der Vorfälle im Stadtteil Gültepe nach der Besetzung und Räumung der TARIS-Werke im Februar 1980 sind drei Todesurteile ergangen, die schon durch das militärische Revisionsgericht begutachtet werden.

Hier waren Ismail Levent Aksan, Ali Akgün und Hidir Aslan für schuldig befunden worden, bei den Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften drei Beamte getötet zu haben. Sollte die Junta also zuerst an die Ermordung dieser jungen Leute denken, so wäre dies ein Zeichen, daß alle Bewegungen in Richtung auf Vertretung der Arbeiterrechte mit dem Tode geahndet werden können.

Durch die Taktik der unregelmäßigen Hinrichtungen, die keinem erklärbaren Schema folgen, soll in der Bevölkerung eine allgemeine Angst vor der Härte und Konsequenz der Junta erzeugt werden. Während man auf der Straße und in den Bergen, sowie auf Polizeistationen und in den Gefängnissen weiter an der physischen Vernichtung der Opposition arbeitet, werden die Hinrichtungen im wesentlichen zur Einschüchterung von Kritik eingesetzt. Deshalb sind sie auch von der Junta 'wohl dosiert', so daß jede Hinrichtung aufs Neue Eindruck hinterläßt. Sollten die Generäle als Nächste gleich drei Linke auf einmal an den Galgen bringen, so wäre auch dies eine Steigerung und ein deutliches Zeichen, daß man in Zukunft auch in großem Ausmaß von diesem Mittel Gebrauch machen wird.



Deutsche Schäferhunde und NATO-MINEN "bewachen" die politischen Gefangenen von Mamak.

Massenprozeß gegen Devrimci Yol

Vor dem Putsch, in den Kämpfen für bessere Lebensbedingungen, und gegen die Angriffen der Grauen Wölfe und des Staatsterrors war die Organisation Devrimci Yol eine treibende Kraft. Sie hat zum Gelingen der Widerstand der zehntausend Taris-Arbeiter in Izmir, zum Vereiteln des Massakers in Corum und zur Bildung der Selbstverwaltungen entscheidend beigetragen.

Sie arbeiten in Stadtteilen, in Fabriken, Gewerkschaften (DISK), Lehrerverband (Töb-DER), Genossenschaften, Technikerverbänden in der Bevölkerung. Die faschistische Repression der Junta auch u.a. vorrangig gegen diese Organisation.

In seiner ersten, öffentlichen Rede in Konya gab Juntachef Evren die Stärke dieser oppositionellen Kraft: "Wenn wir nicht geputscht hätten, haben diejenigen, die einzigen Weg Revolution ausrufen, die in der Türkei Widerstandskomitees und die Ereignisse in Taris, Corum, Fatsa initiiert haben, an meiner Stelle zu Euch gesprochen".

In den ersten 4 Monaten der Junta verlor Devrimci Yol seine 100 Angehörige bei Kämpfen. Bis heute wurden ca. 3000 politische Gefangene von Devrimci Yol angegeben.

Zur Zeit laufen bei Militärgerichten in Ankara, Istanbul, Izmir, Adana, Gölçük, Eskisehir, Erzurum, Elazig, Diyarbakir, Konya politische Prozesse gegen diese Organisation. Neben verschiedenen Haftstrafen werden von Militärstaatsanwälten über 1/4 der 2700 Todesurteilen für die Angehörigen dieser Organisation gefordert. Von 10 vollstreckten Todesurteilen waren 2 Devrimci Yol Mitglieder Veyssel Güney und Mustafa Özenc. Unter den angeklagten Angehörigen Devrimci Yol befinden sich Lehrer, Arbeiter, Gewerkschafter, Professoren, Studenten, Hausfrauen, Ingenieure, Journalisten, Schriftsteller, Abgeordneten, Arbeitslose, Bürgermeister. Für den Ende Dezember 81 laufenden Prozeß in Ankara bereiten seit März 81 elf militärische Staatsanwälte die Behauptung vor. Bei diesem Prozeß werden 600 Angehörige der Devrimci Yol angeklagt.

Der Verlauf in diesem Massenprozeß für die anderen Prozesse der Linken die Haltung der Junta noch deutlicher zeigen.

Notizen aus Mamak

Vor dem 12. September waren einige weibliche Gefangene in Mamak, andere in der 2-jährigen Pädagogischen Hochschule von Beşevler (I.Y.E.). In dieser Zeit wurden die Frauengefangenen zunächst vom Block A in den Block D in Mamak verlegt, nach dem die Zahl der Gefangenen weiter zunahm, wurden sie in Dezember 1980 in die PH verlegt, da die Frauen ein "Problem" waren. Mit der Zeit häuften sich die Stimmen, daß die PH kein Gefängnis sei und man den Mädchen dort keine rechte Disziplin beibringen könne. Daraufhin wurden im Juni 81 die Frauen wieder in den Block D von Mamak verfrachtet. Da man die oppositionellen Gefangenen nicht so leicht unter dem Stiefel kriegen konnte, wurden schließlich Frauen auch wieder in die Blöcke C und A verlegt.

Unsere Schwester wehren sich gegen eine Behandlung als Soldat

Die faschistischen Generäle betrachten alle, die durch die Militärgerichte inhaftiert werden, als Soldaten. Unsere Genossinnen haben sich dagegen gewehrt und immer betont, daß sie politische Gefangene sind. Während ihres Aufenthaltes in der PH haben sie Widerstand gegen eine militärische Ausbildung, Schläge und Gewalt geleistet. Auch gegen die Praktiken, daß man wieder zu politischen Verhören geschleppt und gefoltert werden kann, haben sie sich zur Wehr gesetzt. Mit verärgerten Kräften haben sie den Transport von Freunden verhindert, die man wieder zum Verhör schleppen wollte. Dabei haben sie selber enorme Schläge abbekommen.

Um diesen Widerstand zu brechen und um den Willen und die Kraft der Kämpfenden zu schwächen, werden alle Mittel angewandt. Nach jedem Widerstand werden die Druckmittel erhöht. Dem folgt dann jedesmal eine Rede des Gefängnisdirektors. In diesen Reden wird davon gesprochen, daß man neue Verfahren einleiten werde, daß die Strafen sich erhöhen werden, niemand der Beteiligten wieder aus dem Gefängnis herauskommt, daß solche Leute verrückt seien. Es wird gesagt, daß sich alle Gefangenen wie eine "Familie" vertragen können, wenn sie nur die militärische Ausbildung mitmachen. Diese Propagandareden werden ständig wiederholt.

Die weiblichen Gefangenen haben jedesmal die notwendige Antwort hierauf gegeben: "Niemand kann uns von unserem Volke trennen!"

Schon dieses Aufbegehren hat die Leitung von Mamak verunsichert. Zur besseren Kontrolle wurden deshalb die weiblichen Gefangenen wieder in den Block D verlegt. Trotz allen Druckes haben unsere Schwester bisher ausgehalten. Irgendwie ist es bei weiblichen Gefangenen auch nicht so einfach, die gleiche Brutalität anzuwenden, wie bei den männlichen Gefangenen. Da sich die Frauen zu dem noch gegen die Gruppenprügel und die Knüttelerziehung wehrten, hielt sich die Leitung zunächst zurück. Inzwischen sind aber die Gewaltanwendungen gegen die Frauen, die sich nun zur Hälfte in Block C und zur Hälfte in Block A befinden, wieder schlimmer geworden.

KENAN EVREN

schon jetzt abgesandt werden. Protestieren wir gegen die möglichen Hinrichtungen von

Seyit Konuk
Ibrahim Etem Coskun
Hidir Aslan
alle drei von der TKEP

und

Ismail Levent Aksan
Ali Akgün
Necati Vardar
alle drei wegen "GÜLTEPE".

Demokratie ohne Politiker, alles unter Kontrolle

Fortsetzung von Seite 1

Die Marionettentruppe der 'Berater' mit gutem Gehalt hatten denn auch nichts Eiligeres zu tun, als gleich zu bekunden, daß sie mit Politik doch überhaupt nichts zu tun haben. Es gibt unter ihnen zwar einige, die sich früher schon mal aktiv in der Politik betätigt haben (so war der Vorsitzende der Versammlung 'İrmak' sogar schon einmal Ministerpräsident), aber momentan bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Distanz zur üblichen Politik zu bekunden. Denn augenblicklich sind Politiker in der Türkei nicht sehr gefragt. Das einzige, was die bestimmenden Frauen und Männer der beratenden Versammlung (unter den 160 Männern sind immerhin auch 5 Frauen), beherrschen müssen, ist das Einmaleins der türkischen Geschichte: Leben und Werden von Kemal Atatürk.

Nach der feierlichen Eröffnung dieses Puppentheaters, das viele zum Parlament hochstilisieren möchten, mußten alle Kandidaten eine 10-Minuten Vortrag über den Gründer der Republik halten. Wer also 10 Minuten lang leere Phrasen dreschen konnte, der hatte die Aufnahmeprüfung für das nun 'höchste' Gremium im Staate bestanden. Selbst für die 120 Mitglieder mit abgeschlossener Hochschulausbildung war es eine Ehre, dieses Schauspiel für die Generäle mit innerer Erregung zu gestalten.

Schaut man sich die Liste der Mitglieder der beratenden Versammlung einmal genauer an, so fällt auf, daß neben einigen wenigen Ausnahmen keine bekannteren die Hoffnung der Junta hin, daß man sich eine ganz neue Riege von Führungskräften heranzubilden kann. Zumindestens sind sie damit den Beschuldigungen aus dem Weg gegangen, daß sie ein besonders konservatives oder fortschrittliches Organ zusammengestellt haben. Man muß allerdings Bedenken haben, ob diese 'Volksvertreter' (Generalsdiener) über eine ausreichende demokratische Gesinnung verfügen. In der konservativen Zeitung 'Son Havadis' wurde gleich nach der Bekanntgabe der Namen frohlockt, daß endlich mal ein 'Parlament' existiere, in dem kein einziger Sozialist vertreten sei (in solchen Kreisen sind Liberale meistens auch schon Sozialisten).

Man hat bei der Zusammenstellung der beratenden Versammlung darauf geachtet, daß auch die richtigen Technokraten zusammenkommen. Neben einer ausreichenden Anzahl an pensionierten Offizieren und Beamten, die das Strammstehen gelehrt haben, sind auch Spezialisten vorhanden (die es ja wissen müssen). So bilden die Juristen mit 32 das größte Kontingent. Bei diesem auserlesenen Kreis ist es natürlich keine Frage, daß weder Arbeiter noch Gewerkschafter vertreten sind. Nachdem man Schritt für Schritt daran gegangen ist, die Rechte der Arbeiter abzubauen, wäre das auch ein kleines Wunder.

Vor der Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung wurde viel darüber gemunkelt, ob die Zivilisten denn nun in die Gesetzgebung der Generäle eingreifen würden. Mancheiner mag sogar geglaubt haben, daß Hinrichtungen in Zukunft nicht mehr so einfach zu praktizieren sein würden, weil jetzt die Zustimmung des 'Parlamentes' (beratende Versammlung) einzuholen sei. Dies sind jedoch irige Annahmen, die aber bewußt in der Öffentlichkeit verbreitet wurden. Nach wie vor sind die 5 Generäle das einzige gesetzgebende Organ der Türkei. Sie können zwar der Versammlung manche Gesetze zur Beratung vorlegen, aber die Beschlüsse (wie z.B. die Bestätigungen von Todesurteilen), aber die Beschlüsse faßt die Junta ganz alleine.

Die Auflösung der politischen Parteien und das Konfizieren ihres kompletten Besitzes erfolgte denn auch nicht, weil eine Woche später die 'beratende Versammlung' ein solches Gesetz hätte ablehnen könne, sondern lediglich, weil die öffentliche Stimmung gerade gut genug war, um auch diesen Schritt zu machen. Selbst in Europa freuten sich alle NATO-Verbündeten, daß sie jetzt von 'Demokratisierung' im Lande reden konnten. Diese Vorgabe nutzte General Kenan Evren, um mit einem endgültigen Schlag, zivile (bürgerliche) Alternativen zur Militärherrschaft grundsätzlich zu verunmöglichen.

KLEINBÜRGERLICHE ALTERNATIVEN ZU DEN MILITÄRS GIBT ES NICHT

Es gab in der Türkei zwei nennenswerte Reaktionen auf das Verbot der Parteien. Die erste kam von Ex-Vorsitzenden der sozialdemokratischen CHP und Ministerpräsidenten der Türkei in verschiedenen Jahren, Bülent Ecevit. Herr Ecevit hatte als einziger Politiker die Konsequenz aus dem Versagen vor dem 12.09.80 gezogen und war als Vorsitzender seiner Partei zurückgetreten. In der Begründungsrede für das Parteienverbot am 16.10.81 griff Evren alle alten Politiker mit einem großen Rundschlag an. Er machte sie für Korruption und Mißwirtschaft, für Terror und Anarchie im Lande verantwortlich.

Am 21.10.81 wehrte sich Ecevit in einem Interview mit der BBC, bei dem gleichzeitig Mitarbeiter von AP und Reuter anwesend waren, gegen die Vorwürfe. Insbesondere wandte er sich gegen die pauschale Verurteilung alter Politiker.

"Die Begründung für das Verbot der Parteien, die durch den werten Staatspräsidenten am 16.10.1981 abgegeben wurde, ist einer Weise vorgebracht worden, daß auch ich dadurch angegriffen werde. Es heißt dort:

1. Die politischen Parteien müssen einen zivilisierten und ausgeglichenen Dienstwettbewerb durchführen, der keinen Platz läßt für unüberbrückbare Gegensätze unter den Bürger, Verletzungen und Spaltungen. Nun wollen wir mal einen Augenblick die Hand aufs Herz legen und fragen, welcher der Parteien oder der Politiker, die bis zum 12. September eine entscheidende Rolle gespielt haben, hat diese Aufgabe verstanden? Wer hat für das Interesse des Volkes selber von Partei- und persönlichen Interessen Abstand nehmen können?

Ich kann keine Antwort im Zusammenhang mit anderen Parteien und ihren Angehörigen geben. Aber die CHP, die durch Atatürk gegründet wurde und die Republik und Demokratie gegründet hat, hat diese Aufgabe stets begriffen.

2. Ich kann auf keinen Fall akzeptieren, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich 'habe Versammlungen hinter verschlossenen Türen abgehalten' und 'die Bürger durch Verbreitung von falschen Nachrichten vergiftet'. Die heutige Herrschaftsform und das Regime, daß für die Türkei durch die Regierung vorgesehen ist, ist eine Tatsache, an die mich nicht habe gewöhnen können. Ich bin auch nicht gezwungen, mich daran zu gewöhnen. Es ist wohl kein Vergehen, wenn man die gültige Verfassung bevorzugt und ablehnt, daß die Verfassung für die Probleme verantwortlich ist, die der Türkei auferlegt wurden.

3. Ich weise auch zurück, daß ich eines der Ziele des Vorwurfes von Verteilung von Vorteilen und Posten bin.

4. Auch der Vorwurf, daß die Führer der politischen Parteien immer noch voller Haß und Verachtung gegeneinander sind trifft nicht auf mich zu.

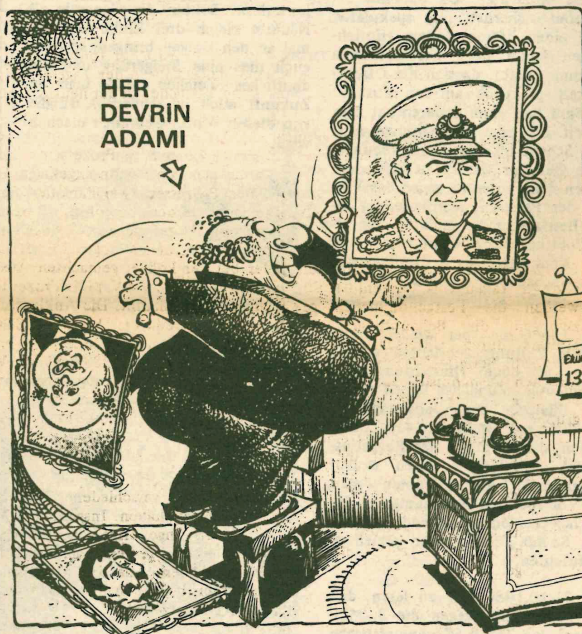
5. In der erwähnten Veröffentlichung werden alle Parteien und ihre Führung ohne irgendeinen Unterschied beschuldigt, 'die Probleme, die wir untereinander regeln können aus Ausland weitergegeben zu haben und den Versuch unternommen zu haben, mit Hilfe einer Reihe von Institutionen Druck auszuüben.' Ich weise auch diese Beschuldigung zurück, die für mich in Wirklichkeit genau anders herum ist.

6. In der veröffentlichten Rede wird der 'Wunsch', daß die zu gründende Demokratie fern von ideologischen und dogmatischen Perver-

Monaten Freiheitsstrafe verdonnert, weil er die Mitteilung Nr. 52 nicht beachtet hatte, nach der es allen ehemaligen Politikern verboten ist, irgend welche Äußerungen zu machen.

Aber auch die Kontrahenten von Ecevit nahmen das Verbot der Parteien nicht alle einfach so hin. Vom konservativen Flügel der Zeitungen, 'Tercüman', erdreiste sich Frau İlicak, das Gesetz in sehr indirekter Weise zu kritisieren. Nachdem die Zeitung zuvor sehr offen für Türkeis und seine Gefolgsleute Partei ergriffen hatte und in einem anderen Prozeß gegen Linke auch angezeigt war, weil sie sich zu sehr in die Prozeßführung eingemischt hatten, war dies nun ein willkommener Anlaß, um die Zeitung wenigstens vorübergehend einmal zu schließen. Ganze 7 Tage dauerte das Verbot der Zeitung und dafür auschlaggebend waren diese Zeilen:

'Man hat die politischen Parteien verboten... Warum? ... Wie kann man eine solche Abweichung erklären, wo wir uns darüber freuten, Schritt für Schritt zur Demokratie zurückzukehren? Nun, die Führer verhalten sich so, die Politiker seien so,...



„Der Mann für jede Jahreszeit!“

sionen mit Parteien, die sich auf den Prinzipien von Atatürk einigen können, gebildet werden, quasi als Grund für die Auflösung der aller politischer Parteien hingestellt. Dabei gibt es keinen Übergang zur Demokratie, wenn man durch individuelle Bewertung und Vorurteile die Parteien auflöst oder die Parteien oder deren Programme aufgrund der persönlichen Neigungen der Staatsmänner beschränkt oder anleitet. Das die Einigung unter den Prinzipien von Atatürk anbetrifft, so sind dies Prinzipien, die in Programm und der Satzung der CHP seit der Gründung verankert sind und an die wir uns bewußt gehalten haben. Selbst wenn die republikanische Volkspartei geschlossen wird, so werden diese Prinzipien allen voran durch die Volksparteiler am Leben gehalten.

Die Strafe für eine solche 'Freiheit' folgte auf dem Fuße. Gleich am Mittag mußte B. Ecevit beim Kriegsrachtskommandanten in Ankara vorsprechen. Seine Aussage sei aufgenommen worden, hieß nach der 75 - minütigen Unterredung. Gleich am nächsten Tag war auch die Anklageschrift fertig. Für den 3.11. fand man dann noch einen Richter, der einen Termin frei hatte und holder di polter war der brave Sozialdemokrat zu 4

Soweit wir wissen, gibt es für sie sowieso ein politisches Verbot. Reichte dieses Verbot nicht und wurde jetzt auch noch auf die politischen Parteien ausgedehnt? Die gewählte Lösung ist falsch. Denn obwohl es keine Schuld gab wurde eine Strafe ausgesprochen. Die beratende Versammlung wurde eröffnet und damit der erste wichtige Schritt auf dem Wege zur Demokratie gemacht. Trotzdem sind einige Freunde verunsichert. Vielleicht interpretieren sie einige Reden von Pascha Evren falsch und kommen zu dem Urteil, daß die Atmosphäre sich verschärft hat. Aber wenn wir heute vor den scharfen Winden unsere Feder knicken und kniefen werden wir morgen, wenn die Demokratie zurückgekommen ist, nicht das Recht haben, irgend einen Politiker zu kritisieren.

Diese Symbolhandlung der Militärs sollte eines deutlich machen: 'Wir wünschen keine Einmischung in unsere Geschäfte von außen. Selbst wenn es Stimmen gibt, die uns grundsätzlich sehr wohlwollend gegenüberstehen und uns eigentlich stützen wollen, so können wir momentan darauf verzichten. WIR DULDEN KEINE ZIVILE ALTERNATIVEN ZU UNSERER HERRSCHAFT. Eine Diskussion von Po-

litik findet in der Öffentlichkeit nicht statt."

Es hat also die große Apolitisierungskampagne im Lande begonnen. Man geht dabei davon aus, daß die spannungsgeladene Atmosphäre vor dem Putsch bei der Bevölkerung eine Abneigung gegen jede Art von Politik entwickelt hat. Mit der am Ende eines solchen Prozesses gewonnene Masse von apolitischen Bürgern glaubt man das Land besser regieren zu können. Das Interesse der Militärs geht also nicht auf den Ausbau einer Massenbasis in der Bevölkerung, auch nicht auf Unterstützung durch die Kleinbourgeoisie, sie sind sich sicher, daß sie zur Beherrschung der Bevölkerung imstande sind und unternehmen neben der Entpolitisierungskampagne sonst nur noch Anstrengungen im Sicherheitsbereich, um alle Oppositionellen auch unter Kontrolle behalten zu können.

Die Meldungen der letzten zwei Monate sprechen für sich (10.000 neue Polizisten, Ordnungspolizei wird zur mobilen Kraft, neue Ausrüstung aus der BRD, man will den Typ 'Polizeionkel' einführen). Dazu liefert die Bundesrepublik natürlich weiter ihre Panzer und Starfighter, wie man es schon vor Jahren begonnen hatte. Der Polizei- und Militärapparat wird also in jeder Beziehung ausgebaut, und daran sind bundesdeutsche Steuergelder maßgeblich beteiligt. Angeblich dient dies natürlich alles, um wieder demokratische Verhältnisse einzuführen zu lassen.

Wie die vielgepriesene 'Demokratie' der Junta aber aussehen wird, das bleibt in weiten Teilen im Unklaren. Aus Interviews mit ausländischen Reportern war zu entnehmen, daß wohl ein Präsidialsystem eingeführt werden soll, das noch ein wenig autoritärer als das in Frankreich werden soll. Eine prozentuale Hürde für die Parteien ist ebenso wahrscheinlich, wie die absolute Beschränkung der Parteienvielfalt. Die Generäle wären sicherlich über eine Einheitspartei froh, möchten sich aber da momentan noch nicht festlegen.

Trotz allem sind die konkreten Angaben mehr als dürftig und man muß schon Vermutungen anstellen, um überhaupt klare Vorstellungen zu bekommen. Schaut man sich aber die übrigen Maßnahmen an, so kann man leichter erkennen, daß alles auf die Absicherung der faschistischen Macht hinausläuft. Nachdem man schon starke Einschränkungen im Vereinsrecht verabschiedet hatte, den Gouverneuren Sondertruppen zur Verfügung gestellt hatte, und die Gewerkschaften in ihrer Wirkkraft einschränken will (durch Tarifverhandlungen auf Betriebsebene), kommt Herr Evren mit noch anderen Vorschlägen daher.

Er will in Zukunft nicht nur die Bürgermeister und Dorfvorsteher nicht mehr durch die Bevölkerung wählen lassen, sondern auch bei den Landräten (Kreisdirektoren) die Vorschritte erteilen, daß sie sich 5 Jahre vor Amtsantritt nicht politisch betätigen dürfen. Außerdem dürfen die Landräte nicht mit ausländischen Staatsangehörigen verheiratet sein. Es reicht also nicht, daß man den Beamten die Kleidung und Haartracht vorschreibt, jetzt werden sie auch noch in der freien Wahl des Ehepartners festgelegt. Wen würde es wundern, wenn bald auch die Anzahl der Intimitäten von der Junta festgelegt würde?

Bei all diesen Entwicklungen ist es wirklich ein Hohn von 'Rückkehr zur Demokratie' bzw. 'Redemokratisierung' zu reden. Hier wird Stein für Stein die eigene Macht abgesichert, was nichts anderes ist als

SYSTEMATISIERUNG UND INSTITUTIONALISIERUNG DES FASCHISMUS

Seit der Machtübernahme der Junta am 12.9.1980 läuft die Maschinerie der Prozesse gegen die oppositionelle Kräfte an. Die ganze demokratische, Linke Lager bekommt Verfahren, die ihre Existenz zu vernichten versuchen. Bis alle Festgenommene gerichtlich verfolgt werden, wird es eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Von den offiziellen 27.000 politischen Gefangenen wurden in 13 Monaten 1898 Menschen verurteilt. (Die Summe der Festgenommenen nach offiziellen einzelnen Äußerungen belaufen in 9 Monaten auf 123.000 Menschen.)

In ganz Türkei laufen die Prozesse bei Militärgerichten. Bei allen Verfahren gegen die Linken lautet die Anklageschrift: "der Sturz der bestehenden Ordnung...". Anhand der Strafgesetzbuchparagrafen 141, 142 und 146, die von Mussolinis-Faschismus übernommen wurde, verlangen die militärische Staatsanwälte von schwerer Haft bis Todesurteile. Zur Zeit bekommen die Gefangenen wegen Plakate kleben, Flugblatt verteilen zwischen zwei bis acht Jahren Haft. Bis zum 28.10.1981 stellten die Staatsanwälte bei 2710 Personen die Anträge auf Todesstrafe. Jeden Tag werden mehr Todesurteile seitens der Junta gefordert.

Militärgerichte

Die Prozesse laufen von der Öffentlichkeit entfernt. Lediglich bei einzelnen Fällen wird ein kurzer Bericht über die Urteile abgegeben. Dieser Bericht steht auch in Tageszeitungen. Nur die Tageszeitung Cumhuriyet berichtet ab und zu eingehender Weise.

Die Prozesse gegen alle politischen Organisationen, Gewerkschaften und Berufsverbände laufen bei Militärgerichten. Die Militärgerichte basieren auf das Kriegsrecht. Ein Überblick über die Militärgerichte zeigt den 'juristischen' Willkür.

— Die Angeklagten sind gefangene der Militärs. Sie werden in der militärischen Hierarchie als Soldaten betrachtet. Sie unterliegen den Bestimmungen der Soldaten. Alle Gefangenen sind in den Militärkern untergebracht. Dort müssen sie auch Militärregeln horchen.

— Jedes Militärgericht besteht aus drei Offizieren. Der Vorsitzende des Gerichts ist der Kommandant der Militäreinheiten in diesem jeweiligen Gebiet. Der Kommandant besitzt nur militärische Ausbildung, keineswegs juristische Kenntnisse.

Die beiden Besitzer unterstehen rangmäßig dem Kommandant und haben juristische Ausbildung. (Seit November bei Prozessen mit mehr als 200 Gefangenen noch 2 weitere Beisitzer.)

— Die Militärgerichte haben ihre Standorte in den Militäreinheiten. Zusätzlich befindet sich bei jedem Prozeß eine Militärgruppe im Saal um militärischen Disziplin zu gewährleisten. Sie steht unter dem Befehl des Gerichtsvorsitzenden.

— Der Staatsanwalt ist ein Offizier, der die Anklageschrift nach den Kriegsrechtsbestimmungen zusammenstellt.

Kein Verteidigungsrecht

Die erste 'juristische' Überraschung trifft die Angeklagten dadurch, daß sie erst einige Tage vor dem Prozeßbeginn oder oft am gleichen Tag die Anklageschrift bekommen oder hören. Sie erfahren damit, weshalb oder durch welche Handlungen gegen welche Gesetze sie widerhandelt haben sollen. Es bleibt keine Zeit sich vorzubereiten oder mit ihren Rechtsanwalt zu besprechen. Die politischen Gefangenen haben die Möglichkeit einmal wöchentlich, 5 bis 15 Minuten mit ihrem Rechtsanwalt zu besprechen. Dabei sitzt ein Soldat zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Mandanten. Die Beiden befinden sich in mehreren Metern Abstand voneinander. Sie müssen lauter Reden, um sich gegenseitig zu verstehen. Damit kann dem dazwischen sitzenden Soldaten nichts entgehen.

Das Rederecht besteht für die Gefangenen darin, daß sie sich äußern, wenn sie gefragt werden. Das Rederecht kann von zwei Beisitzern nicht ohne weiteren Willkür widersprochen werden. Jedoch der Vorsitzende des Militärgerichts kann jedes Rederecht in jedem Prozeßstadium verweigern.

Durch Folter innerhalb der Arrestzeit von 45 Tagen (bis September 90) werden die Festgenommenen gezwungen, die Behauptungen der Militärs durch Unterschrift anzuerkennen. Beim Militärgericht widersprechen ausnahmslos alle Gefangenen ihre Aussagen bei der Foltergruppe. Nach solchen Fällen werden, die Gefangenen zu Foltereinheit zurücktransportiert, damit die Gefangenen wieder die angelegten Behauptungen anerkennen. Deshalb stellten die Gefangenen bei allen Hungerstreiks die Forderung, daß sie nicht nochmals zur Folter unterzogen werden.

Bei Prozessen werden Beweisführungen zur Entlastung der Gefangenen nicht statt gegeben. Die Beweise, die Zeugen oder Sachverständigen dürfen die Angeklagten nicht in Anspruch nehmen.

Bei der Verteidigung erklärt der Gefangene eigenen Standpunkt. Wenn hierin Äußerungen enthalten sind, die wiederum nach der Meinung des Gerichts die Gesetze widersprechen, wird ein zusätzliches Verfahren eröffnet. Ein Gefangener gibt die Äußerung: "Die Herrschenden unterdrücken die Bevölkerung. Die Armee dient im Interesse der Geldgeber und nicht der Bevölkerung." Dabei findet das Gericht noch Anklagepunkte und eröffnet ein zweites Verfahren an diesem Gefangenen.

Situation der Rechtsanwälte

Bei insgesamt ca. 150.000 politischen Festnahmen sind die demokratischen Rechtsanwälte stark nachgefragt. Sie reichen bei dieser Zahl nicht aus. Wenn die Rechtsanwälte angeliert ihre Mandante verteidigen, werden seitens der Juntajustiz festgenommen und bekommen selber ein Verfahren meistens mit einer Behauptung, wie ihre Mandante.

Zwei Beispiele zeigen diese Willkürjustiz der Generäle:



Der Willkürjustiz der Junta kommt in letzter Zeit auch an die Öffentlichkeit. Drei Meldungen in der Tageszeitung Cumhuriyet schildern diesen Willkür als nackte Tatsachen in der heutigen Türkei.

Beispiel 1: In zwei Prozessen werden verschiedene Personen wegen Mordes an der gleichen Person angeklagt. Es stellte sich heraus, daß in zwei verschiedenen Prozessen zwei Personen für ein und denselben Mord verantwortlich gemacht werden. Sowohl im Prozeß gegen 74 Angehörige von DEV-YOL als auch im Prozeß gegen 32 Angehörige von Kurtulus werden, je eine Person beschuldigt, den Metzger Ahmet Güzelsoy umgebracht zu haben. Aufgrund der bei der Polizei gemachten Aussage haben sich der Beschuldigte Cemal Akin (aus dem DEV-YOL Prozeß) und der Beschuldigte Ali Riza Yolveren zu der Tat bekannt. Die Anklageschrift beschuldigt beide Personen gleichermaßen, während die 'Täter' die Schuld unterschiedlich beschreiben. Die Aussage von C. Akin wurde in der Verhandlung am 04.03.81 verlesen, während A.R. Yolveren am 28.08.81 zu Wort kam. Beide Angeklagten haben im Prozeß jede Tatbeteiligung abgelehnt und betont, daß die Aussagen unter Folterungen zustande kamen. (Cumhuriyet vom 28.09.81)

Beispiel 2: 3 verschiedene Gruppen werden beschuldigt, die gleiche Person ermordet zu haben. Insgesamt 7 Angeklagte, die bei verschiedenen Operationen als Angehörige von drei voneinander unabhängigen Gruppen verhaftet worden sind, werden beschuldigt, den rechtsgerichteten Yasar Dogan ermordet zu haben. Alle drei Gruppen haben in ihren ersten Aussagen bei den Sicherheitsbehörden die Tat zugegeben, aber jeweils unterschiedliche Schilderungen dargelegt.

Im Verfahren 1980/1022 vor der 3. Kammer des Kriegesgerichtes in Ankara werden Mehmet Emin Gürkök und Hamza Ümitli beschuldigt die Tat am 16. März 1980 aus 7-8 Metern begangen zu haben. Das Verfahren gegen die beiden begann am 24.09.80. Hier sagte M.E. Gürkök, daß es nicht einmal den Stadtteil Dogantepe kenne, wo die Tat begangen worden sei. Auf Nachfrage erklärte er: "Ich akzeptiere meine polizeiliche Aussage nicht. Sie beruht auf Folterungen". Einer der Zeugen bekundete, daß der zweite Angeklagte H. Ümitli bei dem Vorfall nicht dabei gewesen sei.

Am Verhandlungstag 13.05.81 stellte sich heraus, daß in einem anderen Verfahren Veli Yıldırım und Ismail Sahiner für die gleiche Tat beschuldigt werden. Außerdem soll in diesem Verfahren noch ein dritter Verdächtiger, Ümit Sabayak, gesucht werden.

Schließlich wurde am 20.08.81 aufgedeckt, daß noch ein weiterer Täter durch die Polizei als Mörder identifiziert wurde. Der Verdächtige Muharem Akca wurde daraufhin festgenommen und hat seine Schuld zugegeben. Das Verfahren gegen die erstgenannten Beschuldigten dauert noch an. (Cumhuriyet, vom 28.10.81)

Beispiel 3: Wegen des gleichen Vorfalles ist eine Person verurteilt und eine andere noch unter anklage. Wegen der Körperverletzung von drei rechtsgerichteten Personen am 15.12.78 im Stadtteil Yenimahalle in Ankara wurde das Verfahren gegen Erhan Ergönül abgeschlossen. Vor der ersten Kammer des Kriegesgerichtes in Ankara wurde er zu 8 Jahren, 10 Monaten und 20 Tagen Zuchthaus verurteilt. Das Verfahren gegen E. Ergönül war schon durch mehrere Instanzen gegangen und von den Anwälten war zuletzt am 08.06.81 die Revision beantragt worden, u. a. mit der Begründung, daß es für den gleichen Vorfall noch ein anderes Verfahren gebe. Die Revision wurde aber durch das militärische Revisionsgericht verworfen. Das andere Verfahren findet ebenfalls vor der ersten Kammer des Kriegesgerichtes in Ankara statt. Hier wird unter dem Aktenzeichen 1980/1822 Metin Oguz beschuldigt, die drei Personen verletzt zu haben. Dabei sollen Murat Senol und Ali Asker Özlhan, sowie zwei Frauen, deren genaue Namen nicht festgestellt werden konnten, beteiligt gewesen sein. (Cumhuriyet, vom 03.11.81)

— Der DISK-Prozeß (revolutionäre Gewerkschaftsföderation) in Istanbul begann am 22. April 1981. Der Hauptverteidiger war der Rechtsanwalt Ercüment Tahiroglu. Er hatte nur bis zum Prozeßbeginn mit Gewerkschaftsverbandsvorsitzenden A. Bastürk gesprochen und die Verteidigung der DISK vorbereitet. Am 27. April 1981, 5 Tagen nach Prozeßbeginn wurde er verhaftet. Man mußte für ihn auch Rechtsanwaltskollegen besorgen. Er sitzt immer noch im Militärgefängnis Istanbul.

— Die kurdische Gruppe Rizgari mit ca. 150 Gefangenen wurde durch einen Rechtsanwalt, namens Seraffettin Kaya verteidigt. Er wurde wegen Separatismus angeklagt, wie seine Mandante. Er wurde zum selben Prozeß getan. Die Gruppe blieb beim Verfahren zuerst ohne Verteidigung.

Der Rechtsanwältékammer in Istanbul beschwerte in einem Bericht an die Presse über die Einschränkung auf das Recht der Verteidigung. Nach diesem Bericht in August 1981 veröffentlichten Bericht werden folgende Rechte nicht anerkannt:

- "Keine Benachrichtigung und Information der Familienangehörigen über die festgenommenen und verhafteten Personen.
- Trotz der Gesetze wird die Vernehmung und die Untersuchung nicht durch Staatsanwälte durchgeführt.
- Keine Besprechungsmöglichkeit der Rechtsanwälte mit ihren Mandanten während der Arrestzeit.
- Keine Aktensicht der Rechtsanwälte während der Untersuchungszeit.
- Keine Besprechungsmöglichkeit mit Staatsanwälten und keine Auskunft vom Sekretariat der Staatsanwälte.
- Die angewandten Methoden beim Gespräch des Rechtsanwalts mit seinen Mandanten.
- Menschenwidrige Behandlung der Rechtsanwälte."

Durch systematischen, juristischen Widrigkeiten werden die systematischen Folterungen beim Militärjustiz fortgesetzt. Unterstützen wir die politischen Gefangenen!

Herrscht noch völlige Ruhe im Land?

In der jetzigen Situation kann man natürlich nicht erwarten, daß es zu spektakulären Aktionen gegen die militärische Führung in der Türkei kommt. Doch gibt es sicherlich erste Anzeichen von Widerstand und Protest. Ziel ist hierbei zunächst die Obere Schiedsstelle und Protestierender die Türk-Is mit den bei ihr organisierten Gewerkschaften. Der Protest ersultert aus den unzumutbaren Bedingungen, die die Beschlüsse der Oberen Schiedsstelle mit sich bringen. Sieht man dies auf dem Hintergrund einer zunächst vollständigen Stille so ist es wohl gerechtfertigt zu sagen, daß schon einiges vom Glanz der Generäle abgebröckelt ist und die Arbeiter gemerkt haben, daß nicht alles Gold ist was glänzt.

Die Führung der Türk-Is ist seit einigen Monaten in ziemlicher Bedrängnis. Von der Gewerkschaftsbasis wurde zunehmend Kritik geübt u.a. an der Vorlage zum neuen Sozialversicherungsgesetz, an der Person Sadik Side, der zugleich Generalsekretär der Türk-Is und Minister für Soziale Sicherheit ist. (dies war der Anlaß für den Ausschluß aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften gewesen) Ein weiterer Anlaß für massive Kritik war die den Mitgliedern nicht bekannte Reise des Vorsitzenden nach Israel. Es ist zu vermuten, daß auch in anderen Bereichen Druck auf die Führung des Gewerkschaftsbundes ausgeübt wurde, doch das kann man natürlich nicht in der Presse veröffentlichen. Ergebnis ist auf jeden Fall massive Kritik von verschiedenen Gewerkschaften an der Vorgehensweise der Oberen Schiedsstelle. So verlangt der Vorstand der Türk-Is am 5.9. von der Regierung, daß die Arbeit der Obere Schiedsstelle wieder ordentlich laufen müsse, das Vorgehen sei viel zu langsam. Auch sei es notwendig für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Rentner zu sorgen und die Gewerkschaften müßten das Recht erhalten, die Tarifverhandlungen selbst zu führen. Man verwies ebenfalls darauf, daß die gewonnenen Rechte der Arbeiter unter der jetzigen Bedingungen wieder abgebaut würden. Weiterhin seien die geplanten Lohnerhöhungen für das Jahr 1982 in Höhe von 38% viel zu niedrig. Obwohl es nicht höher zu bewerten ist als das Angebot, ein bißchen im Sandkasten zu spielen, gab es doch einen ersten kleinen Fortschritt, in dem Nationale Sicherheitsrat den nicht verbotenen Gewerkschaften erlaubte, Versammlungen durchzuführen, ebenso Kongresse und gewerkschaftliche Schulungen.

Angehörige der Gewerkschaft "Straßen, Wasser, Elektrizität" beschwerten sich, daß ihre seit 2 Jahren nicht mehr erneuerten Tarifabkommen auf die lange Bank geschoben worden seien. Sie seien sehr überrascht gewesen, als der Vorsitzende der Oberen Schiedsstelle, Varlik, im Fernsehen erklärt habe, alle Tarifabkommen aus 1979 seien nunmehr abgeschlossen. Dies sei eine Lüge.

Weiterhin gab es Stimmen, die besagten, daß die Arbeit der Oberen Schiedsstelle völlig unzureichend sei. Die Arbeiter hätten vom Staat noch 12 Milliarden Lira an Prämien, Abfindungen und aus den Tarifierhöhungen zu bekommen.

Die Türk-Is angeschlossenen Gewerkschaften beklagten sich, daß die ursprünglich geplanten Lohnerhöhungen von zunächst 80% auf jetzt 65-60% gesenkt worden seien.

Die Gewerkschaft Yol-Is beschwert sich, daß die Lohnerhöhungen nicht wie zuerst geplant 80% sondern nur 54% betrügen. Auf massive Kritik stieß auch die völlige Abschaffung der Mitbestimmung und die Bescheidung des Jahresurlaub.

Ohne diese Vorgänge euphorisch überbewerten zu wollen, ist es unserer Meinung nach doch gerechtfertigt zu sagen, daß die Arbeiter nicht mehr gewillt sind die völlige Umklammerung durch die Junta auf allen Gebieten zu akzeptieren. Werden die Arbeiter weiterhin in so krassem Ausmaß niedergehalten, so ist es durchaus denkbar, daß sich offenen Formen des Widerstandes zeigen werden. Nachdem man auch in europäischen Ausland auf offizieller Ebene langsam -viel zu langsam- dahinter kommt, daß man von der Junta an der Nase herumgeführt wurde, ist es gerade jetzt sehr wichtig, sich der wichtigen Rolle des Protestes aus dem Ausland bewußt zu werden und den Widerstand, der gerade erst aufkeimt, mit allen Mitteln und auf allen Ebenen zu unterstützen.



„Tragödie“ in zwei Akten

Nachdem der Militärstaatsanwalt der Kriegsverurteilungskommandantur von Ankara und 5 seiner Mitarbeiter mehrere Monate gebraucht hatten, um die Anklageschrift für den Prozeß gegen Türkes und die MHP fertigzustellen, begann am 19.8.81 um 9.00 Uhr morgens der Prozeß gegen die faschistische Partei der Nationalistischen Bewegung und ihren Führer. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, Einzelheiten aus dem Prozeß und der Anklageschrift zu schildern, da dies an anderer Stelle (s. Türkei-Info Nr. 9) schon geschehen ist. Doch einige spektakuläre Vorgänge bedürfen der näheren Betrachtung. Am 14.10. wurde das Verfahren gegen Türkes und die übrigen führenden Kräfte der Partei abgetrennt von den anderen Verfahren gegen die MHP und deren Jugendorganisationen. Am 15.10. dann kam es zum Rücktritt der 2 Richter des Verfahrens.

Für alle Beteiligten (angeblich) überraschend verließen die Richter am Morgen des 14.10. ihren Beschluß, daß das Verfahren gegen Türkes und 300 weitere Parteiführer abgetrennt worden sei von den übrigen Verfahren. Es handelt sich dabei um 89 Angeklagte im Zusammenhang mit den Vorgängen in Adana, 21 Angeklagte aus Bafra, 87 aus Balikesir und Izmir, 21 aus Erzurum und 67 Angeklagte aus Istanbul. Als Begründung führten die Richter an, daß es gemäß dem geänderten Gesetz Nr. 1402 notwendig sei, die jeweiligen Verfahren vor Ort durchzuführen und dieses dazu diene, die Verwirklichung der Gerechtigkeit nicht zu behindern. Deshalb hätten sie gemäß Gesetz Nr. 353 Abschnitt 120 die o.g. Verfahren abgetrennt. Diese Prozedur führt natürlich dazu, daß sich der ganze Prozeß um mehrere Monate verlängern wird. Als erstes verlangten dann auch die MHP-Verteidiger eine Vertagung, da sie ihre Verteidigung auf der ursprünglichen Anklageschrift aufgebaut hätten und jetzt Zeit bräuchten, um sich auf die neue Situation einzustellen. Fragt man sich nach den Hintergründen für diese Entscheidung des Gerichts so findet man von hier aus nur schwerlich eine Antwort. Möglich wäre, daß die Richter einfach überlastet waren mit diesem riesigen Verfahren und sich so etwas schaffen wollten. Desweiteren ist es durchaus denkbar, die von der Verteidigung teilweise praktizierte Verzögerungstaktik angefangen mit der Beurlaubung von Türkes wegen Krankheit gleich zu Anfang des Prozesses, über den Antrag auf Absetzung eines Richters hier ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Nicht zu vernachlässigen ist auch eine mögliche Verunsicherung der

Richter. Jedoch sind dies alles nur mögliche Ursachen, für die keine stichhaltigen Beweise vorliegen. Im weiteren Verlauf des Verhandlungstages kam es dann während der Vernehmung von Türkes zu einer Auseinandersetzung mit dem Militärstaatsanwalt. Türkes hatte behauptet, daß die Anklage ohne Grundlage und mit marxistischer Logik vorbereitet worden sei. Auch sei in der Anklage der Lüge und Falschheit Vorschub geleistet worden. Nach diesen Worten protestierte der Militärstaatsanwalt: "Wir werden beleidigt. Er sagt Lügner." Nachdem Türkes dies korrigiert hatte mit den Worten, die Anklageschrift sei eine Lüge und nur Verdächtigung, forderte der Richter ihn auf, wie ein reifer Mensch, ernsthaft und langsamer zu reden. Es scheint, daß dieser 14.10. nur der Auftakt für die weiteren Ereignisse, die sich am 15.10. absolvierten, gewesen ist.

An diesem Verhandlungstag gab es zunächst eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Rechtsanwalt Islam und dem Militärstaatsanwalt Soyer. Anlaß hierfür war das Wort "mistahdem" (Angestellter, Diener) welches der Rechtsanwalt in Richtung auf die Staatsanwaltschaft gebraucht hatte. Nachdem Herr Soyer sich dagegen verwahrt hatte, daß man ihn oder seine Mitarbeiter mit diesem Wort belege erklärt Herr Islam, daß man ihn oder seine Mitarbeiter mit diesem Wort keine Beleidigung gemeint habe. Als er gemerkt habe, daß man es falsch aufgefaßt habe, habe er sich sofort korrigiert. Das ganze Theater bezog sich auf die Anklageschrift, die zwar von 6 Staatsanwälten vorbereitet, jedoch nur vom Militärstaatsanwalt der Kriegsverurteilungskommandantur Ankara, Herrn Soyer unterzeichnet worden. Der Rechtsanwalt wollte damit zum Ausdruck bringen, daß die übrigen Staatsanwälte wohl nur als Angestellte des Herrn Soyer zu sehen seien. Die lächerliche Quittung hierfür war dann die Verhaftung des Rechtsanwaltes. Nach dieser Vorstellung wurde dann eine Pause eingelegt. Bei Wiederbeginn der Verhandlung gab es dann die zweite große Überraschung im Prozeßverlauf. Die beiden Richter Vural Özenirler und Ali Fahir Kayacan traten zurück. Nachdem sie versichert hatten, im Laufe früherer Verfahren immer nach Recht und Gewissen geurteilt zu haben, erklärten sie, daß sie als Richter in diesem Verfahren nicht mehr überzeugt seien, den Vorsitz und die angemessene Beobachtung des Verfahrens durchführen könnten. Da dies für die Gerechtigkeit von Nachteil sei, würden sie zurücktreten. Diese Entscheidung wurde

von einigen Angeklagten mit Beifall begrüßt. Hier fragt man sich natürlich unweigerlich, was hinter den Kulissen abgelaufen ist. Wurden die Richter von außen, d.h. von hochstehenden MHP-Sympathisanten unter Druck gesetzt? Oder fühlten sie sich einfach außerstande die Verantwortung für dieses Verfahren weiterhin zu tragen? Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß unmittelbar nach dem Rücktritt der beiden Richter ein neues Gesetz in Kraft trat, das vorsieht, in Verfahren mit mehr als 200 Angeklagten ein 4-köpfiges Richtergremium einzusetzen. Nur eine Maßnahme zur Arbeitserleichterung oder Vorbeugung für den Fall, daß man auf die Entscheidungen von Richtern Einfluß nehmen will, indem man sie massiv unter Druck setzt. Erschwert wird dies auf jeden Fall, weil nie genau zu sagen ist, wie ein Beschluß von 4 Richtern zustande kam. Ob nun mit 3:1 Stimmen oder mit 4:0. Nachzutragen ist noch, daß die beiden Richter mittlerweile wider eingesetzt wurden, nachdem das militärische Revisionsgericht nach Sichtung der Akten dieses angeordnet hatte. Und auch der verhaftete Rechtsanwalt wurde wieder freigelassen.

Rien ne va plus!

Zunächst einmal kann man feststellen, daß dieser Prozeß gegen Türkes und seine MHP und damit gegen die gesamte zivile faschistische Bewegung von einem Grundwiderspruch gekennzeichnet ist, mit der die Junta nur sehr schwer bzw. überhaupt nicht zu Rande kommt. Das was die neuen Machthaber für sich in Anspruch nehmen, nämlich einen statt geordneten, diktatorischen Staat aufzubauen, können sie der MHP schlecht verkaufen, da diese eben dies als Grundlage ihrer Politik anführte. Es ist eine mißliche Situation sich selbst auf der Anklagebank zu sehen und im gleichen Augenblick als Richter aufzutreten. Im Laufe der langfristigen Vorbereitungen für den Putsch vom 12. September 1980 war die zivile faschistische Bewegung so weit gediehen, daß auch sie für eine Übernahme der Macht potentiell in Frage kam, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Zeitpunkt im September des letzten Jahres verfrüht gewesen

wäre. Aber bei Teilen des Großkapitals war durchaus eine Neigung vorhanden, die MHP als Bewahrer ihrer Interessen anzuerkennen und walten zu lassen. Nur haben wir es in der Türkei, und das zwingt uns auch die Vergangenheit, mit einer Form der Druchsetzung des Faschismus zu tun, die einer breiten Massenbewegung entgegensteht. Während z. B. im Deutschen Reich der Faschismus von unten her kommend den Staat für sich in Anspruch nahm verläuft dieser Prozeß in der Türkei genau umgekehrt.

Der Faschismus setzt sich von oben nach unten durch. Und genau dieses zeigte sich in der Machtübernahme des Militärs. Als Wegbereiter war die zivile Bewegung unablässig, doch mit dem Eingreifen des Militärs hatte sie jegliche Bedeutung verloren. Und diese Tatsache wird der MHP im Moment in ihrem Prozeß vor Augen geführt. Wenn auch die doppelte Rolle als Angeklagter und Richter schwer zu bewältigen ist (so hütet man sich tunlichst, der Öffentlichkeit Informationen zukommen zu lassen über die Infiltration der Armee durch MHP-Leute. Dies ist in der Anklageschrift durch Auslassungen in Form von drei Pünktchen zu erkennen wird doch beispielhaft am MHP-Prozeß eines klar: Die Junta baut ein völlig neues Gesellschaftssystem auf, daß in seiner Endform in nichts mehr dem alten ähnlich sein wird. Und bei dieser Aufbauarbeit läßt sie keine zivile Alternative zu Alles, was vorher einmal war, ist ad acta gelegt. We es wagen sollte, trotzdem in diesen Prozeß, wenn auch nur minimal einzugreifen, dem wird sofort mit härtesten Mitteln klar gemacht, daß "der Herr im Hause" die Junta ist. Es ist auch müßig, hier von "rechts" oder "links" zu sprechen. Das einzig zutreffende Wort ist "Tabula rasa" So hat die MHP einzusehen, daß ihr Spiel ausgespielt ist, ebenso wie Ecevit einzusehen hat, daß er die Finger von der Einmischung lassen soll und letztendlich wurde auch die Zeitung "Tercüman" durch das einwöchige Erscheinungsverbot eindeutig in die Schranken verwiesen. Die neue Mannschaft, vorläufig noch unter dem Namen "Beratende Versammlung" geführt, (allesamt sagen sie, daß sie keine Politiker sind!) wird in Zukunft das Recht haben, die neue türkische Gesellschaft zu verwalten. Man sagt, daß die Militärjunta schon jetzt angefangen hat, sich im Marienettenspiel zu üben!

Trotz jahrelanger politischer Zurückhaltung werden heute auch die Universitäten des Landes durch eine 'Säuberungskampagne' bedroht, der nach Meinung vieler fast alle Oppositionelle zum Opfer fallen werden.

Im Moment herrscht allerdings noch Ruhe, die Träger von Forschung und Lehre sowie die Studenten unterliegen keiner systematischen Verfolgung, indes ist die Stimmung an den Universitäten durch Angst und Zurückhaltung der Betroffenen gekennzeichnet. Denn zum einen fühlen sich alle, deren Spielraum durch die kommende Repressionswelle eingeschränkt werden wird, den Strategien der Behörden ohnmächtig ausgeliefert, da es nicht möglich sein wird, Widerstand dagegen zu organisieren. Zum anderen sind viele nicht mehr in der Lage, wissenschaftlich zu arbeiten oder Projekte und Seminare fortzuführen, sie halten ihre Suspendierung bereits für eine ausgemachte Sache. Befürchtungen, die nur allzu berechtigt sind, nimmt man erste Verhaftungen oder das jüngst verabschiedete Universitätsgesetz als Indizien dafür. Die wichtigsten Neuerungen dieser Gesetzesänderung sind:

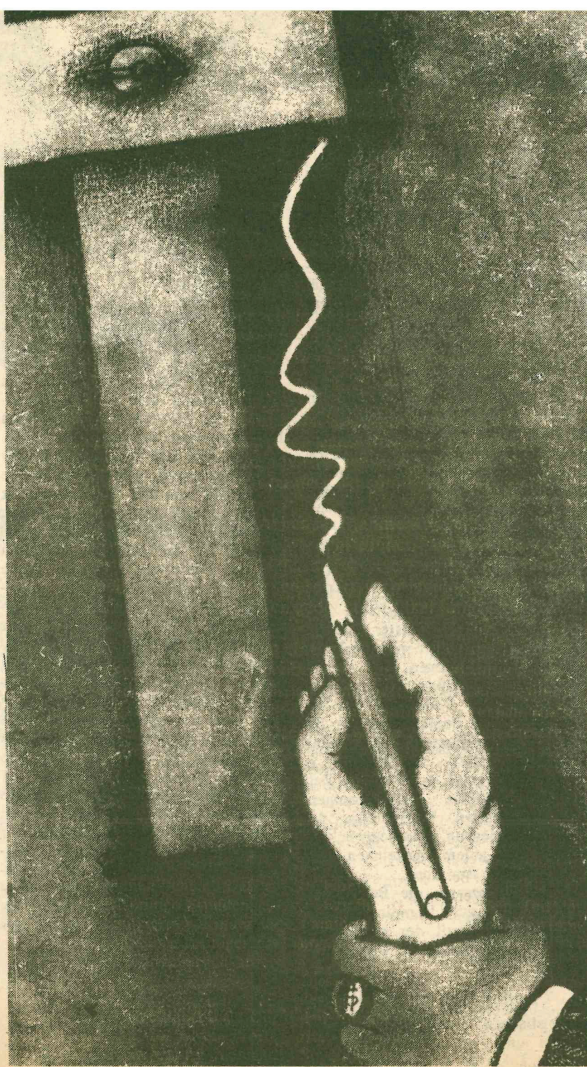
- Die Verwaltungsautonomie an den Universitäten wird aufgehoben (die wissenschaftliche Autonomie soll erhalten bleiben)
- Das Verwaltungsgremium einer Universität (Senat) wird zukünftig aus 26 Personen bestehen, die aus dem Lehr- und Verwaltungsbereich der Uni kommen. Es können auch 2 unfremde Personen in dieses Gremium gewählt werden. Nach einem Schlüssel von 8, 2, 8, 8 werden diese Vertreter von der Regierung, dem Generalstab, dem Staatspräsidenten und der Uni-Spitze ausgewählt.
- Die Rektoren werden vom Staatspräsidenten bestimmt, aus 4 Kandidaten
- Lehrkräfte und Studenten dürfen keinen politischen Parteien angehören.
- 1/5 der Studienkosten müssen von den Studenten bezahlt werden
- An den zentralen Aufnahmeprüfungen für die Unis dürfen sich die Studenten höchstens 3 mal beteiligen. (An den Unis der Türkei ist nur für jeweils 20 % der Bewerber Platz)

Die Reorganisation des gesamten Staatsapparates wird auf diese Weise auch von den Universitäten durch Zentralisierung sowie organisatorische und administrative Straffung nachvollzogen.

Bislang sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen die Militärbehörden gegen fortschrittliche Professoren vorgegangen sind.

In den Universitätsstädten Izmir und Adana eröffneten die Militärgerichtliche Prozesse gegen einige Lehrkräfte. Sie stehen unter der Anklage 'linke Ideologien' an den Unis gelehrt und sich aktiv in verschiedenen linken Organisationen betätigt zu haben.

Zwei Professoren der Middle East University in Ankara, der Politikwissenschaftler Alpaslan Isikli und der Ernährungswissenschaftler Nuri Osman, wurden einen Monat lang inhaftiert. Die Militärbehörden warfen ihnen vor, daß sie vor dem Putsch an



SITUATION DER UNIVERSITÄTEN

einer Konferenz der linken Gewerkschaftskonföderation DISK teilgenommen hätten. Auf dieser Tagung wurde über die Lebensbedingungen der Arbeiter in der Türkei diskutiert.

In vielen Universitäten treten Professoren und andere Angestellte, die früher offen mit den MHP Faschisten zusammengearbeitet hatten, als Spitzel auf und denunzierten Studenten und unliebsame Kollegen bei den Behörden. Daß es aber auch in diesem Metier Regeln gibt, deren Einhaltung verbindlich sind, zeigt ein Beispiel aus der Ankaraer Universität. Ein Professor, der früher mit den Grauen Wölfen sympathisierte, scheute nicht davor zurück, selbst konservative Kollegen bei der Uni-Spitze anzuschwärzen. Daraufhin beschloß der Senat, ihn für einen Monat aus

der Universität auszuschließen und ihm außerdem das Gehalt für diese Zeit zu streichen.

Ursachen, für die zu wenig Hoffnung Anlaß gebende Situation sind hingegen nicht nur in der gut funktionierenden Repressionsmaschine zu sehen, in diesem Zusammenhang stehen noch andere Punkte zur Diskussion.

Neben den repressiven Änderungen stehen aber noch andere Neuerungen ins Haus. So werden Lehrpläne geändert, gestrafft und nach fortschrittlichen Inhalten durchforstet, Curricula an den Unis, so die Befürchtung, sollen nach BRD- oder USA-Vorlagen verändert werden, nur wird die türkische Studentenschaft hinterher nicht in der Lage sein, eine offene Diskussion über die 'Taylorisierung' der Universitäten zu führen, realistisch wird wohl sein, daß sie stattdessen den Begriff Fachidiot in ihren Sprachschatz aufnehmen wird. Die oben angedeuteten Veränderungen sind längerfristige Vorhaben, über deren Chancen und Aussehen heute noch keine zuverlässigen Aussagen zu machen sind.

Vor dem 71er Putsch waren die Universitäten des Landes das Zentrum für politische Diskussion innerhalb der Linken. Impulse, die für die Theoriebildung der Bewegung wichtig waren, kamen aus diesem Rahmen. Diese, sich als antiimperialistische begreifende Bewegung, war damals auch in der Lage, neben den theoretischen Initiativen auch Perspektiven des Handelns aufzuzeigen,

mit der sich weite Teile der Bevölkerung identifizieren konnten. Mit Aktionen, die sich direkt gegen die Präsenz der USA in der Türkei richteten, konnte die Linke dem lange aufgestauten Antiamerikanismus in der Bevölkerung der Türkei z.T. eine politische Perspektive geben.

Indes, die Folgen des 71er Putsches bedeuteten erst einmal einen Bruch in dieser Entwicklung. Ein unmittelbares Ergebnis des Putsches waren Massenverhaftungen von linken Intellektuellen, die dem Uni-Spektrum zuzurechnen waren. Außerdem wurden fast alle linken Professoren entlassen. Nach diesem intellektuellen Aderlaß war es natürlich nicht einfach, an die Tradition von vor 71 anzuknüpfen, nachdem unter der Ecevit-Regierung in den darauffolgenden Jahren liberalere Maßstäbe auch für diesen Bereich gesetzt wurden. Zwar konnte die Linke in den Universitäten verlorengewonnenes Terrain zurückgewinnen, doch wurden diese Gewinne meist nicht offen-siv genutzt.

So war es beispielsweise nur in Einzelfällen möglich, eine Verbindung zur politischen Bewegung herzustellen, die sich in der Türkei während der letzten Jahre entwickelt hatte. Eines der wenigen Beispiele ist aus Izmir zu berichten, wo sich die Studenten aktiv am Kampf der Textilarbeiter gegen Militär und Polizei, die die besetzten Fabriken räumen wollten, beteiligten.

Viele Uni-Linke wurden durch das aggressive Auftreten faschistischer Studenten an die Wand gedrängt, da seitens der Linken nur in seltenen Fällen Widerstand gegen diese Übergriffe der Faschisten organisiert wurde. In der Hoffnung, daß die gerechte Sache quasi von alleine siegen würde, hatte man in einigen Fachbereichen wie z.B. im Erziehungswissenschaftlichen Bereich den Faschisten die Initiative des Handelns überlassen, was dann später fatale Folgen für die Linken an diesen Fachbereichen hatte. Man kann sagen, daß die Praxis der Linken mehr eine theoretische war als eine praktische.

Linke, die aus dem universitären Bereich kommend, Anschluß fanden an die Bewegung der Neuen Linken oder in Stadtteil und Widerstandskomitees mitarbeiteten, lösten sich sehr rasch aus ihren alten Zusammenhängen. Oft wurden gerade solche Leute zu Befürwortern militanter Strategien, mit denen sie in ihren alten Kreisen natürlich kein Gehör fanden.

So gingen von den Universitäten des Landes nicht mehr sehr viele Impulse für die Linke der Türkei aus.

Entsprechend den beschriebenen Ereignissen sehen heute die Mehrzahl der Studenten die Konsequenzen, die ihnen aus der erneuten Machtübernahme des Militärs 1980 entstanden sind, politische Abstinenz, verordnet von den neuen Herren in Oliv, ist so immer noch attraktiver, als andauernd faschistischen Anschlägen ausgeliefert zu sein. Viele Intellektuelle haben aber auch aufgrund ihrer Herkunft kein Interesse an Auseinandersetzungen um linke Politik und haben daher auch kein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Vorstellungen der Militärs nicht ganz so reibungslos über die Bühne gehen.

UEST türkei infodienst

DER TÜRKIE-INFODIENST
WILL VERSUCHEN,
TROTZ DER ZENSURIERTEN
UND MANGELHAFTEN
BERICHTE IN DER
TÜRKISCHEN PRESSE,
EIN BILD VON
DER LAGE DER
TÜRKIE WIEDERZUSPIEGELN!

ERSCHEINT
14-TÄGIG
SEIT APRIL '81

türkei infodienst

JAHRESABO
DM 30,-
(INKL. PORTO!)

ABONNEMENT

türkei infodienst

ZAHLUNGEN AN:
L. ULUSAL
HAMBURGER
SPARKASSE
BIZ: 200 505 50
KONTO: 1152/760 169

türkei infodienst

ROSTOCKERSTR. 4
2000 HAMBURG 1

Türkei-Solidarität am Ende?

Als am 12. September 1980 die Generäle in Ankara putschten, da war sofort klar, daß dies kein Putsch von 'links' sein konnte. Mit dem Putsch wurde zwar eine rechtslastige Regierung abgelöst, aber neben dem Verbot jeglicher demokratischer Betätigung begann sofort die Jagd auf alle Oppositionellen aus dem linken Lager. Vom ersten Moment an wurde unbarmherzig gegen engagierte Gewerkschafter, Kurden, Bewohner der Slumviertel und Vertreter der Befreiungsbewegung vorgegangen.

Wer aber dachte, dies sei eine ideale Voraussetzung für die spontane Bildung einer Solidaritätsbewegung im Ausland, der sah sich bald getäuscht. Nur mühsam entwickelte sich die Arbeit einer Reihe von Solidaritätskomitees in verschiedenen Städten der Bundesrepublik. In anderen Ländern, wo noch weniger an emigrierten Menschen aus der Türkei leben, blieben die Bemühungen für eine Kritik an der Militärdiktatur auch entsprechend unbedeutend.

In der Bundesrepublik darf der Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei, der um die Jahreswende in 10 Städten (und später zentral in Bonn) durchgeführt wurde, als Ausnahme betrachtet werden. Demokraten aus der Türkei und Westdeutschland konnten mit diesem letzten Mittel eines Protestes zum ersten Mal große Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei aufmerksam machen.

Aber schon bei der Rückkehr der bundesdeutschen Delegation, die auf Druck des Hungerstreiks in die Türkei entsendet worden war, wurde klar, daß für die Medien wieder die offiziellen Nachrichten von 'Terrorbekämpfung' und 'Demokratisierung' ausschlaggebend sein würden. Während die Bundesregierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien durch die Reise Anfang März gezeigt hatten, wie treu sie ihren Partner in der NATO, die Türkei unterstützen würden, bewiesen 1.000 Deutsche bei der Demonstration in Frankfurt am 14.3.1981 lediglich, daß nicht alle bundesdeutsche Bürger diese Meinung teilen. Die Teilnahme von jedoch nur 1.000 Deutschen unter den ca. 14.000 Demonstranten zeigte, daß auch in 'linken' Kreisen das Thema 'Türkei' nicht wichtig war.

Der Jahrestag des Putsches sah in Duisburg immerhin noch die gleiche Anzahl deutscher Kolleginnen und Kollegen auf der Straße, während die Opposition aus der Türkei fast die doppelte Anzahl an Teilnehmern (im Vergleich zu Frankfurt) auf die Beine gebracht hatte (25.000 - und das, obwohl die Spaltungen durch Komkar und FIDEF

zu zwei weiteren Demonstrationen geführt hatte). Die Solidarität westdeutscher Antifaschisten schien in einem halben Jahr eher ab- als zugenommen zu haben.

Woran liegt die Schwäche der Bewegung?

In einem Jahr Militärdiktatur hat sich in Bezug auf die Türkei nicht einmal ansatzweise eine Solidarität entwickelt, wie sie einst für Chile, aber auch für Vietnam, Nicaragua oder aber El Salvador zu beobachten war. Selbst der Widerstand gegen die Obristenjunta in Griechenland war einst wesentlich stärker.

Es gibt sicherlich viele Beobachtungen, die alle ihre Bedeutung für diese Schwächung haben. Erst zusammengekommen, liefern sie vielleicht eine Erklärung für die desolante Situation der Solidaritätsbewegung.

a) Der Putsch erfolgte unter der Federführung des Westens (Europa im Auftrag der USA)

Diese Aussage beinhaltet verschiedene Konsequenzen. Auf der einen Seite heißt es, daß sich die türkische Junta nicht einfach durch brutale Machtausübung präsentiert, sondern von den europäischen Nachbarn wertvolle Tipps erhält, ihr System nicht als barbarische Diktatur, sondern als ein Übergangsregime darzustellen. Auf der anderen Seite müssen natürlich diese Kreise (insbesondere die Sozialdemokraten in der BRD) wiederum der Junta ihre Anerkennung zollen. Dies hat nicht nur die Partei- und Gewerkschaftsführung von einer Solidarisierung mit dem Widerstand abgehalten, sondern auch an der Basis eine große Unsicherheit über den wahren Charakter der Junta ausgelöst.

Was darüber hinaus in der westdeutschen Linken zu beobachten war, ist auch nicht gerade der Solidarität dienlich gewesen. Die meisten Organisationen haben sich bei der praktischen Arbeit gar nicht erst blicken lassen. Andere wiederum sahen eine willkommene Gelegenheit, bei ihren innenpolitischen Themen nun Schützenhilfe von außen zu bekommen. Der Militärputsch und die blutige Unterdrückung jeglicher Kritik in der Türkei wurde dabei ausschließlich unter dem Aspekt der Beteiligung durch die Bundesregie-

rung propagiert. Der internationale Aspekt der Solidarität mit den Völkern der Welt ging dabei fast ganz verloren.

Neben den klar diktatorischen Maßnahmen liegen aber in der 'europäischen' Vorgehensweise der Junta noch weitere Hindernisse für einen durchschlagenden Protest. Der Ausnahmezustand in 20 Provinzen und der faschistische Terror im ganzen Land, die gesamte Situation vor dem Putsch, können wohl schlecht als demokratische Zustände beschrieben werden. Insofern hat der Putsch vom 12. September keine Demokratie entfernt, er hat lediglich den Ausnahmezustand auf 67 Provinzen ausgedehnt.

Die Abrechnung mit anderen Kapitalfraktionen (MSP) und Ausschaltung der potentiellen Herrschaftsalternative 'faschistische Partei' (MHP) hat in breiten Kreisen den Eindruck entstehen lassen, daß die Militärunterstützung gegen 'rechts' und 'links' gleichermaßen vorgeht. Hinzu kommt die Demagogie von der 'Rückkehr zur Demokratie', für die man um Verständnis wirbt, denn schließlich seien die Militärs ja jedes Mal wieder nach kurzer Zeit in die Kasernen zurückgegangen. Bewußt werden Einzelheiten der 'Demokratisierung' zurückgehalten, damit bei jedem Anzeichen von Verfassungsabstimmung, Wahl- oder Parteiengesetz die Beobachter den Schritt zur Demokratie entdecken und damit der Junta eine neue Legitimation verschaffen können.

Die Tatsache, daß es sich bei der faschistischen Militärunterstützung in der Türkei um eine von Europa gestützte Diktatur handelt, spielt also auch für die Mühen beim Aufbau einer Solidaritätsbewegung eine große Rolle. Militärische und wirtschaftliche Interessen des westlichen Bündnisses sind die entscheidenden Faktoren für eine Stützung der faschistischen Herrschaft. Nach dem Verlust des Iran und der sowjetischen Intervention in Afghanistan kann sich die NATO eine Schwächung ihres Vorpostens Türkei nicht leisten.

b) Verlierer mag man nicht

Der Militärputsch bedeutet in der Konsequenz einen harten Rückschlag für die Arbeiterbewegung und die Linke in der Türkei. Der Widerstand und jegliche Opposition gegen die Junta ist im Lande praktisch gebrochen. Solidarität heißt in einem solchen Fall, unumenschliche Behandlung und Bestrafung der Opposition auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Unterstützung der Angehör-

gen von politisch Verfolgten (Gefolgerten und Ermordeten) ist aber nicht das Gleiche wie die Unterstützung eines Befreiungskampfes, der kurz vor der Ergreifung der Macht steht.

Insofern fallen auch Sammlungen wie 'Waffen für El Salvador' anders als 'Spenden für die politischen Gefangenen in der Türkei'. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man die Solidarität mit den Antifaschisten in der Türkei vor und nach dem Putsch als einen Fehlstart bezeichnet. Solange wie der Widerstand in der Türkei anwuchs, gewann auch die Solidarität aus der Bundesrepublik mit dem Befreiungskampf an Stärke. Zur Zeit der derzeitigen totalen Verfolgung ist das Interesse praktisch auf den Nullpunkt gesunken. Auch die Chile-Solidarität mußte inzwischen feststellen, daß die erste Begeisterung für die Unidad Popular einer Resignation über die Macht der Militärdiktatur Platz gemacht hat. Obwohl in der Türkei keine Demokratie abgeschafft wurde, wurde auch hier eine Bewegung gestoppt, die drauf und dran war, die Machtfrage zu stellen. Euphorie ist hier also fehl am Platze. Anstelle einer 'der Kampf geht weiter' Euphorie sollte schon jetzt daran gegangen werden, nach langfristigen Perspektiven für eine solide Solidaritätsarbeit zu suchen. Dabei kann man davon ausgehen, daß eine militärische (kontrollierte) Herrschaft auf Jahre hinaus in der Türkei an der Macht sein wird.

c) Identifikation mit den Betroffenen ist fast unmöglich

In der Bundesrepublik leben inzwischen fast anderthalb Millionen Menschen aus der Türkei. Obwohl diese Menschen keinen gesellschaftlichen Querschnitt repräsentieren, existiert in der Bundesrepublik so etwas wie eine 'Türkei im Kleinform'. Das heißt, daß nicht nur geflüchtete Regimegegner sich hier aufhalten, sondern es gibt unter den Arbeitsemigranten ebenfalls eine große Anzahl von Anhängern der Militärs in Heimatland. Da die Militärs große Hoffnungen bei der Bevölkerung durch geschickte Propaganda gegen korrupte Politiker, bürgerkriegsähnliche Zustände und Wirtschaftschaos geweckt haben, teilen viele Türken nicht die Bedenken gegen die Tyrannei und unumenschliche Unterdrückung. Man trifft also auch in der Bundesrepublik viele Menschen aus der Türkei, die mit den dort herrschenden Verhältnissen zufrieden sind.

Diese Tatsache verunsichert viele Demokraten. Sie vermuten, daß doch alles nicht so schlimm sein kann, wenn die 'Jubeltürken' sogar auf die Straße gehen und ihre Verbundenheit mit der eigenen Armee bekunden. Wenn es demgegenüber aber zu Massendemonstrationen mit knapp 30.000 Gegnern des Regimes kommt, so bleibt das durch eine gezielte Pressekampagne von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt.

d) Es gibt zu viele Stimmen in einer Sache

Die Zersplitterung der Linken in der Türkei ist ein vielbeklagtes Phänomen (obwohl es nicht nur dort so ist). Die gleiche Zersplitterung ist auch im Ausland zu beobachten, wo sie teilweise sogar noch größere Ausmaße angenommen hat (einige Gruppierungen haben nur in der Bundesrepublik einen Agitationsboden und sind wie-

derum vielfach aufgesplittet). Nach dem Putsch ist außerdem für praktisch alle Gruppen das Ausland die einzige Überlebenschance, so daß auch völlig unbedeutende Gruppierungen nun ihre Stimme zu den Problemen der Türkei hier in Westdeutschland erheben. Die Bedingungen für eine Arbeit in der Emigration ist den meisten dieser noch recht jungen Strömungen völlig unbekannt. Da sie in der Bundesrepublik so etwas wie eine 'Klein-Türkei' finden, ändern sie häufig ihr Verhalten in keiner Weise und bewegen sich in weiterhin sektiererischer Weise, als ob sie Stadtteilarbeit in einer türkischen Mittelstadt machen würden.

So geht hier das Gruppen- und Konkurrenzdenken unvermindert weiter und häufig wird nicht unter den unpolitisierten Kreisen der Arbeitsemigranten agitiert, sondern man versucht, sich gegenseitig die Sympathisanten abzuwerben. Dazu werden die theoretischen und praktischen Bemühungen so angelegt, daß hier insbesondere 'erfolgreiche' Kontrahenten aus der 'linken' Szene zum Zielobjekt werden. Der eigentliche Feind, die Faschisten und regime-treuen Kräfte unter den Landsleuten können sich dabei einsins Füßchen lachen. Zunächst hat natürlich jede Gruppierung das Recht auf eigene Initiativen, deutschsprachige Publikationen und dergleichen mehr. Aber wenn diese Aktivitäten nur dazu dienen, etwas Erfolgreiches der anderen Gruppen zu kopieren, bzw. Initiativen von anderer Seite zu untergraben, dann wird klar, wie schädlich eine solche Konkurrenz für den dauerhaften Erfolg einer Arbeit im Ausland ist.

Die Tatsache, daß sich inzwischen jede Gruppierung eine eigene Solidaritätsstruktur gegeben hat (von Freiheit für...über Solidarität mit... bis zu Türkei-Kurdistan Solidarität) ist für das deutsche Publikum nicht nur verwirrend, sondern direkt demobilisierend, weil alle Demokraten, die diese Vielfalt nicht gleich einordnen können, eher von der Arbeit lassen, als sich auf eine solche Auseinandersetzung einzulassen.

Verantwortlich für diesen Gruppenegoismus ist nicht nur die Zerstreuung und die dementsprechenden Behinderungen unter den Linken aus der Türkei. Den meisten Gruppen fehlt eine Gesamtperspektive innerhalb und für die Arbeit im Ausland. So wie Aktivitäten im Heimatland von einigen Gruppen nur wegen ihrer Werbewirksamkeit (Schlagzeile in der Boulevardpresse) gemacht wurden und nicht den Nutzeffekt für weiterführende Ziele im Auge hatten, so wird hier eine gut aufgemachte Zeitung, eine hohe Anzahl von Flugblättern, Unterschriften, Besetzung eines Konsulates, Prügel für die Faschisten usw. als Beweis der eigenen Stärke und darüber hinaus als Bestätigung der eigenen Linie genommen. Die Zusammenarbeit mit deutschen Demokraten geschieht dann nur in dem Grade, wie man von dem Gegenüber einen Nutzen für die eigene Organisation herausziehen kann. Dies gilt sowohl für die 'Prominenten', die eine solidarische Unterschrift leisten sollen, wie für die aktiven Antifaschisten, die vor Ort eine Solidaritätsarbeit leisten wollen. Sobald sich in einer Initiative ein solches Gefühl durchsetzt, ist die Beteiligung von Deutschen meistens sehr schnell in Frage gestellt.

Das mag bei Organisationen mit Bruder- oder Schwesterparteien kaum ein Problem sein, da man hier ja sowieso nur die gleiche Linie unterstützt. Das Problem der umfassenden Solidaritätsbewegung wird sich hier erst gar nicht stellen.

Fortsetzung nächste Seite

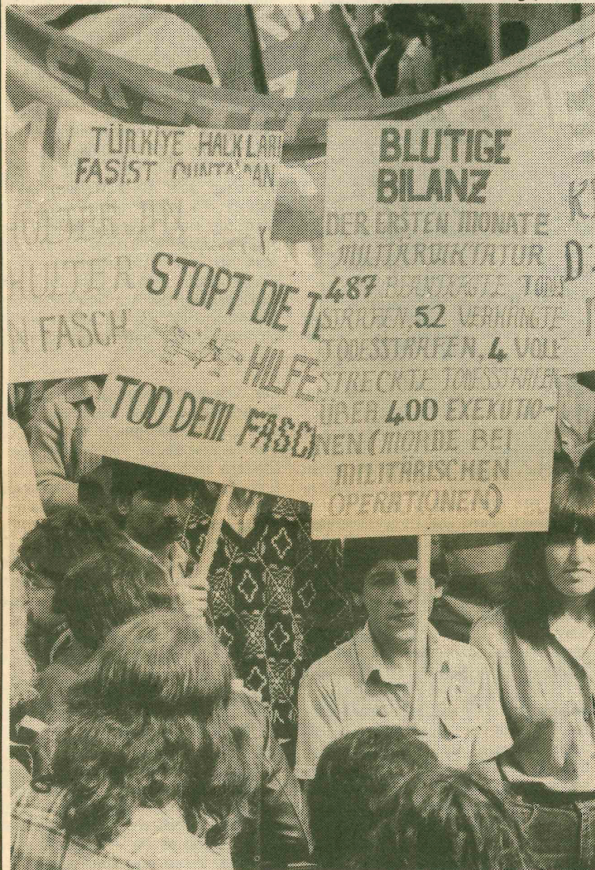




Sydney (Australien)

Proteste am 1. Jahr des faschistischen Putsches

Duisburg (BRD)



Bundesrepublik Deutschland

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik fanden Informationsabende, Veranstaltungen. In Hamburg nahmen 500 Menschen bei einer Protestveranstaltung teil. Die Veranstaltungen waren mit Kulturbeiträgen, Folklore, Sängern Melike Demirag, Fuat Saka und Ufuk Adali. Am 4.9.81 fand in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung mit Völkern der Türkei, El Salvador, Chile statt.

Die Amnesty International veranstaltete in verschiedenen Städten Mahnwachen vor türkischen Konsulaten. Es fanden 3 Demonstrationen, in Duisburg, Köln und Dortmund. Die breiteste Beteiligung nahm in Duisburg teil. Zwischen 20 000 bis 30 000 Menschen protestierten gegen die faschistische Junta. In Köln protestierten 1500 Menschen (Kornkar, Iscinin Sesi, Kuk u.a.) und in Dortmund 3500 Menschen (Fidef, TIP, TSIP u.a.)

ENGLAND: Am 5./6. September fanden Veranstaltungen und Demonstrationen in Städten Oxford, Liverpool, Edinburg, Öradford, Lancaster und Leed. Am 11.09.81 Protestkundgebungen vor Konsulaten der Türkei und Chile. Am 12.09.81 war die Demonstration in London. Diese Aktivitäten werden durch Turkey Solidarity Campaigne geführt. Bei der Demonstration hielten die Arbeiterpartei und Gewerkschaftsverband (TUC) eine Rede.

ÖSTERREICH: Zwischen 5./12. September fand Hungerstreik in Wien. Anschließend war eine Demonstration in Wien.

DÄNEMARK: In Kopenhagen, Århus und Odense waren Veranstaltungen und Demonstrationen.

SCHWEIZ: Veranstaltungen in Basel und Genf. 1500 Personen protestierten in Zürich.

FRANKREICH: Veranstaltungen in Paris, Straßburg und eine Demo in Paris.

HOLLAND: Eine gemeinsame Demonstration.

Außerdem fanden verschiedene Kultur- und Protestveranstaltungen, Kundgebung und Demonstrationen in Oslo (N), Stockholm (S), Brüssel (B), Milano (I), San Francisco (USA), Sydney, Athen und Saloniki statt.

Einen vollkommenen anderen Ansatz verfolgen die örtlichen Türkei-Solidaritätskomitees, die sich in mehr als 20 Städten der Bundesrepublik gebildet haben. Leider ist es vielerorts nur die Organisation 'Devrimci Yol', die sich aktiv an der Arbeit beteiligt, ohne dabei irgendwelche Ansprüche auf die Führung zu stellen. Im Vordergrund stand auch stets die konkrete Arbeit und nicht irgendeine Propaganda für die Organisationen, die an diesen Komitees beteiligt sind. Bei den sporadischen Besuchen von Vertretern anderer Gruppierungen aus der Türkei wird stets der Versuch gemacht, Grundsatzdiskussionen über die Arbeit von vorne zu beginnen.

In einigen Komitees hat das dazu geführt, daß nun die einzige Organisation aus der Türkei, die ununterbrochen an der Arbeit beteiligt ist, für diesen Mangel verantwortlich gemacht wird. Anstatt, daß das Problem der beschränkten Mitarbeit grundsätzlich diskutiert wird, werden nur die Anhänger von DEV-YOL dafür verantwortlich gemacht, daß sich andere Organisationen nicht beteiligen und sogar eine Gegenpropaganda dahingehend betrieben, daß diese Komitees sowieso alle von DEV-YOL gesteuert werden.

Übersehen wird dabei, daß viel eher programmatische Unterschiede der Grund für die mangelnde Mitarbeit sind. Viele Gruppen achten immer und überall darauf, daß sie die Initiative in der Hand behalten und trauen sich daher nur zentral angeleitete Aktivitäten zu. Da sie in den Türkei-Komitees in der örtlichen Arbeit eine Konkurrenz entdecken, werden alle nur möglichen Vorwürfe dazu benutzt, diese Arbeit zu unterminieren. Im besten Falle tauchen dann noch Vertreter anderer Strömungen auf, wenn sie mit ihren Sympathisanten eine besondere Aktivität an dem Ort machen wollen und dafür die Unterstützung durch das jeweilige Komitee ihnen nützlich erscheint.

Noch wieder andere politische Gruppierungen ignorieren die Arbeit vor Ort gänzlich und versuchen durch die Betonung von einseitigen Elementen einen Weg zu finden, wie man bestimmte Kreise ansprechen kann. Die geforderten Todesstrafen gegen 52 DISK-Gewerkschaftler sind zwar ein gutes Argument, um Solidarität aus gewerkschaftlichen Kreisen zu fordern, aber dabei sollte man nicht verschweigen, daß noch für weitere 2.500 Menschen die Todesstrafe gefordert wird.

Welchen Ausweg gibt es?

Nach all den beschriebenen Fakten könnte man resigniert das Handtuch werfen, wie es viele gutwillige Freunde schon getan haben. Man könnte aber auch verbissen nach neuen Aktionsformen Ausschau halten, um doch noch neue Kreise anzusprechen. Weder Passivität noch sprühende Aktivität (Aktionismus) dürfen aber momentan die Konsequenz aus der abflauenden Solidaritätsbewegung sein. Für die Engagierten in dieser Bewegung geht es jetzt darum, die Arbeit unter einer langfristigen Perspektive anzugehen. Sie können sich dabei von folgenden Erkenntnissen leiten lassen:

a) Die Gewaltherrschaft in der Türkei wird auf Jahre hinaus fortbestehen

b) die von den Generälen geplante 'Demokratie' dient der Absicherung faschistischer Machtausübung

c) die Opposition kann sich nicht mit der Zusage von formalen Grundrechten und -freiheiten zufriedengeben. Ziel ist die Errichtung der Volksherrschaft

d) der Kampf muß langfristig in einer Widerstandsfront organisiert werden.

Einigung der Östlichen westlichen noch organisatorisch vernünftig koordinierten Solidaritätsbewegung dienen. Eine solche Diskussion würde bedeuten, daß man sich in nächster Zeit weg von praktischer Arbeit mehr auf einen theoretischen Aufbau konzentrieren würde. Natürlich wird die konkrete Solidarität weitergehen; sie darf sich aber nicht mit der Aneinanderreihung von Kampagnen erschöpfen.

Im internationalistischen Rahmen geht es weiterhin nicht nur um die Einschätzung der weiteren Entwicklung in der Türkei. Die internationalen Verflechtungen, die Rolle Europas und der BRD, Bedeutung der Türkei im Nahen Osten und innerhalb der NATO sind mindestens ebenso wichtig, wenn man die Solidaritätsbewegung auf ausdauernde Ziele ausrichten will. Die Thematik 'Militärdiktatur und NATO' gewinnt insbesondere innerhalb der Friedensbewegung eine große Bedeutung. Bisher wurde dieser Punkt immer sehr oberflächlich und pauschal abgehandelt. Exakte Auswertung aller erreichbaren Daten gehört zur Vorbereitung und Vorbedingung einer aufklärerischen Arbeit zu diesem Komplex.

Verbal wurde von den Komitees auch immer der Einsatz für die demokratischen Rechte der in der BRD beschäftigten Ausländer propagiert. Bis auf punktuelle Einsätze (Kampagne gegen Ausweisung, Kritik der Studienbegrenzungen) wurde dieses Thema aber sträflich vernachlässigt. Die Tatsache, daß sich eben auch die Menschen aus einem Land unter Generalstiefeln hier aufhalten und auf der sozial untersten Stufe ihr Dasein fristen, bedingt den besonderen Einsatz für diese Minderheit.

Ansatzpunkte für eine solche Arbeit gibt es genug (Asylproblem, Kriminalisierung der Demokraten, Ausländerfeindlichkeit). Hier sind auch die Verbindungspunkte zwischen den Problemen der Türkei und denen in der BRD. Sowohl gewerkschaftliche aber auch andere demokratische Kreise sind hieran besonders interessiert. Aber ein umfassendes Konzept ist bisher noch nicht entwickelt worden.

Solange wie es in der Türkei keine Möglichkeiten für einen Widerstand gibt (Zerschlagung der Opposition) wird auch die Solidaritätsbewegung auf kleiner Flamme kochen müssen. Sie hat aber die Chance, den Neuaufbau aktiv mitzuverfolgen und so - wenigstens teilweise - eine Befreiungsbewegung gegen einen Polizei- und Soldatenstaat zu unterstützen. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß in der nächsten Zeit an einer Perspektive zu arbeiten sein wird, die hauptsächlich um drei Problemfelder kreist:

- Eroberung der Macht in der Türkei
- Stellung der Türkei im internationalen Rahmen (NATO, Nahost, Europa)
- Situation der Arbeitseingewanderten

Es kommen aber noch zusätzliche Konsequenzen dazu, die man sich verdeutlichen muß, wenn man nicht allzu schnell über die Arbeit enttäuscht sein will.

a) Die Komitee-Mitglieder müssen Stellung beziehen

Alle an der Solidaritätsarbeit beteiligten Deutschen haben berechtigterweise die Vorstellung, für den Widerstand in der Türkei allgemein - und nicht für eine einzelne Organisation - etwas zu unternehmen. Aus diesem Grund sollte in den Komitees natürlich die Gesprächsbereitschaft mit allen Gruppierungen offengehalten werden. Das darf aber nicht dazu führen, daß bei jeder neuen Sitzung immer aufs Neue die Grundlagen der Arbeit diskutiert werden, nur weil eine zufällig erschiene Fraktion die Mitarbeit von konkreten Forderungen abhängig macht.

gearbeitete Programmatik (wie sie zum Beispiel für die Duisburger Demo existiert hat) ist nicht beliebig durch neue Bedingungen zu erweitern. Die entscheidende Frage ist immer, ob bestimmte Richtungen ihre Gruppeninteressen für die konkrete Arbeit vor Ort zurückstellen können und wollen oder nicht. Solange wie unter den verschiedenen Gruppierungen keine weitergehende Einigung erzielt wird, haben auch die Komitees keine andere Wahl, als sich für eine Seite zu entscheiden. Wenn dabei der Ansatz einer Vorbedingungslosen Unterstützung jeglichen Widerstand nur von 1,2 Gruppen vertreten wird, so muß die Arbeit eben mit ihnen geführt werden.

b) Die Einigung der Linken aus der Türkei werden nicht die Deutschen vollbringen

Die Diskussion der Einheitsfrage wird auch in nächster Zeit weiterhin die Solidaritätsbewegung beschäftigen. Für Außenstehende ist es dabei ein Leichtes der Linken aus der Türkei den Zeigefinger vorzuhalten und sie 'moralisch' zu einer sofortigen Einigung aufzufordern. Das Treffen am 25.10.81 in Köln zeigte ein solches Verhalten bei einigen Deutschen, die völlig unrealistisch Auflösung ämtlicher Komitees und Zeitungen forderten, um alles unter einem Hut zu vereinigen. Eine solche 'Vaterrolle' steht niemandem aus der westdeutschen Linken zu. Nicht nur, weil innerhalb der westdeutschen Linken ähnliche Probleme bestehen, auch weil niemand der Deutschen die konkreten Schwierigkeiten im Heimatland hier beseitigen kann.

Wir halten es aber für notwendig und nützlich, wenn sich auch die deutschen Freunde an dieser Diskussion beteiligen. Ihre Ansichten können durchaus die Diskussion bereichern, aber die Überlegungen sollten sich doch nicht auf der Ebene von 'klugen Ratschlägen' bewegen. Zunächst einmal müssen die Entwicklungen (auch in der Türkei) aufmerksam verfolgt werden (vgl. hierzu den Artikel über die Situation der Linken). Es geht aber nicht nur um den Aufbau einer Widerstandsfront in der Türkei, sondern auch um den Abbau von Konkurrenzverhalten im Ausland. An beiden Punkten sind derzeit positive Tendenzen zu erkennen. Selbst hier im Ausland bezeichnen sich ursprünglich verfeindete Organisationen nun als Antifaschisten.

Das führt natürlich nicht automatisch zu einer Einigung. Noch ist nicht das Vertrauen in die 'Konkurrenz' gewachsen, so daß noch viele kleine Schritte, wie gemeinsame Aktionen, dazu gehören, um diese neue Entwicklung auch dauerhaft zu machen. Ein solches Vertrauen wird um so schneller erreicht, wenn die beteiligten Deutschen durch ihr Vertrauen (das hoffentlich nicht einseitig ist) hier helfen, bestimmte Schranken abzubauen.

Nur kann diese Aufgabe nicht, wie gesagt, stellvertretend elöst werden. Die Erfolgsaussichten für eine Vereinigung der Kräfte im Ausland hängen ganz entschieden von der Entwicklung im Heimatland ab. Sollte es dort zu einer breiten Widerstandsfront kommen (einige Anzeichen sprechen dafür), so ist die Identifizierung im Ausland erleichtert; die Befreiungsbewegung kann dann mit einer Stimme sprechen und ein gemeinsames Handeln im Exil ist erleichtert.

Bis dahin fällt der Solidaritätsbewegung aber keine Beobachterrolle zu. Schon jetzt gilt es, die Fragen zu diskutieren, welche Perspektive die Arbeit im Ausland mit den besonderen Bedingungen der Arbeitseingewanderten haben kann. Die vielgepriesene internationale Solidarität ist als Parole eben kein fertiges Rezept, sondern muß mit Inhalt gefüllt werden.

Ein Grundrecht wird zu Grabe getragen

Als erstes Bundesland begann Baden-Württemberg 1980 mit der Internierung von Asylbewerbern in sogenannte "Sammelunterkünfte für Asylbewerber", kurz und treffender "Asylbewerberlager" genannt. Dieser Erlaß der Landesregierung vom 28.7.1980 zielt auf die Verwirklichung der menschenverachtenden Maßnahmen, die bereits Anfang 1980 von den CDU/CSU-regierten Bundesländern gefordert wurden, auf Bundesebene jedoch zum Glück nicht durchgesetzt werden konnten. Der Erlaß sieht folgendermaßen aus:

Alle politischen Flüchtlinge, die nach dem 15.9.1980 Asyl beantragen, werden in Lagern untergebracht. Und das unabhängig davon, ob ein Erstantrag vorliegt, ein Wiederaufnahmeverfahren oder ein erneutes Asylverfahren und auch unabhängig davon, wie lange vor dem 15.9.1980 sich der/die Asylsuchende schon in der BRD aufhielt, ob er/sie Familienangehörige, Wohnung oder Arbeit hat. Lager wurden bisher eingerichtet in Karlsruhe (mit 840 Plätzen), das gleichzeitig die zentrale Sammelstelle darstellt, in Donau-Eschingen (mit 750 Plätzen), in Göppingen (400 Plätze), in Rastatt (400 Plätze), in Tübingen (600-700 Plätze), in Horb/Neckar (230 Plätze) und in Konstanz (200 Plätze). Die Lager befinden sich zum großen Teil in ehemaligen Kasernen oder Lazaretten und sind in unterschiedlich schlechtem baulichen Zustand.

Am 28.9.1981 begann im Lager Horb ein Hungerstreik von 11 asylsuchenden Frauen und 7 Männern verschiedener Nationalität, der a) die näheren Einzelheiten des Innenminister-Erlasses und b) Hintergründe des Lagerlebens ins Licht der Öffentlichkeit rückte:

- a) 1. Den Asylbewerbern ist es für die Dauer ihres Verfahrens untersagt, Arbeit aufzunehmen.
2. Die Asylbewerber dürfen den Landkreis, in welchem sich das Lager befindet, nicht bzw. nur mit einer entsprechenden Erlaubnis verlassen. Das gilt z.B. auch für Arztbesuche.
3. Die Asylbewerber bekommen sämtliche Sozialleistungen in Form von Naturalien. Selbstverpflegung ist nicht vorgesehen. Im Sommer und Winter werden Kleidergutscheine für die nötigste Kleidung ausgegeben, deren Einlösung ein Angestellter der Lagerverwaltung überwacht.
4. Die Asylbewerber erhalten ein Taschengeld von DM 85,- pro Monat, von dem der gesamte persönliche Bedarf bestritten werden muß, zusätzlich DM 5,- bis DM 10,- für jedes Kind, je nach Alter.

Merkblatt für Asylbewerber in Baden-Württemberg Von den zuständigen Behörden wird in Zukunft wie folgt verfahren:

In Baden-Württemberg sind neue Regelungen für Asylbewerber eingeführt worden. Mit diesen Regelungen soll einer Aushöhlung des Asylrechts, durch mißbräuchliche Asylanträge vorgebeugt und dem wirklich politisch Verfolgten die Gewähr gegeben werden, daß sein Fall so schnell wie möglich mit der Anerkennung als Asylberechtigter abgeschlossen werden kann. Von den zuständigen Behörden wird in Zukunft wie folgt verfahren:

1. Alle Asylbewerber, die sich in Baden-Württemberg melden, werden ab sofort über die Zentrale Anlaufstelle in Karlsruhe geleitet und in Sammelunterkünften untergebracht. In diesen Unterkünften müssen sie sich bis zum Abschluß des Verfahrens aufhalten. Damit wird eine wesentliche Beschleunigung des Asylverfahrens ermöglicht. Bei echter politischer Verfolgung wird somit innerhalb kurzer Zeit die Asylberechtigung zuerkannt werden können.
 2. Von den zuständigen Behörden wird den Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme untersagt. Da bei echter politischer Verfolgung die Verfahren wesentlich abgekürzt werden können, wird in Baden-Württemberg in Zukunft die Arbeitsaufnahme für die gesamte Dauer des Asylverfahrens untersagt.
 3. Die Asylbewerber erhalten in den Sammelunterkünften Gemeinschaftsverpflegung. Auch der sonstige Lebensbedarf wird so weit wie möglich durch Sachleistungen gedeckt. Geldzahlungen zur Bestreitung des Unterhalts werden nicht mehr gewährt.
- Der Unterhalt und die Unterbringung von Asylbewerbern stellen eine erhebliche Belastung für das Land Baden-Württemberg dar. Es wird daher erwartet, daß die Asylbewerber den Anordnungen der zuständigen Behörde nachkommen. Wenn Anordnungen der Behörden nicht befolgt werden, bringt der Asylbewerber sich selbst in Schwierigkeiten und zeigt damit, daß eine echte politische Verfolgung offensichtlich nicht vorliegt, sondern daß er mit seinem Antrag asylfremde Zwecke verfolgt. In diesen Fällen wird die Abschiebung in das Herkunftsland angedroht werden.

b) 1. Obwohl es eine Vereinbarung zwischen dem Land und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände gibt, die besagt, daß höchstens 200 Personen pro Lager aufgenommen werden, die möglichst der gleichen ethnischen Gruppe oder aber zumindest der gleichen Religion angehören, sind im Lager Horb 102 Personen aus 10 verschiedenen Nationen und 3 verschiedenen Religionen untergebracht. Der Großteil der Lagerbewohner sind Frauen und Kinder.

2. In jedem Flur wohnen 4 Familien, pro Familie ist ein Zimmer vorgesehen. So wohnt z.B. eine Frau mit ihren 4 kleinen Kindern in einem Zimmer von ca. 16 qm mit spärlicher Einrichtung.

3. Die Familien dürfen nur für ihre Kleinkinder Speisen selber vorbereiten. Ansonsten sind sie auf das Essen der Lagerküche angewiesen, das zu sehr absonderlichen Zeiten ausgegeben wird: Frühstück um 7.30 Uhr, Abendessen um 16.30.

4. Die Kinder der Asylbewerber gehen zwar in die Schulen der Umgebung, erhalten aber keinerlei zusätzliche Sprachförderung oder ein Zeugnis am Ende des Schuljahres. Für die Kleinkinder (dies ist die Mehrzahl aller Kinder) gibt es zwar einen lagereigenen Kindergarten, dem allerdings die hauptamtlich beschäftigten Erzieherinnen fehlen. Daß er trotzdem täglich einige Stunden geöffnet ist, verdanken die Kinder lediglich dem Engagement einiger Erzieherinnen, die ehrenamtlich arbeiten.

5. Besuche im Lager sind bis 22 Uhr erlaubt. Ab 23 Uhr ist die Pforte verschlossen, danach kann niemand mehr rein oder raus. Die Ehemänner der Asylbewerberinnen dürfen zwar am Wochenende zu Besuch kommen, jedoch nicht im Lager übernachten. Das bedeutet, daß viele außer den Anreisekosten (sie kommen oft aus Orten in 300-450 km Entfernung) zusätzlich noch Hotelunterbringung zahlen müssen.

6. Für die Asylbewerber gibt es keinerlei Beschäftigungsmöglichkeiten im Lager, geschweige denn Deutschunterricht o.ä.

7. Die Asylbewerber erhalten in der Regel maximal 3 Tage Urlaub pro Monat. Wird diese Frist überzogen, werden die Leute mit Polizeigewalt ins Lager zurückgebracht und haben eine erhebliche Geldstrafe zu zahlen.

8. Familienzusammenzug für die Familien, bei denen ein Teil der Familie außerhalb des Lagers Wohnung und Arbeit hat.

Diese Forderungen wurden der Landesregierung gegenüber sowohl von den Kirchen als vom betreuenden Caritas-Verband entschieden vertreten. So fand z.B. ein Gespräch zwischen dem Weihbischof von Rottenburg und Vertretern des Landesinnenministeriums statt. Die Hungerstreikenden erhielten sowohl von der Horber Bevölkerung als auch von bundesweit organisierten deutschen und ausländischen Initiativen und Organisationen Unterstützung. Am Ende der Verhandlungen stand die Zusage der Landesregierung, in den kommenden vier Wochen jeden Einzelfall zu prüfen und nach Ablauf dieser Frist zu entscheiden. Über die Essensforderung wollte die Landesregierung erst nach Abbruch des Hungerstreiks reden. Daraufhin brachen die Asylbewerber am 6.10.81 ihren Hungerstreik ab, bekräftigten aber gleichzeitig, daß der Hungerstreik nach 4 Wochen wieder aufgenommen werde, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden.

Vier Wochen sind um, und was bei der Überprüfung durch die Landesregierung herauskam, ist ein fauler Kompromiß: es wurden landesweit alle Lager überprüft und insgesamt 20 Familien als Härtefälle anerkannt. In Horb sind es nur 10 der insgesamt 41 Frauen, deren Männer Arbeit und Wohnung nachweisen können, die als

Härtefälle anerkannt werden. Diese Anerkennung ist aber gebunden an die 12 qm-Regelung, die besagt, daß pro Person 12 qm Wohnraum zur Verfügung stehen muß. Erfüllt eine Wohnung diese Voraussetzungen nicht, gibt es auch keine Anerkennung als Härtefall. (Man vergleiche: Im Lager stehen eine Familie mit 4 Kindern insgesamt 16 qm zur Verfügung!).

Bezüglich der Essensregelung fand man auch einen Kompromiß: "mit Abstrichen" dürfen die Asylbewerber in einer Gemeinschaftsküche mit ihnen zur Verfügung gestellten Lebensmitteln und Gewürzen kochen. Liefert eine Großküche das Essen, besteht die Möglichkeit, deren Speiseplan mitzugestalten und mit entsprechenden Gewürzen den Geschmack zu verfeinern. Aber auch diese Lösung ist fatal: die Geschmäcker von 10 unterschiedlichen Nationen unter einen Speiseplan zu bringen, ist kaum möglich.

Die gemachten Zugeständnisse sind also wieder nur Halbeheiten, die zudem noch dazu führen, Streitereien zwischen den Asylbewerbern anzuzetteln. Es wurde nichts unternommen, um eine Gleichbehandlung aller Asylbewerber zu erzielen, dazu hätte man die sog. "Stichtagsregelung" in Frage stellen müssen. Und die Stichtagsregelung, die ein sehr bequemes Instrument ist, um die Asylbewerber abzuschrecken, darf natürlich nicht wanken.

Die Internierungspraxis des Landes Baden-Württemberg verstößt nicht nur gegen die genfer Konvention zur Rechtsstellung von Flüchtlingen, sondern auch gegen das Zusatzprotokoll Nr. IV der Europäischen Menschenrechtskonvention. "Abschreckung durch Internierung" und "Einschüchterung durch Abschiebungsandrohung" (s. dazu nebenstehendes Merkblatt für Asylbewerber) heißt die Parole, die sich nun auch andere Bundesländer zu eigen machen. In Hessen ist das Sammelager Eschborn fertig und bereits bezogen, weitere werden in anderen Bundesländern entstehen. Wo, so fragen sich mittlerweile nicht nur Asylbewerber, bleibt die Idee des Grundrechts auf politisches Asyl? Wollte das Grundgesetz — damals, in Deutschlands brauner Vergangenheit, nicht "sicherstellen, daß die BRD sich gegenüber künftigen Asylbewerbern nicht schlechter benähme, als es die Aufnahmeländer seinerzeit ihnen gegenüber getan hatten"? Das Asylrecht des Grundgesetzes ist, wie Bundesinnenminister Baum gesagt hat, ein Stück Wiedergutmachung — an denen, die es heute angeht. Ein Land, das sich um die Mitte dieses Jahrhunderts als Vertreter von politisch Andersdenkenden und rassistisch Unliebsamen hervorgetan hat, wollte mit seinem Grundgesetz neue Maßstäbe internationaler Humanität setzen." (DIE ZEIT, 11.7.1980).

Impressum

türkei-information
Rosockerstr. 4
2 Hamburg I

V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Rosockerstr. 4
2 Hamburg I

Auflage: 10.000
Erscheinungsdatum: 20.11.81

Kurden im Hungerstreik

Aus Protest gegen Folter und Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan sind am 2.11.81 in Frankfurt, ESG, Lessingstraße 2, Tel.: 0611/729061 23 KOMKAR-Mitglieder in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Hungerstreikenden fordern:

1. Keine Wirtschafts- und Militärhilfe durch die Bundesrepublik an die Türkei.
2. Entsendung einer unabhängigen Beobachterkommission nach Türkisch-Kurdistan. Ihr sollen Personen angehören, die in der Öffentlichkeit als demokratische Persönlichkeiten anerkannt sind.
3. Anhörung von betroffenen Kur-

den vor dem Europarat und die Möglichkeit, daß Mitglieder der Kommission dort berichten.

4. 15 Minuten Sendezeit im Fernsehen.
5. Der Bundestag soll eine Fragestunde zu Menschenrechtsverletzungen in Türkisch-Kurdistan durchführen.
6. Anerkennung von asylsuchenden politisch verfolgten Kurden.
7. Mitgliedern der internationalen Juristenorganisationen sollen die Möglichkeit haben, den Prozessen gegen Kurden beizuwohnen.

2.500 protestieren gegen Ausländerfeindlichkeit

Am Samstag 24. Oktober demonstrierten in Stuttgart rund 2.500 Menschen gegen die Politik der Baden-Württembergischen Landesregierung, die für ausländische Arbeiter ein Zusammenleben mit der eigenen Familie immer mehr erschwert. So arbeitet ein Kurde schon längere Zeit in der Nähe von Esslingen. Er hatte sich eine Drei-Zimmer-Wohnung gemietet, um auch Frau und Kinder aus der Türkei nachkommen zu lassen. Doch nach den neuen Richtlinien der Landesregierung ist das nicht mehr zulässig. Wo wurden seine Frau und seine Kinder in das Asylantenlager Horb gesteckt. Der Frau und den Kindern ist es verboten, Horb zu

verlassen, der Mann kann nur am Wochenende zu einem kurzen Besuch kommen. Gegen diese unmenschliche Politik, aber auch gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und gegen die Türkei "hilfe" der Bundesregierung richtete sich die Demonstration. Aufgerufen hatten mehrere türkische und auch deutsche Gruppen. Dieses gemeinsame Auftreten und die große Zahl von Teilnehmern war erfreulich. Was sich noch verbessern muß, ist das Interesse der deutschen Bevölkerung an den Problemen der ausländischen Mitbürger, denn im Demonstrationszug waren kaum Deutsche zu sehen.

Eine enttäuschte Helga Schuchardt

Am 10.9.1981 veranstaltete das "Liberaler Zentrum Köln" (FDP-nahe) eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Politische Situation in der Türkei". Eingeladen waren der Arbeits- und Sozialattaché der türkischen Botschaft, die FDP-MdB Helga Schuchardt, sowie zwei Vertreter des "Deutsch-Türkischen Vereins Köln". (FDP-nahe, arbeitet mit Türkei-Haus und Botschaft zusammen).

Frau Schuchardt griff die Menschenrechtssituation in der Türkei an und erklärte sich enttäuscht und beleidigt über die türkischen Generäle, die ihre

Versprechen nicht gehalten hätten. Wegen Folter und Todesstrafe in der Türkei, die sie auch als Mitglied des Beirats von amnesty international (angeblich) betroffen machen, kritisierte sie den Botschaftsvertreter. Sie gab auch zu, daß die Verkürzung der Verhaftungszeit von 90 Tagen auf 45 Tage noch lang genug ist, um einen Menschen durch Folter seelisch und körperlich fertig zu machen. Auch die systematische Unterdrückung der 14 Millionen Kurden und der Armenier erschreckte sie. Aber trotz des Schreckens und der Enttäuschung über die Generäle erklärte sie, die Türkei; "Hilfe" müsse unbe-

dingt weitergezahl werden, "da man auf einer total am Boden liegenden Wirtschaft keine Demokratie aufbauen" könne. Hier zeigt sich die Schizophrenie von Politikern, die sich ihre Argumente so zurechtbiegen, daß sie ihr demokratisches oder humanes Gesicht nicht verlieren. "Die Zusammenarbeit (gemeint ist die Wirtschafts- und Militärhilfe; d. Verf.) muß vielmehr dazu genutzt werden, die Türkei zu dem zu machen, worauf sie sich verpflichtet hat: zu einem Land der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte". (Helga Schuchardt, neue bonner depeche, Nr. 8, August 81).

Nun, auf der Ebene der Menschenrechte ist sie enttäuscht, aber - ja, die Wirtschaft sei fortgeschritten! Zu den massenhaften Konkursen, zu der Massenarbeitslosigkeit, zur Not des Volkes konnte sie nichts sagen. Zu den in der gleichen Woche freigegebenen 590 Millionen DM erklärte sie, daß dieses Geld eigentlich schon vor der Sommerpause freigegeben werden sollte, aber der Maulkorb der türkischen Presse verhinderte das. Da hätte es wohl doch noch Schwierigkeiten mit der Glaubhaftigkeit gegeben. Die "Hilfe" (davon 130 Millionen Militärhilfe) sei auch nicht "fröhlich" bewilligt worden, aber nichtsdestotrotz mit diesem Geld könne man Fortschritte erwirken und "der Türkei zeigen, daß sie in der Pflicht stehe".

Der Vertreter der Botschaft erklärte gleich zu Beginn, er sei "kein Politiker, sondern Techniker". Zur Frage der Menschenrechte meinte er, im Kampf gegen den "Terrorismus" müssen "ein paar heilige Kühe geschlachtet werden", auch wenn's schwer fällt. Diese Aussage spricht wohl für sich selbst...

Die vielfältigen Angriffe konnten er nicht zurückweisen und hielt sich krampfhaft an seinem Konzept fest, das ihm wohl vorgeschrieben worden war. Auch mit dem Hinweis, der Kampf gegen Terrorismus und Unstabilität käme wohl gewissen Leuten nicht gelegen, konnte er die von Demokraten unter den Zuhörern vorgebrachten Anklagen nicht rechtfertigen.

Die Vertreter vom Deutsch-Türkischen Verein Köln e.V., insbesondere Herr Löwisch, stellten sich uninformiert und sehr unbedarft dar. Herr Löwisch meinte, man dürfe die Menschenrechtssituation in der Türkei "nicht nur mit westeuropäischen Augen sehen", sondern müsse den "sozial-kulturellen Hintergrund berücksichtigen". Wohl nach dem Motto: die Türken sind das gewohnt. Folter und Hinrichtungen gehören zur orientalischen Kultur ... Nun, er erntete, selbst von H. Schuchardt, einen Protest.

Der Mehrheit der Besucher wurde wohl klar, daß es mit der Demokratie in der Türkei nicht weit her ist, und daß die "demokratischen" Politiker mit Winkelzügen versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Wir konnten Unterschriften für die Antitodesstrafen-Kampagne sammeln und (unter den Augen von Atatürk; zu dem gab's eine Ausstellung) Broschüren und Zeitungen verkaufen.

Galgen vorm Kölner Dom

Am 11. September fand vor dem Kölner Dom eine Kundgebung zum 1. Jahrestag des Militärputsches statt.

Beteiligt waren neben dem Kurden-Komitee Köln die Devrimci Yol, Halkin Kuruluşu, DİDF, Komitee Freiheit für die Türkei, PKK und Partizan. Vor dem Hauptportal des Doms wurden drei Galgen aufgebaut, unter einem stand ein Todeskandidat im weißen Gewand und mit verbundenen Augen, den Strick um den Hals. Jede Organisation brachte ein Spruchband und "Sandwiches" mit, auf denen die Situation in der Türkei dargestellt wurde. An Büchertischen und Fotoausstellungen konnten sich die Besucher weiter informieren. In einer gemeinsamen Rede erklärten das Türkeikomitee und das Komitee Freiheit für die Türkei den Zweck der Aktion. Ein Rechtsanwalt berichtete über die rechtliche Lage in der Türkei und über Massenprozesse. Er konnte auch Ergebnisse der gerade aus der Türkei zurückgekehrten Anwaltsdelegation, die am Prozeß gegen die Kurden in Diyarbakir teilgenommen hatte, berichten. Die Kundgebung, die von 10.00-16.00 Uhr dauerte, erweckte große Aufmerksamkeit bei den Kölner Bürgern und den Touristen. Ein Fernsehteam des WDR machte Aufnahmen und sendete am gleichen Abend. Auch Kölner Lokalzeitungen würdigten das Ereignis mit einem kleinen Artikel. Nicht nur die Aufmerksamkeit, die wir mit unserer Aktion erweckten, sondern auch die Tatsache, daß wieder verschiedene Organisationen, die sich bisher z.T. "spinnefeind" waren, eine gemeinsame Aktion machen konnten und sich auch an die gemeinsamen Vereinbarungen hielten, betrachten wir als Erfolg. Hoffentlich ein Beweis, daß sich die türkische Linke im Kampf gegen die faschistische Militärjunta vereinigen kann. Auf jeden Fall ein Schritt in die Aktionseinheit, der Folgen haben sollte!

Günter Meisinger
Hauptstr. 69
6367 Karben 3

14.10.1981:

Liebe Genoss(innen),
anbei schicke ich Euch (als Leserbrief?) einen Artikel für das nächste Türkei-Info. In diesem Artikel habe ich die letzten Stellungnahmen der DKP-Revisionisten zur Türkei, die besonders schlimm sind, auseinandergenommen. Ich hoffe, daß ihr diesen Artikel (den ich auch an den "Arbeiterkampf" senden werde auch dann gebrauchen könnt, wenn er nicht getippt ist. Es tut mir leid, daß ich diesen Artikel nicht 'druckfertig' abliefern konnte (und ihr die Arbeit damit habt) aber leider habe ich keine Schreibmaschine.

Herzliche Grüße und
Rot Front
Günter.

DKP: Junta ist realistisch — nicht faschistisch

Ein trauriges Meisterwerk revisionnistischer Versumpfung zieferte die DKP in ihrer Zeitung "UZ" vom 08.07.81. Auf eine Leseranfrage, warum die DKP die türkische Militärjunta nicht als faschistisch bezeichnet, antwortete die "UZ": "Zwar gibt es unter den Generälen der Junta solche, die mit der faschistischen MHP zumindest sympathisieren, Kräfte also, die sich als unmittelbare Sachwalter US-imperialistischer Interessen bezeichnen lassen. Daneben gibt es aber auch Kräfte, die z.B. von General Evren repräsentiert werden, die in der Außenpolitik realistische Positionen einnehmen. Gerade General Evren hat sich in jüngster Vergangenheit für gutnachbarliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Türkei, darunter auch zur Sowjetunion, ausgesprochen."

Ob jemand reaktionär (bzw. faschistisch) oder fortschrittlich ist, zeigt sich für die DKP nicht mehr daran, wie diejenigen ihr eigenes Volk behandeln, sondern nur noch daran, ob jemand diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufrecht erhalten will! Ausgerechnet Putsch-Anführer Evren bekommt den meisten Realismus angedichtet. Doch es geht noch weiter: Angeblich gibt es "... Kräfte, z.B. in den unteren Rängen der Armee, die umfassendere anti-imperialistische (!) Positionen einnehmen" und auf die das Volk sich stützen könne. Das wird über eine Armee gesagt, die eine Zange Tradition hat, die Völker der Türkei blutig zu unterdrücken! Das sind noch schlimmere Illusionen wie die, welche die chilenischen Revisionisten 1973 in Armee und Christdemokraten hatten und die zu dem bekannten Blutbad führten. Doch es kommt tatsächlich noch unverschämter:

Die DKP "beweist" ihre positive Einschätzung von Evren u. Co. damit, "daß der Terrorismus, der vor dem Putsch täglich 20 bis 25 Menschenleben forderte, von der Junta weitgehend unterbunden wurde. Viele Terrororganisationen, sowohl der äußersten Rechten als auch sogenannter linker, maoistischer Gruppen, wurden aufgedeckt und zerschlagen".

Es ist kaum zu glauben, daß diese Partei, deren alte Mitglieder einst gegen den deutschen Faschismus kämpften und später von der deutschen Bourgeoisie als "rot lackierte Nazis" "rechts-links"- Gleichung auf andere

anwenden, deren Opfer sie einst selbst waren. Was die DKP dort behauptet (daß die Junta nur den Terror, von 'rechts und links' unterbunden habe und jetzt quasi 25 Leben täglich gerettet werden-) das ist noch nicht mal eine sozialdemokratisch-bürgerliche Argumentation; das ist bereits - in fast wortwörtlicher Übereinstimmung - die Legitimationszüge der faschistischen Junta selber!!!

Da haben sogar manche SPD'ler eine fortschrittlichere Haltung zur Türkei als diese "Kommunistische" Partei!! Ich kann mich erinnern, daß die DKP ganz kurz nach dem Putsch in Frankfurt Plakate aufgehängt hatte mit der Parole: "fällt den faschistischen Henkern in den Arm". Nach ein paar Tagen waren alle Plakate wieder weg und jetzt kommt so eine Stellungnahme von der DKP: da kam wohl inzwischen ein Wink aus Moskau, daß dort nicht gewünscht wird, die Junta als faschistisch zu bezeichnen, da die SU an guten Beziehungen zur türkischen Junta interessiert zu sein scheint. Genauso, wie die SU auch die Beziehungen zu bolivianischen Junta nicht abgebrochen hat, genauso wie die SU einen schwunghaften Handel mit der argentinischen faschistischen Militärjunta treibt (die ebenfalls als halb-fortschrittlich angesehen wurde), genauso wie die marokkanische "KP" die Annexion der Sahara durch Marokko unterstützt, genauso wie die Revis der Terror des "konsequenten Anti-Imperialisten" Khomeyni gegen Linke unterstützen (alles CIA-Agenten, Konterrevolutionäre, etc. p.p.), genauso ... die Beispiele ließen sich fortsetzen, Jetzt hat die DKP sogar diese extreme Beschränkung der türkischen Junta vorgenommen. Man sieht, wohin die sklavische Unterordnung unter die außenpolitischen Machinteressen der Sowjetunion (oder China oder Albanien, je nachdem) und das Aufgeben der eigenen Denkfähigkeit führen kann! 'Notfalls' werden da eben noch an einer grausamen Terror-Junta die 'guten Seiten' entdeckt. So platt es auch klingen mag: der Revisionismus führt letztendlich ins Lager der Konterrevolution! Ich frage die einfachen Mitglieder von DKP und TKP, wie sie zu dieser Schmiererei der "UZ" stehen?!

'Gü., ein deutscher Genosse aus dem Frankfurter Raum (ehemaliges DKP-Mitglied)

Faschisten gegen die Junta?

Am 17. Oktober demonstrierten ca. 3.000 Faschisten in der Bundeshauptstadt. Außerufen hatte Serdar Celebi im Namen der Türk-Föderation...

Interessant an dieser Demonstration war, daß die Faschisten nun gegen die Junta auf die Straße gingen, nachdem vor einigen Wochen noch die Unterstützung der Generäle auf dem Plan stand.

Woher also der plötzliche Wandel? Im Zuge der Rechtsfertigung des Putsches ist die Junta gezwungen, auch gegen Rechte vorzugehen, zumal die Bevölkerung sehr gut weiß, wer vor dem Putsch für den Terror auf den Straßen verantwortlich war. Der prozeß gegen Türke und seine Partei, der ständig hinausgezögert und journalistisch wie ein Ballon aufgebläht wird, ist nur ein Schauprozeß, um die Glaubwürdigkeit der Generäle zu sichern.

Die große Protestbewegung in der BRD und in Westeuropa nach dem Putsch, die bis in Regierungen und Parlamente hineinreicht, drängt die Faschisten in der BRD in eine paradoxe Situation: die Türk-Föderation, die erklärtermaßen die Junta unterstützt, kann in der Bundesrepublik nur dann Sympathien erwerben und die Generäle stützen, wenn sie sich selbst gegen die Junta stellt. Eine Frage der Taktik also, auf die die Basis der Faschisten schon lange vorbereitet wurde. So empfahl denn auch eine "idealistische" Zeitschrift schon im Dezember 1980 ihren Lesern:

"Jetzt ist es eure Pflicht, nicht dem Feind auf den Leim zu gehen und dem echten Freund zu großen, ja ihm einmal Vorwürfe zu machen. ... Ihr habt euch nichts zuschulden kommen lassen. Eine Reihe taktischer Maßnahmen und destruktiver Gerüchte, die man durch Flüsterpropaganda verbreiten will, soll euch nicht traurig stimmen... Wie bei allen Gläubigen gibt es auf eurem Weg sowohl Anschuldigungen, aber auch Schmerzen, die schlimmer sind als der Tod. Die jetzige Lage könnt ihr als die schwerste aller bisherigen Prüfungen auffassen. ..." (zit. nach türkei information Nr. 7)

ES LEBE DEMOKRATIE!

PROTESTMARSCH UND KUNDGEBUNG
FÜR DIE DEMOKRATIE UND NATIONALE
EINHEIT IN DER TÜRKEI

ORT : BONN
AUF DER JOSEFSSHÖHE

DATUM : 17.10.1981

ZEITPUNKT : 13.00

DEM WIR ANSTREBEN

GEGEN

KOMMUNISMUS

Die Demonstration unterstützen u.a.

- Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein in Köln
- Türk-Föderation
- Türkische Jugendgruppen in Berlin
- Türkischer Hainberg und Umgebung
- Vorstand des Türkischen Adami
- Türkischer Lehrverband in NRW
- Türkischer Hainberg
- Türkische Jugend und Studentenvereine in Mainz
- Türkische Arbeitervereine in Eschwege
- Anti-Kommunistische
- Einheitsfront für die Demokratie in der Türkei

Aufwurf der Faschisten, Serdar Celebi (Vors. d. Türk-Föderation) am Schlusskundgebung

Daß die Faschisten in der Taktik einiges zugelehrt haben, zeigte sich auch an den Texten von Transparenten und Flugblättern: in den deutschen Texten ging es allein um Demokratie und Menschenrechte, gegen Faschismus und Kommunismus. Bei den türkischen Parolen wurde dann deutlicher, um wen es sich handelte: "Laßt Türkeis frei!" "Laßt unseren Führer frei!" Am Sammelplatz, an dem die Busse aus allen Teilen der BRD eintrafen, waren Parolen zu hören, wie "Bozkurtlar gelyor!" (die Grauen Wölfe kommen), und eine Gruppe von Jugendlichen brachte ein Transparent mit dem "Grauen

Wolf" mit, das allerdings während der Demo nicht mehr offen gezeigt wurde. Die Türk-Föderation war bemüht, den Deutschen ein Bild von harmlosen, um die Menschenrechte bemühten türkischen Bürgern zu zeigen, die sich für die Demokratie in ihrer Heimat einsetzen. Daß es ihnen in Wahrheit keineswegs darum geht, war wohl nur für Kenner der Verhältnisse klar. Bedauerlich, daß die deutsche Presse es nicht für nötig hielt, die Hintergründe der Türk-Föderation und dieser Demo aufzuhehlen, sondern ohne Fragen die angeblichen Absichten der Faschisten veröffentlichte.

»Türken!, sie machen Krach und pinkeln auf die Straße«

So der Tenor eines Briefes mit dem die städtische Wohnheim GmbH in Frankfurt ihre türkischen Mieter auf Maßstäbe deutscher Integrationsangebote hinweisen will. Seitens der türkischen Bewohner dieser Siedlung herrscht verständlicherweise helle Empörung über diesen Brief, der stellenweise den Jargon von Ausländer-Stopp Bi's neu faschistischer Provinz trifft. In dieser Angelegenheit wandten sich die Betroffenen an die Mitbieter einer Spielstube in der u.a. auch deren Kinder betreut werden.

In einem von den Mitarbeitern daraufhin an die Wohnheim GmbH verfassten Brief, aus dem wir einen längeren Auszug zitieren wollen heißt es u.a.:

Die Karl Kirchner Siedlung wird wohl nicht zu Unrecht sozialer Brennpunkt genannt. Sie war auch schon sozialer Brennpunkt, bevor die Türken dorthin kamen. Kennzeichnend durch Kriminalität, Alkoholumismus u. anderes. Solche Verhältnisse beeinträchtigen das Zusammenleben erheblich. Die Wohnungen sind heruntergekommen, die Verschmutzung ist größer usw.

Diese Bedingungen der Siedlung sind ihnen bekannt. Um so mehr sind wir erstaunt, daß sie die oben genannten Faktoren jetzt nur den Türken vorwerfen.

Allgemein bekannt ist, daß die Vorurteile gegenüber Ausländern bei sozialen Randgruppenstärker auftreten als bei der Bevölkerung insgesamt. Diese Erfahrung machen wir bei unserer Arbeit täglich, die türkischen Kinder werden als schmutzig beschimpft, deutsche Kinder setzen sich nicht neben Ausländische, und, und, und. Wir können ihnen dafür tausende von Beispielen geben. Finden sie es richtig, diese Vorurteile und diesen Haß zwischen Deutschen und Ausländern zu bestärken?

Sie sagen, die Deutschen Bewohner hätten sich über die Türken bei ihnen beschwert, deshalb haben sie den Brief geschrieben. Hat sich jemals ein türkischer Bewohner bei ihnen über die Deutschen beschwert, Grund genug dafür hätten sie. Und hätten sie bei der Beschwerde eines Türken auch gleich an die Deutschen geschrieben?

Wir erleben es jeden Tag, daß den Türken Dinge unterschoben werden, die einfach nicht wahr sind, daß sie beschimpft und denunziert werden. Ursache dafür ist die Ausländerfeindlichkeit. Wir finden es richtig Vorurteile abzubauen und Hilfen zu geben, und das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern zu verbessern.

Wobei die Verbesserung des Zusammenlebens, unsere Ansicht nach nicht darin bestehen kann, daß die Türken sich völlig anpassen....

Wir meinen, daß die Deutschen lernen müssen die Türken als Menschen zu akzeptieren die andere Sitten und Gewohnheiten haben. Die Türken sind in unser Land gekommen um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Man kann jedoch nicht von ihnen verlangen, daß sie sich als Menschen verkaufen, d.h. all ihre Sitten und Gewohnheiten ihre Bräute und ihre Kultur aufgeben.



GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT
FÜR
WOHNHEIME UND ARBEITERWOHNUNGEN m. b. H.

WOHNHEIM GMBH, Welschstraße 20 6230 Frankfurt-Griesheim 50 Sprechstunden Montag, Mittwoch, Freitag von 8 bis 12 Uhr Tel. 2300-5

Herrn

Frankfurt/M.- 50

AM 2. C - Ru/MU

Frankfurt/M., dem 24.8.1981

Betreff:

Sayın Kıracılarımız!

Bu yolda da, alman konşularının biserlere, bilhassa havalarin güzel gittiği günlerde gerek pismanların üstüne ve gerekse kaldırımlara Türk konşularının yayıldıklarını bildirirdiler. Bunun yanı sıra, gerek pismanların üstüne ve gerekse balkonlarda grill yapıldığını bildirirdiler. Bunun yanı sıra, bu gibi günlerde bütün mahallede türk müziğinin duyulduğunu anlatırlar. Ayrıca oturduğunu yerlerde küçük aptes yapıldığını, gerek pismanların gerekse sokakların pislikten geşilmiyecek hale geldiğini ve pismanların tahrip edildiğini öğrendik. Kaldırımlardan geçmek isteyen gerek alman olsun gerek başka milletten olsun, herkesin rahatının bozulduğunu, geçmelerine mani olduğunu duyduk.

Bu durum yalnız biz değil, sizin mahallenin için görevli olan sosyal daireyi de üzdü ve sıkıntı içine soktu. Bütün görüşümüze göre, dünyanı neresinde olursanız olsun, dilleri, adet ve ananeleri birbirini tutmayan yabancıları aynı mahallede dirlik- düzenlik içinde yaşayabilmelerinin esasları birdir. Herkes birbirine saygılı olmalı, başkasının hürriyetini çiğnememelidir. Öte yandan, sizler bu memlekette çalışıp, hayatını kazanıyorsanız buranın şartlarına uymanız gerekir. Bütün bu durumları hepimize dağıtılmış olan ve adını düzenleme dediğimiz türkçesini okuyabildiğini ev nizamnameninde anlatılmış bulmamız bedir. Sizin rızasını, konşuluk adet ve ananelerine uymanız ve bu nizamnamaya riayet etmenizdir.

Biz bu yazımızla, alman kıracılarımızla, türk kıracılarımızın bir arada, dost ve konşuluk münasebetleri içinde yaşamalarına yardımcı olmak istiyoruz.

Selamlarımızla

Gemeinnützige Gesellschaft für
Wohnheime und Arbeiterwohnungen
m. b. H.

Barkverbindungen:
Störungsbezug Frankfurt am Main (BLZ 500 501/02) Kto. Nr. 442 48, Frankfurt Sparkasse von 1822 (BLZ 500 502/01) Kto. Nr. 204 824
Bank für Gemeinnützige Frankfurt am Main (BLZ 500 501/11) Kto. Nr. 101 74 9078 Postfachkonto Film (BLZ 500 100 600) Kto. Nr. 508 05-603
Gerichtshaus Amtsgericht Frankfurt am Main: HRB 6422

Liebe Mitbewohner!

Auch dieses Jahr haben deutsche Mitbewohner uns mitgeteilt, daß die türkischen Mieter an besonders schönen Tagen stundenlang auf der Wiese und den Bürgersteig sitzen. Außerdem würde auf den Balkonen gegrillt und sehr laute türkische Musik gespielt. - Eine weitere Beschwerde ist, daß auf die Straßen gepinkelt wird, und diese durch herumliegenden Müll so verdreckt sind, daß sie unpassierbar sind. Durch ein solches Verhalten werden die Grünanlagen zerstört.

Über diese Situation haben sich nicht nur deutsche Mitbewohner, sondern auch Mieter anderer Nationalitäten beklagt. Dies bereitet uns und der zuständigen Sozialstation große Sorgen.

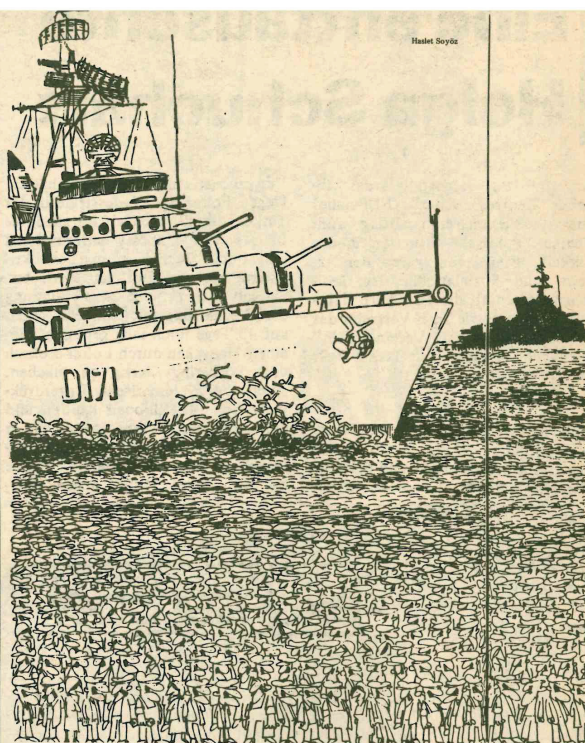
Nach unserer Ansicht müssen Menschen die gemeinsam wohnen, auch wenn Sprache, Sitten und Gewohnheiten nicht in Einklang stehen, sich gegenseitig achten und aneinander anpassen. Man darf die Freiheit des Anderen nicht zerstören!

Ihr seid hier um zu arbeiten und Euren Lebensunterhalt zu verdienen, also müßt Ihr Euch an die bestehenden Vorschriften halten. Die Hausordnungen sind auch in türkischer Sprache abgefaßt, und so bitten wir Euch, sie auch zu respektieren.

Wir wollen mit diesem Schreiben helfen, daß die deutschen und die türkischen Bewohner in Freundschaft miteinander leben.

und guter Nachbarschaft

Übersetzung des Briefs der Wohnheim GmbH.



Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und in den angrenzenden Regionen (Sieg der PASOK in Griechenland, das Sadat-Attentat und die unsichere Lage im nord-östlichen Afrika) veranlassen US-Politiker und NATO-Generäle gleichermaßen, wieder vermehrt auf die strategische Bedeutung der Türkei aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang auch auf die erhöhten Waffenbedürfnisse der Türkei hinzuweisen, ist der eigentliche Zweck derartiger Verlautbarungen, die so wie die politischen Kräftekonstellationen heute aussehen, ohne Zweifel in die Tat umgesetzt werden.

Daß die konventionelle Aufrüstung der türkischen Armee dieses Mal ohne peinliche Fragen nach Menschenrechtsverletzungen und Demokratie vonstatten gehen wird, ist eine ausgemachte Sache, denn nach der Weltsicht des US-State Departments muß Amerika unter sowjetischer Souveränität leiden "... und (dann) gibt es keine Menschenrechte mehr. Wenn wir über Menschenrechte sprechen, müssen wir vorsichtig und pragmatisch sein." So der ehemalige US-Botschafter in der Türkei, Komer, in einem Interview mit der Zeitschrift Yanki. Daß sich dieses Land mit einer hoffnungslos defizitären Außenhandelsbilanz solche Rüstungsabenteuer eigentlich nicht leisten kann, ist auch Komer klar. Indes ist hier die Lösung eben so einfach wie naheliegend. Die Kredite, mit denen der Militärhaushalt finanziert werden soll, müssen zu enorm günstigen Konditionen oder als Spenden von den westlichen Ländern gegeben werden, wobei die Europäer den Löwenanteil in dieser Waffenbeschaffungsaktion übernehmen sollen, denn "... Europa hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu den USA schneller entwickelt und ist reich geworden. Deswegen soll Europa einen Teil der Verteidigungsausgaben übernehmen."

Mehr denn je haben heute die 1946 von dem damaligen US-Präsidenten formulierten Kriterien, unter denen Außenpolitik in der Nah-Ost-Region umgesetzt werden sollte, heute für die Türkei Gültigkeit. Truman sagte damals unter anderem "... werfen wir einen Blick in den Nahen und Mittleren Osten, so begegnen wir einem kritischen Raum. Hier befindet sich ein großer natürlicher Reichtum. Die belebtesten Kontinental- und Luftwege durchlaufen diesen Raum, aus diesem Grund hat das Gebiet erhöhte ökonomische und strategische Bedeutung."

In der Anwendung dieser Truman-Doktrin durch die USA sind der Türkei nachhaltige Konsequenzen entstanden, die zwecks Erinnerung noch einmal stichwortartig zusammengefasst werden sollen:

- Einbindung der Türkei in die NATO

- Recht der USA auf Intervention bei einem entsprechenden Hilfesuch seitens der türkischen Regierung, das auch bei innenpolitischen Spannungen anerkannt wird.

- Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen (in den 60-ern?), die laut SPIEGEL 24/1960 bis 3.000 km in die UdSSR reichen.

- eine Reihe von Stützpunkten und Radar- sowie Nachrichtendienststationen

- Waffenkäufe, die die vormalig positive Handelsbilanz der Türkei in ein kontinuierlich sich vergrößerndes Minus stießen, das seit mehr als drei Jahrzehnten das Land in seiner Entwicklung behindert

- nunmehr drei Militärputsche, von denen der letzte, wie es heute aussieht, die nachhaltigsten Konsequenzen für die politische und ökonomische Entwicklung des Landes in diesem Jahrzehnt haben wird.

In der Vergangenheit spielten die US-Stützpunkte in der Türkei hinsichtlich der Kontrolle dieser Region eine mitentscheidende Rolle: So war der Luftwaffenstützpunkt INCIRLIK Dreh- und Angelpunkt bei folgenden Aktionen:

- während der US-Intervention im Libanon 1958

- König Hussein von Jordanien erhielt den größten Teil der Nachschublieferungen, die er zur Niederschlagung des Palästinenseraufstandes im September 1970 benötigte, über INCIRLIK

- Israel erhielt ebenfalls wichtige logistische Unterstützung in seinen Auseinandersetzungen mit den arabischen Nachbarländern

- nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran wurden die US-Fallschirmspringer in INCIRLIK in Alarmbereitschaft versetzt

- ein Teil der Flugzeuge, die bei dem Carter'schen Geiselaufbruch im Iran eingesetzt wurden, war ebenfalls in INCIRLIK stationiert. Die Einsatzfähigkeit der RDF (rapid development Force= schnelle Eingreif-

NATO-LAND TÜRKKEI :

Vorposten im Nahen Osten

reserve) wird u. a. von uneingeschränkt benutzbaren US-NATO-Stützpunkten in der Türkei abhängig sein, deren Nutzung durch die USA durch das letzte Militärabkommen aus dem Jahre 1980 vertraglich festgelegt wurde.

Die geheimen Zusatzklauseln dieses Abkommens sind kurz nach deren Unterzeichnung bekannt geworden. Die USA haben die alleinige Verfügungsgewalt über die Flughäfen und Radarstationen: im Ernstfall können die USA von diesen Basen aus gegen Drittländer vorgehen, ohne das mit der jeweiligen türkischen Regierung abstimmen zu müssen.

Außerdem haben die USA weiterhin freie Hand bei der Stationierung von Atomwaffen in der Türkei. Die Stützpunkte und Depots mit Atomwaffen stellen ohne Zweifel eine große Gefahr für die Türkei dar. Im Falle eines militärischen Konflikts in der Region, in den die USA direkt verwickelt wären, wäre auch die Türkei ein Angriffsziel ersten Ranges. Die Konsequenzen, die den Völkern der Türkei in diesem Fall entstehen würden, müssen hier nicht nochmal besonders unterstrichen werden.

Neben der Bereitstellung von Stützpunkten soll die Türkei aber noch andere Aufgaben übernehmen. Dem bereits zitierten Interview mit Komer sind hierzu Aussagen zu entnehmen:

Komer führt dort im einzelnen aus, daß die Türkei einerseits eine Brücke zwischen NATO und der Golfregion sei, andererseits aber auch eine natürliche Barriere zur UdSSR hin darstelle, die sich angesichts einer starken Türkei expansive Golfabenteuer sicher zweimal überlegen würde. Einen eigenständigen militärischen Beitrag erwarte man von der Türkei hingegen nicht, "denn das würde bedeuten, daß eine sowieso begrenzte Kraft unwirksam in eine andere Richtung geleitet würde."

Halten wir es noch einmal fest: die türkischen Militärs haben also wie gehabt in erster Linie für die innere Sicherheit des Landes zu sorgen und somit auch sichere Militärstützpunkte für die USA und die NATO zu garantieren, und die Kaukasusgrenze sowie die Meerengen zur Sowjetunion hin abzusichern.

Gerade in diesem Zusammenhang wird von Komer noch einmal die Bedeutung von weiteren Waffenlieferungen an die Türkei betont, denn daß der Ausrüstungsstandard der türkischen Armee momentan eher dem Verkaufsangebot eines "second-hand" Waffenhandels gleichkommt, weiß nicht nur Komer. In nächster Zukunft wird demnach auch die türkische Armee die Segnungen westlicher Waffentechnologie erfahren können, mit Hilfe derer der selbsternannte Oberarzt von Atatürks Gnaden, Kenan Evren, als Halbgott in Oliv für Ordnung im Krankenhaus Türkei sorgen kann.

Eine Wiederholung des Korea-Abenteuers am Golf ist indes nur kurz- oder mittelfristig auszuschließen, denn, so Komer: "Wenn die Türkei von ihren Verbündeten genügend Wirtschafts- und Militärhilfe bekommt, dann kann sie (etwa in zehn Jahren) in der Lage sein, eine größere strategische Rolle zu spielen."

Hingegen sind nicht alle Teile des türkischen Militärs mit dieser momentanen Aufgabenteilung zufrieden. Diese Kreise würden gerne die Gunst der Stunde nutzend alte Grenzstreitigkeiten mit den



Anrainerstaaten (Irak, Griechenland) begleichen wollen und eine offensive Nahost-Politik betreiben. All diese Pläne passen freilich nicht in das Konzept der USA, in dem offensive Politik vonseiten der Türkei bislang noch nicht vorgesehen ist. Fraktionen innerhalb der Armee, die auf eine Aufgabenerweiterung drängen, können aber durch die schon beginnende Modernisierung der Waffenarsenale ruhiggestellt werden.

Das Pentagon und die türkischen Militärs haben heute noch andere Pläne für das Land. So soll in der Türkei eine Militärindustrie aufgebaut werden, mit Hilfe derer einmal die Waffennachfragen der Länder des Nahen Ostens befriedigt werden können, und zum anderen auch militärisches Gerät für die NATO-Mitgliedsländer hergestellt werden soll.

Angesichts einer zerschlagenen Arbeiterbewegung ist es nicht zufällig, daß diese Vorhaben heute verwirklicht werden können, denn ein anderes Billiglohnland mit direkten Verbindungen zum regionalen Markt ist momentan nicht verfügbar.

Nach dem Putsch in der Türkei wurde dafür eine eigens gegründete Wirtschaftsgesellschaft ASELSAN aus der Taufe gehoben.

Diese Gesellschaft ist gleichzeitig Finanzierungsgesellschaft und Koordinierungszentrum für alle Initiativen und Vorhaben, die in diesem Zusammenhang in die Wege geleitet werden.

Die Gelder, mit denen ASELSAN arbeitet, kommen zunächst aus den letzten Steuererhöhungen, sowie aus Zwangsabgaben und Zwangsspenden von Kleinhändlern, Taxiunternehmern, kleineren Betrieben, Beamten und Arbeitern, kurzum - von den kleinen Leuten.

In Eşekesir z. B. wurden alle Kaufleute, Kleinhändler und Industrielle in der dortigen Industrie- und Handelskammer zusammengerufen. Dann eröffnete ihnen der Vertreter des neu gegründeten Holdings, daß sie in vaterländischer Pflichterfüllung zu einer Spende aufgerufen seien. Die Höhe dieser Spende konnten die einzelnen Unternehmer nicht selbst festlegen, das wurde von den anwesenden Offizieren besorgt. Bislang sind auf diese Weise ca. 552 Mio. Lira "gesammelt" worden.

Die Gründe für die insgesamt noch defensiv nach innen gerichtete Aufrüstung der Türkei sind, neben militärstrategischen Erwägungen, auch in der wirtschaftlichen Rolle des Landes für die Region zu sehen. Beziehungen zu so unterschiedlichen islamischen Ländern wie z. B. Iran, Irak, Libyen wären einfach unmöglich, wenn die Türkei nicht unter scheinbar kemalistischen Vorzeichen ihre Außenpolitik im Nahen Osten umsetzen würde. Ein bis an die Zähne bewaffnetes, nach außen hin aggressiv auftretendes Land wäre in diesem Rahmen einfach nicht bündnisfähig für die oben aufgeführten Länder.

- Nato Air Defense Ground Environment (NADGE) Station

Das NADGE System besteht aus 84 Radarstützpunkten in 9 Ländern. Dieses System ist in der Lage, Größe und Umfang von Flugzeugen herauszufinden auf eine Entfernung von 500 DM und es kann zwischen Feind bzw. Freund Flugzeugen differenzieren.

Die Installation des NADGE Systems war 1973 abgeschlossen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem Erdgebundene Radarsysteme wie NADGE bereits veraltet waren, da diese Stationen nur ungenügend gegen Angriffe gesichert werden können, und nicht in der Lage sind, tief fliegende Objekte zu entdecken. Anfang der 70er Jahre wurde diese Aufgabe durch Spionagesatelliten abgedeckt.

Dies deutet auf einen anderen Zweck des NADGE Systems hin. Es könnte nämlich auch für Angriffszwecke Verwendung finden.

Diese Art von Friedensüberwachung (das ist weiterhin die offizielle Funktion durch das NADGE System in der Türkei), von sowjetischen Bulgaren, Syrischen, Irakischen und Iranischen Streitkräften macht es für die Nato und US Luftwaffe möglich, Streitkräfte dieser Länder in einem Überraschungsangriff zu neutralisieren. Mit Hilfe des NADGE Systems könnte ein US-Angriff auf diese Länder überwacht und kontrolliert werden, durch Beobachtung von US Bombenflugzeugen, die den betreffenden Ländern operieren.

US. Dienstleistungssystem (DCS)

Die Yamanlar Station verbindet das DCS Griechenlands mit dem der Türkei, es existieren ebenfalls Verbindungen mit dem Terminal in Karamürsel und dem in Yalova und Stellen auf dem europäischen Teil der Türkei. Elmadag ist mit der Samsuner DCS Einrichtung und dem Karatas Terminal verbunden. Karatas und Malatya haben ebenfalls eine Verbindung. Malatya seinerseits ist an Diyarbakir angeschlossen. Diyarbakir enthält einen "Erdterminal" für die Verbindung mit Verteidigungssatelliten. Diyarbakir hat außerdem eine direkte Verbindung zur Lakehurst Naval Air Station in New Jersey. Diyarbakir wurde von US Offiziellen als unersetzbar bezeichnet. (nix wie druff) Außerdem gibt es noch 40 andere US und NATO Kommunikationssysteme, die nicht auf der Karte eingezeichnet in der Nähe von Ankara Izmir, Izmit Diyarbakir, Incirlik und in der europ. Türkei sind.

US Nachrichtendienst Stützpunkte

Die Belbasi Station ist mit Seismographen ausgerüstet zwecks Registrierung unterirdischer Atomwaffen-Tests, diese Station ist an ein Netz weltweiter Stationen mit ähnlichen Aufgaben angeschlossen. Ihre Daten werden an eine National Security Agency (NSA) nach Alexandria Virginia weitergegeben. Dort werden die Daten dann ausgewertet.

Sinop wird von den USA betrieben. Die Sowjetische See und Luft Aktivitäten werden dort ausspioniert. Samsun mit gleichen Funktionen wird von türkischen Personal und dem US Air Force Security Service betrieben. Es ist Teil des Nachrichtendienstsystems von NSA.

Karamürsel wird von Türkischem und USAFSS Personal betrieben und überwacht den Schiffsverkehr in der Marmara See. In Diyarbakir werden sowjetische Raketenversuche ausspioniert. Es ist auch Teil des globalen NSA ND-Systems und mit Pirinçlik Air Base verbunden.

US Air Base

Incirlik Air Base ist der forderste Aufmarschpunkt der US Luftwaffe. Flugzeuge, die dort stationiert sind, tragen Atomwaffen mit sich. Es ist auch ein Trainingsgebiet für US-Piloten, die in Europa stationiert sind und ein Auftankort für Flüge von und nach dem Nahen Osten.

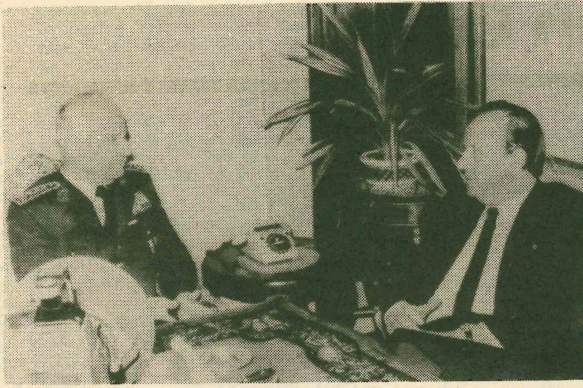
Cigli Air Base wird hauptsächlich für NATO Übungen benutzt.

US Naval Base

Die Iskenderun und Yumurtalik Anlagen und Häfen sind die wichtigsten Lagerzentren für Öl, Benzin und Schmiermittel der US und NATO Streitkräfte im Nahen Osten. Der Flottenstützpunkt in Kargaburun ist mit einer Loran C Verbindungseinrichtung ausgerüstet. Loran C ist ein weitreichendes Navigationssystem für Schiffe, U-Boote und Flugzeuge. Dieser Stützpunkt ist unter der Schirmherrschaft des US Küstenschutzes, die Hauptaufgabe ist eine militärische.

Nato Land Southeast Command and 6th Allied Tactical Air Force Command in Izmir und Tuslog (Türk. US Logistical Group) in Ankara. Tuslog ist das zentrale logistische Unterstützungskommando für alle US Streitkräfte im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten.





Genscher: Retter in höchster Not

Nach dem Verbot der politischen Parteien und der Bestrafung von Bülent Ecevit aufgrund des Maulkorblasses mit der Nummer 52 stand es schlecht um die Militärjunta in der Türkei. Aus allen Ecken wurden Stimmen laut, daß so eine 'Demokratisierung' doch nicht aussehen könne. Ja, manche fingen nun an von einer überdauernden Herrschaft des Militärs zu sprechen, das gar nicht die Absicht hat, irgend wann einmal wieder demokratische Verhältnisse einkehren zu lassen.

Einer der ersten dieser Kritiker stammte aus dem deutschen Bundestag. Uwe Holtz (SPD), der gleichzeitig den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsteht, bekannte, daß es längst an der Zeit sei, die Wirtschaftshilfe für ein solches Land einzustellen. Ähnliche Stimmen waren auch aus den europäischen Gremien zu hören, so daß sich die Herren in Ankara nun ernsthafte Sorgen um die Beziehungen zu den europäischen Ländern machten.

hier und dort entschiedene Worte gegen die Junta und ihre Diktatur fand, sich aber für eine Streichung der Türkeihilfe nicht durchringen konnte. Erst sehr spät sind nun auch die SPD-Mitglieder in der bundesdeutschen Delegation zu Kritikern des Regimes in der Türkei geworden. Sowohl Cortier als auch Voigt stimmen nun für eine Einstellung der Türkeihilfe, da nicht einmal die 'Erwartungen' des deutschen Bundestages von den Generälen berücksichtigt worden sind. Die Bestrafung des 'Parteigenossen' Ecevit wird hier wohl den Ausschlag für den Gesinnungswandel abgegeben haben.

Lediglich die CDU, mit ihrem Delegationsleiter vom März, Herrn Mertens, konnte sich nicht zu einer eindeutigen Kritik an den Verhältnissen in der Türkei entscheiden. Mertens sagte in Bezug auf die Reise von Genscher, man müsse zunächst die Ergebnisse dieser Gespräche abwarten, denn

"Die Türkei erhält meiner Ansicht nach die Hilfen aufgrund der Stellung innerhalb der NATO... Es gibt in der Türkei momentan positive und negative Entwicklungen. Aber es ist ein Fehler, wenn wir uns zu Richtern aufspielen."

Na ja, immerhin etwas was es ermöglicht, daß doch wieder ein positives Ergebnis in den Gesprächen erzielt wird. So waren denn auch die Weichen gestellt für den Besuch des hohen Gastes aus der Bundesrepublik. Schon Wochen vorher war der Besuch Genschers als Vertrauensbeweis der westlichen Welt in die Regierung von Ankara gewertet worden. Es war auch klar, daß dieser Besuch nur der Auftakt für eine Reihe weiterer Politreisen von hohen Staatsfunktionären anderer Länder sein würde. So haben sich jetzt schon die Herren Weinberger und Haig, Außen- und Verteidigungsminister der USA in Ankara angemeldet.

Aber die Vorreiterrollen hat man der Bundesrepublik überlassen, die im Interesse des gesamten westlichen Bündnisses die Betreueraufgabe für die Militärdiktatur in der Türkei übernommen hat. Daß es kein geringer als der bundesdeutsche Außenminister sein konnte, der die Foltergeneräle wieder rehabilitieren soll, hängt mit der inzwischen immer heftiger gewordenen Kritik zusammen. Nur die 'ausgewogene' Politik eines Genscher ist noch in der Lage, das Ansehen der Evren & Co. zu retten.

Demzufolge hat dann der Freidemokrat Genscher auch gleich betont, daß zwischen der Bundesrepublik

und der Türkei alte Freundschaften existieren. Er begründete das damit, daß die Türkei für viele politisch Verfolgte des Naziregimes zur zweiten Heimat geworden sei. Natürlich sprach er kein Wort davon, daß in der Gegenwart rechtsradikale Elemente, wie die Freundin von Herrn Hoffmann, dem Chef der Wehrsportgruppe Nürnberg in der Türkei gerne politisches Asyl haben möchte. Auch kein Wort davon, daß seit dem 12. September viele Bürger der Türkei gezwungen sind, das Land zu verlassen und in der 'Ach so demokratischen' Bundesrepublik kaum Aussicht haben, als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Bei Genschers Besuch gab es ein gespicktes Arbeitsprogramm, daß von Gesprächen mit dem türkischen Außenminister bis hin zu Staatschef General Kenan Evren reichte. Auf besonderen Wunsch, um die besorgten Freunde im Bundestag zu beruhigen, ließ man Genscher auch mit Demirel und Ecevit zusammentreffen. Beide ehemaligen Politiker, insbesondere Ecevit, werden sich schwer gehütet haben, irgend etwas Negatives über die neue Führung zu äußern, denn dann hätte es noch einmal einige Monate Haft geben können. Gut gespickt mit juntafreundlichen Informationen und Propagandamaterial konnte denn der deutsche Außenminister am Ende seiner Reise verkünden:

— schon bald wird es eine neue Verfassung, Wahl- und Parteiengesetz geben.

Die Dauer soll angeblich noch kürzer sein, als es der Vorsitzende der beratenden Versammlung, Sadı İrmak, geschätzt hatte. Dieser Unalt-politiker war von 2 Jahren ausgegangen. Außerdem wird es — eine pluralistische Demokratie mit einem Mehrparteiensystem geben

Hiermit dürfen die Generäle erst einmal aus dem Schneider sein. Probleme wie erneute Hilfen werden denn auch wohl nicht wieder vor dem Frühjahr 1982 diskutiert werden. Die durch Genscher hervorgerufene rehabilitierende Haltung der faschistischen Herrschaft in der Türkei dürfte dann in nächster Zeit durch die Spezialisten aus Washington noch um einen Grad weitergeführt werden. Denn in der USA braucht niemand Kritik wegen Verletzung von Menschenrechten zu befürchten. Wichtig sind für die Spitze des Westens lediglich militärische Interessen und die sind in puncto Türkei ja eindeutig.

Januar 1981, Mai 1981 und jetzt Anfang Oktober 1981, das sind die Stationen, die zum Thema 'TÜRKIE' schon im Europarat zurückgelegt wurden. Bei allen diesen Sitzungen wurde beschlossen, der Türkei erneut eine Frist für die 'Rückkehr zur Demokratie' zuzugestehen. Sorge um die Menschenrechte und einzelne Maßnahmen, wie Verfolgung von Gewerkschaften, wurden in die Beschlüsse des Europarates zwar immer wieder hineinformuliert, aber irgend welche Konsequenzen hat das für die faschistische Militärjunta in der Türkei nicht gehabt.

Im Gegenteil, die Hilfen nicht nur des IWF und der Weltbank, sondern auch der europäischen Länder im OECD sind 1981 wieder sehr üppig geflossen. Schwierigkeiten gab es nur bei Ländern, die selbst nicht mehr so recht zahlungsfähig sind. Für das Jahr 1982 ist die Summe etwas kleiner geworden, aber die Forderung nach 700 Millionen Dollar ist von der Türkei schon an die OECD-Länder gestellt worden. Da man bisher sehr großzügig an ein diktatorisches Regime gezahlt hat, werden auch nicht die neuesten Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates, die auch die bürgerliche Öffentlichkeit an einer 'Demokratisierung' haben zweifeln lassen, diese kreditvergabe ins Banken bringen.

Sicherlich, es gibt derzeit einige wortradikale Erklärungen, daß sich die Türkei auf dem besten Wege zu einem totalitären System befinde. Ja, es gibt sogar etliche Stimmen — insbesondere bei den Sozialdemokraten — die für eine Einstellung der Türkeihilfe plädieren. Ähnliche Stimmen waren in letzter Zeit aus dem deutschen Bundestag zu vernehmen. Da aber die 460 Millionen DM Wirtschaft- und 130 Millionen DM Militärhilfe aus den deutschen Steuergeldern längst endgültig verabschiedet sind, wird sich auch hier nichts mehr ändern. Außerdem hatte der Sprecher des Haushaltsausschusses, Holtz (SPD) sowieso nur die Einstellung der Wirtschaftshilfe gefordert. NATO-Interessen sollten eben nicht berührt werden.

Die wohl 'demokratische' Haltung zeigten bisher die sozialisten im Europaparlament. Anfang April wurde hier ein Beschluß gefaßt, daß die Türkei kein weiterer Kandidat mehr für die EG sein dürfe, wenn dort nicht binnen zwei Monaten demokratische Verhältnisse eingekehrt seien. Dieser Beschluß, der an einem Freitagabend mit knapper Mehrheit bei Abwesenheit von nur 1/4 der Abgeordneten gefaßt wurde, hat in der Zwischenzeit viel Staub aufgewirbelt. Zunächst hat der Ministerrat diesen Beschluß nicht bestätigt, so daß er nie in die Praxis umgesetzt wurde. Dann haben sich viele andere Politiker, wie z.B. der Präsident des Europaparlamentes, Haferkamp, für eine solche Entscheidung entschuldigt. Die Sozialisten jedoch haben eine gewisse Geschlossenheit in der Frage der Türkei gewahrt. Sie sind nicht mit der Delegation Anfang Oktober in die Türkei gefahren und haben sich auch aus der Kommission Türkei-EG zurückgezogen. Sie sind entschlossen, nicht eher wieder in dieser Kommission mitzuarbeiten, bis in der Türkei demokratische Verhältnisse eingekehrt sind. (Da fragt man sich, wann das wohl sein soll).

Tonangebend im Europaparlament sind aber wohl die konservativen und rechtsgerichteten Kreise. Denn sie konnten eine 'Polit-Reise' in die Türkei unternehmen, bei der sie sich nicht nur um die Menschenrechte zu kümmern brauchten, sondern auch ganz offen Front gegen ihre Parlamentskollegen aus dem Europaparlament machen konnten. So beiläufig die Delegationsvorsitzende Otto von Habsburg auch gleich nach der Ankunft, um dem Staatssekretär inauswärtigen Amt der Türkei, Kamuran Gürün, zu versichern daß

"die Türkei bislang ein Opfer von vielen erfreulichen Berichten geworden ist." (Hürriyet, 01.10.81)

Er versäumte es selbstverständlich auch nicht, auf den wesentlichen Aspekt der Zusammenarbeit mit der Türkei, nämlich den militärischen, einzugehen.

"Die Mitglieder des Europaparlamentes sind Freunde der großen türkischen Nation. Die Sicherheit der EG-Mitglieder hängt im wesentlichen von der Sicherheit in ihrem Verteidigungsbereich des Mittelmeers ab". (türkei-infodienst, Nr. 14/81)

Dies sind Töne, wie man sie sonst nur aus den USA, vom IWF, der Weltbank oder durch die NATO hört. Für die NATO-Tagung in München vom 12. bis zum 16. Oktober war es denn auch überhaupt kein Problem, die Türkei weiter im Bündnis zu lassen, während man allerdings die Delegation ausschließen mußte. Wahrscheinlich wird man sich auch nicht auf die nichtgewählten Vertreter in der beratenden Versammlung stützen, denn daß hier keine demokratischen Prinzipien herrschen, wissen außer der Junta wohl alle.

In der Zwischenzeit kann die Türkei weiter aufrüsten, und das gerade mit bundesdeutschen Waffen (vgl. dazu eigenen Artikel). Das Besondere an der Diktatur in der Türkei ist eben, daß die Militärs dieses Mal nicht allein durch die USA unterstützt und durch Europa selbst die Verantwortung für die Militärdiktatur übernommen. Leider kommt man dabei aber in Konflikt mit eigenen Traditionen. Zumindestens vordergründig muß es in Europa demokratisch zugehen. Daher fällt es auch derartig schwer, eine Entscheidung zu treffen, aufgrund der europäischen Öffentlichkeit stimmen die Generäle immer wieder die Versprechungen von der 'Demokratisierung' anstimmen. Auf der anderen Seite können sie ihren Auftrag im internationalen Imperialistenthor nicht erfüllen, wenn sie nicht mit äußerster Brutalität gegen die Opposition vorgeht. Sie braucht freie Hand, um das drastische Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. Deswegen das absolute Verbot der politischen Betätigung und der Maulkorb für die alten Politiker. Deswegen gleich die 4 monatige Strafe für Ecevit, der angeblich gegen die Verordnung Nr. 52 verstoßen hat.

Das europäische Ausland muß darauf reagieren. Die ständig von 'Demokratie' redenden Generäle montieren auch noch den letzten Rest dieser Demokratie ab. Sie verhindern nicht nur, daß alte Politiker bei der Willensbildung in der beratenden Versammlung beteiligt sind, sondern untersagen ihnen auch die Möglichkeit, jemals wieder Politiker zu werden. Sie haben außerdem auch schon mehrere Male bekundet, daß sie auf Europa nicht angewiesen sind, mit anderen Worten, daß sie aus dem Europarat ausgeschlossen werden möchten. Das hätte zwar finanzielle Einbußen zur Folge, weil die Kredite nicht mehr so üppig fließen würden, brächte dann aber eine Abnahme der Einflußmöglichkeit, der Kontrolle, der Kontrolle durch eine demokratische Öffentlichkeit im Ausland.

Was Europa im Januar machen wird, wenn die Delegierten des Europarates wieder über die Mitgliedschaft der Türkei beraten werden, kann man derzeit schwer voraussagen. Man kann allerdings jetzt schon sagen, daß sich dieses Gremium auch den Anspruch demokratisch zu sein, verspielt hat, denn es hat der Türkei mehr als ein Jahr Zeit gegeben, um weiter zu foltern, zu morden, hinzurichten und Blut fließen zu lassen. Diese Verantwortung wird den Parlamentariern nicht abgenommen, selbst wenn sie im Januar 1982 die Türkei aus dem Europarat ausschließen sollten.

Anfang des Jahres, genauer gesagt vom 2. bis zum 7. März hatte es eine Delegation des deutschen Bundestages aus allen Parteien geschafft, das angekratzte Image der Generäle wieder aufzupolieren. Nach dem Besuch der bundesdeutschen Politiker war nichts mehr übrig von den Foltervorwürfen, den Verletzungen der Menschenrechte und den diktatorischen Maßnahmen. CDU, SPD und FDP hatten es mit vereinten Kräften geschafft, den NATO-Partner Türkei wieder ins rechte Licht zu rücken, damit durch enorme Geldsummen die Südostflanke der NATO gesichert werden konnte.

Im Laufe der Zeit waren aber diese Delegationsmitglieder mit eigenen Ansprüchen ins Wanken geraten und wurden dadurch gezwungen, sich mehr oder weniger eindeutig von den Militärs in Ankara zu distanzieren. Sei es, daß man auf eine Reihe von Foltervorwürfen überhaupt keine Antwort erhielt und die Ereignisse der Folgezeit bewiesen, daß entgegen der Behauptungen der Diktatoren weiter in großem Stil gefoltert wurde. Auch andere Appelle an die Vernunft der Regierenden nach Einstellung von Hinrichtungen, menschlicher Behandlung der Gefangenen und rechtsstaatliche Verfahren verhallten ungehört, so daß einer nach dem anderen der Delegation als 'Anwalt' der Junta ausfiel.

Zunächst scherte die FDP mit ihrer Vertreterin Schuchardt aus, die zwar

Die Türkei in der Erdölklammer

Nach den jüngst veröffentlichten Zahlen für den Außenhandel der Türkei sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres die Exporte um 44,5 % gegenüber dem Vorjahr auf 1631 Mill. Dollar gestiegen. Doch die Importe stiegen noch kräftiger um 51,7 % auf 3708 Mill. Dollar. Somit sind inzwischen nur noch 44 % der Importe der Türkei durch Exporteinnahmen abgedeckt, das Außenhandelsdefizit ist weiter angestiegen. (Quelle: Türkiye İstatistik Bankası "Review of Economic Conditions", Ankara, May-June 1981)

Zu dieser Entwicklung trägt in besonderem Maße die hohe Abhängigkeit der Türkei von Erdölimporten bei. So wird damit gerechnet, daß die Türkei für den Ölimport im laufenden Jahr Ausgaben von 4,3 Mrd. Dollar hat, während die gesamten Exporterlöse gerade auf 3,8 Mrd. Dollar geschätzt werden. Das heißt, allein die Kosten für Erdölimporten sind größer als der gesamte Exporterlös. (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 24.09.1981).

Aus diesem Grund hat der Internationale Währungsfond (IWF) die Türkei verpflichtet, nach Lösungen zu suchen, die die Ölabhängigkeit der Türkei verringern. Im Gespräch sind zum einen eine stärkere Nutzung von Kohle und Wasserkraft und zum anderen die verstärkte Förderung einheimischen Öls. In der Tat verfügt die Türkei über eigene Erdölorkommen, sie produziert gegenwärtig 18 % des Erdölbedarfs im eigenen Land.

Zusätzlich wurde schon 1980 durch die Demirel-Regierung festgelegt, daß in Zukunft Anreize für verstärkte Erdölförderung geschaffen werden:

1. Der Abgabepreis von türkischem Erdöl wurde von bisher 5,21 Dollar auf Weltmarktniveau (über 30 Dollar) heraufgesetzt in der Erwartung, daß dadurch ausländische Ölkonzerne Interesse an der Förderung türkischen Öls zeigen würden.

2. Ausländische Ölkonzerne erhielten die Erlaubnis, 35 % des geförderten Erdöls zu exportieren. Auch davon erhofften sich die Wirtschaftsexperten verstärktes Interesse der Multis. Doch diese Hoffnungen trügen. Wo bisher Erdöl gefunden wurde, waren die großen Ölkonzerne gleich zur Stelle, so auch vor Jahren in der Türkei, als bekannt wurde, auch dort gebe es Erdöl. Zum Beispiel unternahm die Esso-Gesellschaft 1960 eine Versuchsbohrung im Becken von Tuz Gölü "bis zu einer Tiefe von 2631 m, um sie als hoffnungslos abzuschreiben. Es war die letzte Esso-Bohrung im Tuz-Gölü-Becken und in der Türkei überhaupt; der große Konzern resignierte." (NZZ.

24.9.1981). Für die Ölmultis war rasch klar, daß die Türkei zwar Erdölorkommen hat, daß jedoch diese Vorkommen im Vergleich etwa zu Saudi-Arabien viel schwerer zu

erschließen und insgesamt zu wenig profitable sind. Daran haben auch die seit 1980 bestehenden Anreize nichts geändert, zumal derzeit auf dem Weltmarkt eher Ölüberschuß als Ölknappheit herrscht.

Will die Türkei sich unabhängiger von ausländischem Erdöl machen, so muß sie, wie die Dinge liegen, dies tun durch eigene Projekte zur Ölförderung und den verstärkten Abbau von Kohle sowie der Nutzung der Wasserkraft. Doch hierbei ergeben sich gravierende Probleme:

1. Solche Projekte kosten sehr viel Geld: das Erdöl muß gesucht werden, es müssen Bohrtürme und Raffinerien gebaut werden und weil das Öl meist nicht dort vorkommt, wo es auch gebraucht wird, müssen Straßen und Pipelines gebaut werden. Ähnliches gilt auch für den Bau von Kohle- oder Wasserkraftwerken.

2. Ausrüstungsgegenstände für solche Unternehmen sind komplizierte technische Apparaturen, die die Türkei nicht selbst herstellen kann, weil dazu das technologische Know how fehlt. Deshalb müßten die Apparaturen aus dem Ausland bezogen werden. Sie kosten erhebliche Summen und damit würde sich wiederum die Handelsbilanz verschlechtern.

Die riesigen Summen für solche Projekte kann die Türkei derzeit nicht aufbringen, dazu steckt sie viel zu tief in der Krise. So kommt auch die Weltbank, die genauso wie der IWF auf einen Abbau der Ölabhängigkeit der Türkei drängt, zu dem Schluß: "Die Weltbank hat der Türkei geraten, auf große Investitionen zu verzichten. Dies betrifft

auch die Projekte im Energiebereich. Ein von der Weltbank zu diesem Thema erstellter Bericht wurde dem Finanzministerium zugesandt. Da die Weltbank einen großen Teil der Investitionsprojekte in der Türkei durch ihre Außenfinanzierung trägt, steht dieser Bericht direkt mit den Schwerpunkten des Investitionsprogramms für 1982 in Verbindung... In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß im Rahmen des in der Türkei angewandten Widerherstellungsprogramms 'ein Engpaß in der Wirtschaft vorhanden sei'. Aus diesem Grund 'werde die Nachfrage abnehmen'. Es wird der Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, bei dem Rückgang der Nachfrage in der Wirtschaft von großen Projekten Abstand zu nehmen." (Hürriyet, 11.10.1981, zitiert nach 'Türkei-Infodienst, Nr. 15)

Das heißt, die Abhängigkeit der Türkei von ausländischem Erdöl wird weiterbestehen. Die Junta ist nicht in der Lage, eine grundlegende Änderung dieses Problems herbeizuführen. Letztlich hat die Weltbank in ihrem Bericht zum erstenmal indirekt das Scheitern der Sanierungspläne für die Türkei zum Ausdruck gebracht, denn sie muß feststellen, daß Investitionen, die sie für unbedingt notwendig

zur Sanierung erachtet hatte, gar nicht möglich sind. Die Türkei steckt in der Erdölklammer, jedoch nicht, weil die Türkei über zuwenig Energie-Rohstoffe verfügt, sondern weil die jahrzehntelange Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern zum Bankrott geführt hat, so daß die Türkei heute ihre eigenen Reichtümer nicht nutzen kann.

Wirtschafts-Kurzmeldungen

Militärhilfe für die Türkei

Im Rahmen der NATO erhält die Türkei von der Bundesrepublik Militärhilfe in Höhe von 130 Millionen DM. Das Lieferverhältnis von Neu- zu Überschussmaterial aus Beständen der Bundeswehr beträgt wie bei den bisherigen Abkommen 80 zu 20. Das neue Abkommen wurde vom Auswärtigen- und vom Haushaltsausschuß des Bundestages einstimmig angenommen. Wo es um die NATO geht, zählen Menschenrechte nichts mehr. (Quelle: Frankfurter Rundschau, 12.09.81)

Weltbank erhöht Kreditzinsen

Die Weltbank hat die Zinsen für ihre Kredite von 10,60 % auf 11,60 % erhöht. Sie begründete dies mit den weltweit gestiegenen Zinssätzen. Für die Türkei bedeutet dies, daß sich die Kreditrückzahlungen noch schwieriger als bisher gestalten, weil die Kredite teurer werden. (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 20./21.09.81)

Polizeihilfe für Folterer

Bis Mitte 1982 liefert die Bundesrepublik an die Türkei 27 Hubschrauber. Vier aus Deutschland kommende Polizeiautos wurden vor kurzem der Istanbul Polizei übergeben. So hilft die Bundesregierung mit, daß in der Türkei die politische Unterdrückung noch besser läuft. Außerdem wurde bekannt, daß zu Anpassung bei der Ausstattung der Polizei an den westlichen Standart ein 10-Jahres-Plan ausgearbeitet wurde. (Quelle: Tercüman, 7. und 11. 10.81, Nach Türkei-Info-Dienst, Nr. 15)

Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten

In den 70er Jahren wurden zwei alternative Modelle in der Wirtschaftspolitik entwickelt. Die Sozialdemokraten (CHP) meinten, daß die Türkei zu einem regionalen Industriestaat werden könne, wenn sich ihre Technologie und ihr Arbeitskräfte-reservoir mit dem Kapital der arabischen Ölstaaten vereinigt. Das war jedoch eine Illusion, weil die Scheichs bei der instabilen politischen Lage der Türkei für diese Pläne nicht zu gewinnen waren. Die zweite alternative Vorstellung kam von den Moslem-Fantikern (MSP) und bestand im Kernpunkt aus der Überlegung, daß die Türkei als ein islamisches Land von ihren "moslemischen Brüdern" Hilfe erwarten dürfte. In der praktischen Politik sah es dann so aus, daß Erbakan öfters zu seinen "Brüdern" in Scheichtümern reiste und mit jedem Prinzen, der ihm in die Quere kam, in der Moschee betete, um "im Namen Gottes" einige Millionen locker zu machen. Es zeigte sich jedoch bald, daß sich die Scheichs um die islamische Solidarität einen Dreck kümmerten und alle Hoffnungen auf die großzügige Hilfe der Moslemstaaten dahin waren. Einen gewissen Fortschritt konnte man nur in den Beziehungen

jenigen Staaten, von denen wir seinerzeit einen Korb bekommen hatten, als wir sie um Kredit baten, laufen uns heute nach und wollen uns Geld leihen." In der Tat war es eine Folge dieser veränderten Beziehungen, daß in den ersten 5 Monaten des Jahres eine beträchtliche Exportsteigerung in die Länder des Nahen Ostens stattgefunden hat.

Eine besonders wichtige Bedeutung kommt dabei Irak zu. Wegen des Krieges mit dem Iran ist die Türkei für Irak der einzige freie Zugang zur Außenwelt. Deshalb besuchten in diesem Jahr schon an 25 irakische Handelsdelegationen die Türkei, um die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen und den Mittelmeerhafen Mersin verstärkt zu benutzen. Für das Jahr 1981 wird das Gesamtexportvolumen auf 400 Mill. Dollar geschätzt. Für 1982 ist ein Export von 500 Mill. Dollar vorgesehen. Dabei soll irakisches Rohöl in türkischen Raffinerien verarbeitet und als Benzin nach Irak zurückbefördert werden.

Land	1980	1981
Iran	17.940	94.189
Irak	64.829	201.567
Libyen	11.542	130.003
Saudi Arabien	7.862	40.923
Syrien	22.058	37.216
Ägypten	2.667	13.936
Jordanien	19.657	28.903
Kuwait	6.418	12.321
Libanon	18.835	20.533
Israel	1.624	3.024
SUMME	173.432	582.618

zu Ghaddafis Libyen verzeichnen, wohin Arbeitskräfte exportiert werden konnten.

Mit der Revolution im Iran und spätestens seit dem Krieg zwischen Iran und Irak trat eine Wende in dieser Entwicklung ein. Die "Verteidigung der Freiheiten des Westens im Golf" rückte in den Mittelpunkt der Betrachtungen der imperialistischen Militärkreise. Verschiedene Krisenherde

An der obigen Tabelle sieht man noch, daß die Türkei ihre Wirtschaftsbeziehungen nicht nur mit Irak, sondern praktisch mit allen Nahost-Staaten intensivieren konnte. Der Grund dafür liegt in der noch nicht verfestigten Frontbildung im Nahen Osten, so daß die Junta zu allen Staaten gute Beziehungen knüpfen konnte.

im Nahen Osten trugen zur destabilisierten politischen Lage bei. Damit entwickelte sich die Türkei nach dem Putsch zum einzig stabilen Regime im Nahen Osten. Alle politisch desorientierten Staaten nahmen zur Junta Kontakt auf. So z.B. erklärte der Chef der kuwaitischen Handelsdelegation: "Schon bei der ersten Kontaktaufnahme stellten wir fest, daß in der Türkei wieder Ruhe und Ordnung herrscht und Investitionen getätigt werden können... Wir sind sehr froh darüber, daß sich zwischen zwei islamischen Ländern so herzliche Beziehungen entwickeln."

Diese und ähnliche Äußerungen veranlaßten den Juntachef Evren zu der euphorischen Feststellung: "Die-

Allerdings können diese Beziehungen die katastrophale Lage der türkischen Wirtschaft nicht wesentlich beeinflussen. 80 % der Exportsteigerung geht auf das Konto der industriellen Produkte wie Zement, Zigaretten, Textilwaren, Hosengürtel usw., und diese werden bekanntlich durch importierte Maschinen und Rohstoffe produziert. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß parallel zur Exportsteigerung das Außenhandelsdefizit gestiegen ist. Abgesehen von ihrer Arbeitsplatz schaffenden Wirkung ist also die Exportsteigerung nur durch eine größere Lücke im Außenhandel erkaufte worden. Die wirtschaftliche Misere der Türkei ist struktureller Art. Sie läßt sich nicht durch Erweiterung des Handelsvolumens zum Nahen Osten beheben. Diese Beziehungen sind vielmehr im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung zu sehen. ●



ein Jahr nach dem Putsch

Kurz vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 hatte sich die Verelendung der türkischen Arbeiter in unerträglichem Maße zuspitzt. Weite Bereiche der Industrie waren in Arbeitskämpfe verwickelt, die von den Arbeitern mit dem Mut der Verzweiflung durchgeführt wurden, da es auch darum ging ihr Überleben zu sichern. Hierbei muß man berücksichtigen, daß es keine Streikkasse gab, aus der irgendwelche Zahlungen geleistet wurden. Auf der Tagesordnung standen Lohnforderungen bis zu 150 %, die wenn sie durchgesetzt worden wären, gerade das Existenzminimum gesichert hätten.

Mit der Machübernahme der Militärs wurde all dem ein Ende gesetzt. Alle streikenden Arbeiter wurden gezwungen ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die gewerkschaftlichen Rechte wurden außer Kraft gesetzt. Die Allmacht der Soldaten sorgte für Ruhe im Land. Um die Arbeitswelt vollständig zu reorganisieren, wurden folgende 2 zentrale Maßnahmen getroffen.

1. Zur Ausarbeitung der Tarifabkommen setzte man die "Obere Schiedsstelle" ein
2. Die systemkonforme Gewerkschaftskonföderation Türk-İs durfte weiterhin existieren, da sie schon in der Vergangenheit gezeigt hatte, daß sie eine Garantie für die Unterstützung der repressiven Maßnahmen der Militärs gegenüber den Arbeitern.

Wie sieht die Lage der Arbeiter 1 Jahr nach dem Putsch aus? Geht es alles seinen faschistischen Gang oder gibt es auch hier und da im Rahmen des zur Zeit Möglichen Sand im Getriebe der völligen Reorganisation der türkischen Gesellschaft? Wir wollen an dieser Stelle versuchen, auf diese Fragen Antworten zu finden, wobei diese bestimmt nicht voll befriedigend ausfallen, da es nach wie vor nur ungenügende Informationen von den Betroffenen selbst gibt und die Auswertung offizieller Quellen Grundlage für die Darstellungen und Einschätzungen ist.

Die obere Schiedsstelle (yüksek hakem kurulu)

Dieses Gremium wurde von den Militärs eingerichtet und hat die Aufgabe, sämtliche Tarifabkommen für alle Bereiche der türkischen Arbeitswelt festzulegen. Die ersten Monate ihrer Tätigkeit verbrachte diese Einrichtung damit, Prinzipienentscheidungen über Höhe der Lohnzuschläge und gleiche Behandlung für alle Betriebe zu treffen. Während dieser Zeit ruhten mehrere hunderttausend abgelaufene Tarifabkommen. Man muß sich hier zunächst einmal vor Augen führen, daß weite Teile der Arbeiterschaft seit mehr als 2 Jahren keine Lohnerhöhungen mehr bekommen hatten. Der nationale Sicherheitsrat beschloß zuerst, für diese Arbeiter Übergangszahlungen in Höhe von 70 % des bestehenden Monatslohnes zu gewähren. Schon hierbei kam es zu unerträglichen Ungerechtigkeiten,

da alle über einen Kamm geschoren wurden. Der Arbeiter, der Ende 1977 die letzte Lohnerhöhung bekommen hatte, bekam die gleiche Zahlung wie derjenige, dessen Tarifabkommen Ende 1979 ausgelaufen war. Erschwerend kam noch hinzu, daß viele Unternehmer sich weigerten, diese Zahlungen vorzunehmen. Der Arbeiter hatte die Möglichkeit, sich an eine Kommission zu wenden, die den jeweiligen Kriegsrechtskommandanturen untersteht und hier Beschwerde einzulegen. Diese Beschwerden wurden in den meisten Fällen positiv beschieden und der Unternehmer aufgefordert, die Übergangsgelder auszus zahlen. Doch diese mißachteten häufig die Beschlüsse, so daß der Arbeiter gezwungen war, das selbe Spiel noch ein oder mehrere Male zu wiederholen. blieb dies alles ohne Erfolg, so gab es nur noch die Möglichkeit, sich an die Arbeitsgerichte zu wenden. Das Gerichtsverfahren dauerte aber derart lange, daß mittlerweile die Obere Schiedsstelle schon einen neuen Tarifvertrag beschlossen hatte und er nur noch die tariflich vorgesehene Tarifierhöhung ausgezahlt bekam. Eine andere Form der Ausbeutung war die, daß die Unternehmer den Vorschuß einfach vom Nettogehalt berechneten und nicht wie vorgesehen vom Bruttogehalt. Der Einfallsreichtum der Kapitalisten trug aber noch andere Früchte. Durch das neue Steuergesetz kamen die Arbeiter in die Gunst einer 10 %igen Steuerermäßigung. Diese wurde entweder nicht an den Arbeiter weitergegeben oder sie wurden ihm als Übergangsgeld verkauft. Doch auch in den Fällen, in denen das Übergangsgeld anstandslos gezahlt wurde, stellte dies einen ungeheuren Lohnverlust gemessen an den vor dem Putsch bestehenden Forderungen der Arbeiter dar und führte somit zu einer weiteren Verschärfung der Verelendung der türkischen Arbeiter.

Die eigentlichen Tarifabkommen waren dann nur eine Fortsetzung dieser für die Arbeiter nachteiligen Politik. Um "gerecht" zu sein hatte die Obere Schiedsstelle den Beschluß gefaßt, für alle Betriebe in allen Zweigen der Industrie die gleichen Lohnerhöhungen vorzunehmen. Wobei sie 10 % auf die vom NSR beschlossenen Vorauszahlungen drauflegte und das dann als 80 % Erhöhung ausgab. Bestehende Lohnfälle wurden hiermit festgeschrieben bzw. neue geschaffen, da es zu keinem Ausgleich kam, zwischen solchen Branchen mit niedrigen Löhnen und solchen mit Spitzenlöhnen. Außerdem wurden die unterschiedlichen Jahrgänge (d.h. 1979, 1980, 1981) unterschiedlich behandelt. Die bis zur ersten Jahreshälfte 1980 ausgelaufenen Verträge wurden im neuen Tarifabkommen noch mit 80 % Erhöhung bedacht. Diejenigen die in der zweiten Jahreshälfte 1980 oder gegen Ende des Jahres abgelaufen waren, werden jetzt nur noch mit 65-60 % bedacht. Grund hierfür ist unter anderem trotz anders lautender offizieller Meldungen, die nach wie vor katastrophale Lage der türkischen Wirtschaft. Und es gibt zur Zeit keine Möglichkeit für die Arbeiter, hier für einigermaßen Ge-

rechtigkeit zu sorgen.

Ein weiteres Merkmal der Arbeit der Oberen Schiedsstelle ist ihr enormes Arbeitstempo. So werden zur Zeit Tarifabkommen aus der 2. Jahreshälfte 1980 behandelt. Am 31.07.1981 war in den türkischen Zeitungen zu lesen, daß noch 920.000 Arbeiter auf der Warteliste ständen. Die in 1981 auslaufenden Abkommen werden nach Angaben der Oberen Schiedsstelle erst 1982 behandelt werden können. Die Lohnerhöhungen sollen dann aber nur noch 40 % betragen.

Wenn das Arbeitstempo dieses Gremiums so weiter beibehalten wird, werden die nach zuholenden Tarifabschlüsse noch 6-12 Monate Zeit brauchen.

Offizielles Verbot von Kündigungen

Ein auf den ersten Blick positiver Beschluß im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter lautete, daß Kündigungen nicht zugelassen sind. Sollte ein Betrieb aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus Arbeiter entlassen wollen, so muß der jeweilige Unternehmer dieses Anliegen zunächst entweder dem Arbeitsministerium oder der entsprechenden Kriegsrechtskommandatur zur Prüfung vorlegen. Eine Massenentlassung kann demnach auf dem Papier nur dann erfolgen, wenn einem solchen Antrag positiv beschieden wird. Die in dem Antrag ausgewiesenen Zahlen von Entlassungen sind genau einzuhalten und den Arbeitern vor dem Ausscheiden ihre Abfindungen zu zahlen.

Wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten als Begründung nicht vorliegen, kann einem Arbeiter nur gekündigt werden, wenn "schuldhaftes Verhalten" vorliegt. Sollte ein Arbeiter sich zu Unrecht gekündigt fühlen, kann es sich an die Arbeitsverwaltung seines Bereiches oder an eine der Kriegsrechtskommandanturen wenden. Die Beschwerden von seiten der Arbeiter wurden meistens anerkannt, und dennoch brachte dies überhaupt nichts. Nachdem einige Warnungen an den Unternehmer ergangen waren, blieb nur noch die Möglichkeit, sich an ein Arbeitsgericht zu wenden. Bei den Gerichten ist die Wartezeit aber enorm hoch. Sollte es dann zum Verfahren gekommen sein und der Unternehmer wurde verurteilt zu einer minimalen Strafe, so hatte der Arbeiter doch das Nachsehen, denn sein Arbeitsplatz war verloren. Man kann hierbei gut sehen, wohlwollend die militärischen Instanzen den Unternehmern gegenüberstehen. Die Politik des engen Gürtels wird nur auf dem Rücken des Arbeiters ausgetragen, während der Unternehmer weiterhin am gut gedeckten Tisch sitzt.

Prämien und Abfindungen

Als Ausgleich für die immer sehr niedrig ausfallenden Lohnerhöhungen hatten sich die türkische Arbeiterschaft in der Vergangenheit zwei wichtige Errungenschaften er-

kämpft: Die Prämien und die Abfindungen, die einen finanziellen Ausgleich darstellten. Über ein Jahr verteilt erhielt der Arbeiter bis zu 7 Prämien in Form von Zuschüssen für Heizkosten etc. die es ihm ermöglichten etwas besser über die Runden zu kommen. Die Macht-haber in der Türkei beschnitten diese Prämien ganz kräftig, indem sie die Zahl der zu gewährenden Zahlungen auf maximal 4 pro Jahr senkten. Auch ein weiteres Privileg zur Absicherung der wirtschaftlichen Existenz wurde radikal verkrüppelt. In der Vergangenheit war es so, daß ein Arbeiter im Falle der Kündigung Anspruch auf eine Abfindung hatte, so daß er dann nicht völlig mittellos war. Die Höhe dieser Zahlungen gingen teilweise hinauf bis über 200.000 Lira. Die Anordnung der Militärs lautete hier: Die Abfindungen für die Arbeiter dürfen maximal das 7,5 fache des Mindestlohnes betragen, d.h. bei einem Lohn von 10.000 Lira maximal 75.000 Lira. Auch dies ist natürlich ein ungeheurer Einbruch für die Arbeiter und wiederum ein Beweis für die absolut Unternehmerfreundliche Politik der Junta. In dem Bewußtsein, daß es aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu hohen Entlassungszahlen kommen könnte, wollte man den Kapitalisten vorausschauend zu starke finanzielle Belastungen ersparen. Der auf die Straße geworfene Arbeiter sollte selbst zusehen, woher er seine nächste Mahlzeit bekam. Erschwerend kommt noch hinzu, daß im öffentlichen Sektor nicht einmal diese reduzierten Abfindungsgelder gezahlt wurden.

An dieser Stelle ist es vielleicht angebracht, einmal ein einfaches Zahlenbeispiel zur Lage der Arbeiter zu geben, an dem sehr schnell klar wird, wie katastrophal die Lebensbedingungen sind: Der Mindestlohn in der Türkei beträgt 10.000 Lira. Nach Abzug der Steuern bleiben davon ca. 7000 Lira. Lebt ein Arbeiter in der Großstadt, so liegt die Miete zwischen 4.000 und 5.000 Lira. Der monatlichen Belastungen für Nebenkosten belaufen sich auf mindestens 2.000 Lira. Eine kürzlich angestellte Berechnung hat ergeben, daß für Lebensmittel durchschnittlich 619,-Lira pro Tag veranschlagt werden müssen bei steigender Tendenz. Überflüssig, diese Zahlen weiter zu kommentieren.

Die Arbeiter ohne Gewerkschaft

In einer besonders schlimmen Lage befinden sich diejenigen Arbeiter, deren Gewerkschaft verboten wurde und die jetzt ohne jeglichen Schutz darstehen. In der Mehrzahl handelt es sich dabei um Gewerkschaften, die der DISK angeschlossen sind. Diesen Arbeitern gegenüber verhalten sich die Unternehmer besonders brutal. Von der Oberen Schiedsstelle festgelegte Lohnerhöhungen werden ihnen nicht gewährt, Prämien werden nicht gezahlt und Betriebsräte nicht akzeptiert. Dies führt zu Lohngefällen innerhalb von Betrieben, da den Mitgliedern der zugelassenen Gewerkschaften,

Löhne gezahlt werden. Diese Diskriminierung wird natürlich in der Weise ausgenutzt, daß man die Arbeiter ohne Gewerkschaft mit dem Argument der Lohnerhöhung in die systemkonformen Gewerkschaften zwingt. Kommt es zum Widerstand gegen die nicht gewünschte Eingliederung, so droht man dies in Kauf nimmt, wird man natürlich vorziehen den Wechsel zur "gelben Gewerkschaft" zu vollziehen. Begleitet wird dies auf offizieller Ebene durch die gnädige Erlaubnis, die ehemalige Gewerkschaft wechseln zu dürfen, Voller Sarkasmus schreiben türkische Zeitungen dann, daß man erwartet, daß viele DISK Mitglieder übertreten werden zur Türk-İs.

Wie wird das neue Gewerkschaftssystem aussehen?

Die Diskussion um die Gesetze Nr. 274 und Nr. 275, die das Gewerkschaftswesen regeln sollen, steht seit längerer Zeit im Vordergrund. Kennzeichnend ist die Tatsache, daß niemand etwas genaues weiß, und man sich auf Regierungsebene hütet, irgendwelche konkreten Informationen zu geben. So treibt die Spekulation ihre Blüten.

Die Tatsache, daß der systemtreue Gewerkschaftsverband Türk-İs nicht verboten wurde, zeigt zunächst einmal, daß die Militärs ihn als "Partner" akzeptieren konnten und daß man noch etwas vor hat mit dieser Konföderation. Es gab Stimmen in der Presse, die besagten, daß alles auf eine einzige Einheitsgewerkschaft hinauslaufen würde. Auf diesem Hintergrund gab es auch schon vorzeitig formulierte Kritik. Andererseits drangen dann wieder Informationsbrocken durch, die dem widersprachen. An eine Einheitsgewerkschaft sei nicht gedacht. Es würden auf jeden Fall mehr als eine Gewerkschaft zugelassen werden. Klar ist, daß auch wenn es mehr als eine Gewerkschaft geben sollte, diese die Funktion von Marionetten haben werden. Der stellvertretende Ministerpräsident und "Wunderheiler" der türkischen Wirtschaft Turgut Özal wies auf die Grundlinien für das kommende Gewerkschaftssystem hin. Es solle auf keinen Fall wieder dazu kommen, daß es Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften keine Konkurrenz mehr entstehen. Kurz: die zukünftigen Gewerkschaften werden auf jeden Fall keinen Klassen kämpferischen Aspekt besitzen.

Streik und Aussperrung werden schön harmonisch geregelt werden, im besten Einvernehmen zwischen Gewerkschaft und Unternehmern. Ein Streik kann nur dann durchgeführt werden, wenn die Gewerkschaft auf hoher Ebene dies beschließt und die Arbeiter mit Mehrheit dafür votieren. Nach einer festgelegten Frist muß der Streik dann beendet werden und sollte der Fall nicht geklärt sein an die Obere Schiedsstelle verwiesen werden. Diese hat dann das letzte und endgültige Wort. Zum Thema Tarifverhandlungen gibt es auch ein Verwirrspiel zwischen den beiden Möglichkeiten, diese auf der Ebene von Wirtschaftszweigen oder auf Betriebsebene durchzuführen. Hier wagen wir die Prognose, daß die Militärs zugunsten der Lösung auf Betriebsebene votieren wird, da die andere Möglichkeit die Gefahr einer Solidarisierung von Arbeitern eines Industriezweiges birgt, was man tunlichst vermeiden will. Man wird sich hier wohl an dem Beispiel Chile orientieren. Obwohl die Cumhuriyet hoffnungsfroh schreibt, daß es bei dem Gesetz Nr. 274 keine allzu großen Veränderungen geben wird (höchstens im Bereich der finanziellen Kontrolle der Gewerkschaft(en)) ist zu erwarten, daß es auch hier, eingebettet in die globale Strategie der Militärs, die türkische Gesellschaft vollständig umzukrempeln, zu massiven Einbrüchen kommen wird. Nach Redaktionsschluss wurde bekannt, daß es auch weiterhin mehrere Gewerkschaften geben wird, die Lohnverhandlungen aber auf Betriebsebene geführt werden sollen.